



Seite 15

BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Bayerisches BreitbandForum, 12. Oktober 2023,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Flüchtlingssituation in Bayern:

Neue dramatische Ausmaße

Landräte schlagen Alarm:
Ausgelastete Ankerzentren, überforderte Bevölkerung

Angesichts hoher Flüchtlingszahlen drohen in Bayern Engpässe bei der Unterbringung und massive Schwierigkeiten bei der Integration der vielen Menschen. Nach Auskunft der Bezirksregierungen sind die Ankerzentren im Freistaat entweder überfüllt oder nahezu komplett ausgelastet. Zudem ist die Situation in allen Bereichen – von der Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge bis zur Kinderbetreuung – extrem angespannt. „Bundeskanzler Olaf Scholz muss die Flüchtlingspolitik endlich zur Chefsache machen und einen neuen Kurs einschlagen!“, lautet deshalb die Forderung der bayerischen Landräte. Der „fortwährende Notfallmodus“ müsse beendet werden.

Konsequente Einwanderungsstrategien für Europa, Deutschland und Bayern, die auf einer strikten Trennung zwischen Asyl, Flucht und regulärer Migration aufbauen, seien das Gebot der Stunde. „Der illegale Zustrom muss begrenzt und gesteuert werden.“



Landratpräsident Thomas Karmasin. Bild: Bayerischer Landkreistag

tion aufbauen, seien das Gebot der Stunde. „Der illegale Zustrom muss begrenzt und gesteuert werden.“

Zeitnahe Rückführung

Nicht aufenthaltsberechtigte Ausländer müssen konsequent und zeitnah rückgeführt werden. Deutschland braucht eine kohärente legale Ausländerpolitik. Zudem muss die Bun-

despolizei lückenlos die Grenzen sichern und überwachen“, stellt der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, fest.

Berlin muss Kommunen entlasten

„Berlin muss unsere Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration besser unterstützen und entlasten“, betont Karmasin und ergänzt: „Unsere Bevölkerung ist von der Situation überfordert ... Menschen, die vor einem Krieg flüchten und deren Leben in der Heimat bedroht ist, müssen in Europa echten Schutz finden können und nicht aufgrund einer fehlgeleiteten Migrationspolitik in einer Turnhalle auf engstem Raum und bedroht von Krankheitsausbrüchen ihr Dasein fristen.“ Der Bund verschließe seit einem Jahr Augen und Ohren, anstatt endlich echte Lösungen zur Begrenzung und Steuerung zu liefern.

Nach dpa-Angaben meldet die Regierung der Oberpfalz derzeit (Stichtag: 19. September) eine Belegung mit rund 1.900 Menschen – allerdings gibt es eigentlich nur 1.450 Plätze.

Ankerzentren bereits deutlich überbelegt

Auch das Ankerzentrum in Mittelfranken mit seinen Niederlassungen sei aktuell ausgelastet. Knapp 1.800 Betten stünden zur Verfügung, die Auslastung liege bei 110 Prozent, teilte ein Sprecher der Regierung mit. Aufnahmefähig könne die Einrichtung nur bleiben, wenn Menschen in die so genannte Anschlussunterbringung wechseln können. Doch auch diese Einrichtungen seien ausgelastet, hieß es.

Ähnlich sieht es im unterfränkischen Ankerzentrum aus: Die Einrichtung in Geldersheim/Niederwerrn (Landkreis Schweinfurt) hatte zuletzt fast 1.600 Menschen beherbergt. Platz ist jedoch nur für 1.200 Menschen. Die Zahl der Geflüchteten im Ankerzentrum war vor einem Jahr und zum Jahreswechsel bereits ähnlich hoch und lag bei knapp über 1.400.

Das Ankerzentrum in Ober-

NÜRNBERG KOMMUNALE

Gemeinsam gestalten wir Zukunft

18. bis 19. Oktober 2023 in den Nürnberger Messehallen

Deutschlands größte Fachmesse für den kommunalen Bedarf zeigt Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Beschaffungsentscheidenden die Zukunftstrends in Kommunen, Städten und Gemeinden: <https://www.kommunale.de/>

Wie üblich findet zusammen mit der KOMMUNALE die Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags statt. https://www.bay-gemeindetag.de/media/25786/programm-flyer-kommunale_2023.pdf

Tickets sichern!

Wir laden Sie herzlich ein, uns auf unserem Stand 9-159 zu besuchen. Tickets – gerne auch für Kolleginnen und Kollegen – können Sie bereits online buchen: <https://www.kommunale.de/de/besucher/tickets>.

Wenn Sie den Code KOM23BAYGZ eingeben, sind Ihre Tickets kostenfrei. Vgl. Seite 5.

bayern mit Hauptsitz in Manching (Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm) und weiteren Standorten im Regierungsbezirk sei derzeit zu 95 Prozent ausgelastet, erklärte ein Sprecher. Vor einem Jahr lag die Auslastung bei 77 Prozent, zu Jahresbeginn bereits bei 90 Prozent. Die Regierung von Niederbayern meldet für ihr Ankerzentrum eine Belegung von 88 Prozent. Das sei allerdings nur ei-

ne Momentaufnahme, die Zahlen könnten sich jederzeit ändern. Zu Beginn des Jahres waren von den 1.300 Betten lediglich rund 68 Prozent belegt.

Akute Notlage

Während die meisten Regierungsbezirke das Ankerzentrum auf mehrere Dependancen (Fortsetzung auf Seite 6)

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Wohnungsbaukrise und Digitalpakt

Um sich gegen die Krise im Wohnungsbau zu stemmen, hat sich der Deutsche Städtetag bei einer Präsidiumssitzung in Neubrandenburg für ein Maßnahmenbündel ausgesprochen. Städtetags-Präsident Markus Lewe zufolge legt der Wohnungsbau derzeit eine Vollbremsung hin, weil es sich für niemanden rechne, neue Häuser oder Wohnungen zu bauen. „Dieser Mangel trifft viele. Studierende, Alleinerziehende mit Kindern, geflüchtete Familien, aber auch Menschen mit mittlerem Einkommen finden kaum eine bezahlbare neue Wohnung“, unterstrich der Münsteraner Oberbürgermeister.

Neben Neubauten sollten aus seiner Sicht aber auch die Bestandswohnungen stärker in den Fokus rücken, etwa durch Nutzbarmachung als Sozialwohnungen. In den Städten leben etwa 15 Prozent der Menschen in zu kleinen, überbelegten Wohnungen. Gleichzeitig leben vor allem ältere Menschen in sehr großen Wohnungen. Ein Umzug unter Neuvermietungsbedingungen lohnt sich für sie nicht und bremst kommunale Initiativen zum Wohnungstausch aus. Instrumente für eine bessere Verteilung bezahlbaren Wohnraums sollten geprüft werden. Lösungen könnten eine Fehlbelegungsabgabe oder auch Anreize zum Wohnungstausch sein.

Vielfältige Ursachen

Steigende Baukosten, Lieferkettenprobleme, Inflation, Zinsanstieg sowie die große Nachfrage nach kleinen Wohnungen durch immer mehr Einzelhaushalte sind Ursachen für Woh-

nungsmangel und stockenden Wohnungsbau. Viele Projekte sind unter diesen Rahmenbedingungen für Investoren und private Bauwillige nicht mehr realisierbar. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen im ersten Halbjahr 2023 ist um gut 27 Prozent eingebrochen und die Krise verschärft sich von Tag zu Tag. 2022 sind lediglich 22.500 neue Sozialwohnungen fertiggestellt worden, kaum ein Viertel des politischen Ziels der Bundesregierung. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach günstigem Wohnraum, auch durch Flucht und Migration, enorm.

Kurzfristig Lösungen finden

„Die Städte ziehen alle Register. Sie stellen Bauland bereit, sorgen für Nachverdichtung, haben Baulandmodelle zur sozialgerechten Bodennutzung entwickelt, schließen mit Investoren städtebauliche Verträge, verabreden Sozialbindungen und unterstützen Ge-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Bundesweiter Aktionstag:

„Kliniken im Protest – Alarmstufe Rot!“

Mit einem bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Alarmstufe Rot – Kliniken in Not“ haben ein Großteil der Kliniken im Freistaat auf die schwierige wirtschaftliche Situation hingewiesen, die sie in ihrer Existenz bedrohe. „Wir sind für unsere Patientinnen und Patienten da und arbeiten trotz unseres notwendigen Protests, weil wir die uns anvertrauten Menschen nicht allein und unverorgt lassen können. Wir verweigern uns nicht. Wir zeigen uns verantwortlicher als die Politik in Berlin, die uns allein und im Regen stehen lässt“, so die Botschaft der weit über 200.000 Beschäftigten in Bayerns Krankenhäusern.

An der Hauptveranstaltung vor dem Brandenburger Tor in Berlin nahmen neben der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) auch zahlreiche Klinikleitungen aus dem Freistaat teil. Sie zeigten sich solidarisch mit Krankenhaus-Vertretern aus dem gesamten Bundesgebiet und unternahm einen weiteren Anlauf, damit den Worten von Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach und seinen Kabinettsmitgliedern endlich die nötigen Taten folgen.

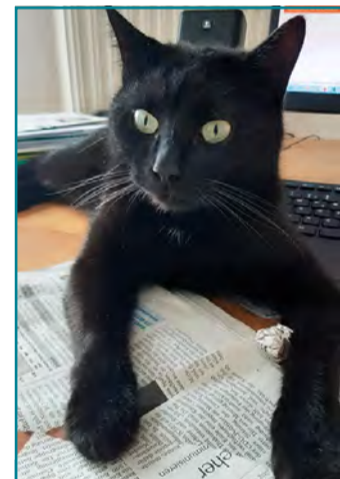
Bayerische Landräte bei ihren Abgeordneten

Am Vorabend ihres Protestes hatten sich bereits etwa 100 Krankenhausleitungen und Vertreter der Trägerorganisationen sowie mehrere Landräte aus ganz Bayern mit den Bundestagsabgeordneten aus ihren Wahlkreisen am Potsdamer Platz getroffen, um ihnen die dramatische Situation der Krankenhäuser zu erläutern und nach Wegen aus den drohenden Insolvenzen und damit einer breiten Unterversorgung der Bevölkerung auch in Bayern zu suchen.

Verlässlicher Inflationsausgleich

„Die Krankenhäuser brauchen bundesweit einen verlässlichen Inflationsausgleich, um die notwendige, angekündigte große Krankenhaus-Reform überhaupt erleben zu können“, betonte BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen im Vorfeld des Protesttages. „Wir erwarten für das gesamte Bundesgebiet bis zum Ende des Jahres ca. 10 Milliarden Euro Defizit aufgrund der anhaltend hohen Inflation und der für unsere Beschäftigten zu-

recht deutlich gestiegenen Gehälter. Auch unsere bayerische Defizituhr tickt unaufhaltsam weiter und wird seit dem Beginn der enormen Inflation ab April 2022 bis Ende 2023 trotz zeitlich befristeter Hilfsfondszahlungen auf 1,4 Milliarden Euro angestiegen sein. Und für 2024 laufen diese Hilfgelder aus, aber die Inflation bleibt. Diese Lücke können die Krankenhäuser nicht (Fortsetzung auf Seite 4)



Katzenkopfschüttelnd kommentiert Pino die jüngsten Einfälle der Mitglieder der Letzten Generation. Diese absolut sinnlosen, selbstschädigenden oder gewaltsamen Aktionen können nur verwirrten Geistern entspringen sein, die – analog zu den Geißlern des Mittelalters – zum Kleber und nicht zur Peitsche greifen und sich dabei noch als Märtyrer für die Sache des Klimaschutzes sehen. Seiner Meinung nach wird diese Endzeitsekunde den Gang allen Irdischen gehen, wenn der prognostizierte Weltuntergang nicht pünktlich eintrifft. Seite 23

Sie lesen in dieser Ausgabe

Herrmann und Eisenreich: Lagebild Hasskriminalität.	2
Holetschek: Modellprojekt Bürokratieabbau in Kliniken	2
Termine GZ-Akademie	2
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: Bundesregierung plant Kürzung der Fördergelder für den ländlichen Raum	3
Bundestag verabschiedet umstrittenes Heizungsgesetz	3
Strafrechtlicher Schutz bei gemeinnütziger Tätigkeit	3
Sozialministerium: Massive Kritik an Einsparungen des Bundes. . .	3
Sonderseite KOMMUNALE 2023	5
Digitalisierung · Breitbandausbau.	7 - 14
Kommunale Energiethemen	15 - 21
Aus den bayerischen Kommunen.	22 - 24

Echte Erleichterungen im Arbeitsalltag

Holetschek stellt Ergebnisse von Modellprojekt zum Bürokratieabbau in Kliniken vor

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Ergebnisse eines Modellprojekts zum „Bürokratieabbau in bayerischen Krankenhäusern“ vorgestellt. „Es ist den Projektpartnern gelungen, echte Erleichterungen für die Beschäftigten im Arbeitsalltag zu schaffen. Sie haben einen konkreten Handlungsplan mit 10 Punkten erarbeitet“, so der Minister.

Die Bundesregierung solle sich ein Beispiel an diesem Projekt nehmen, wie tatsächlich Bürokratie abgebaut werden kann. „Wir müssen auf Dokumentationen und Mehrfachmeldungen von Daten verzichten, wenn sie nicht unbedingt gebraucht werden“, verlangt Holetschek.

Projektpartner sind der Medizinische Dienst Bayern, die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) und die AOK Bayern. Beteiligt war zudem der Beauftragte für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung, Landtagsabgeordneter Walter Nussel.

Bei dem Modellprojekt seien alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt worden, die auf Landesebene für den Bürokratieabbau zur Verfügung stehen. Einige der 10 Punkte gingen dank des engagierten und vertrauensvollen Zusammenwirkens der Projektpartner schon während der Projektlaufzeit in die Umsetzung.

Praxisworkshops bestätigten, dass die Beschäftigten die umfangreichen Dokumentationsverpflichtungen als große Arbeitsbelastung ohne erkennbaren Mehrwert empfinden. So entstanden eine Reihe von Impulsen für Verbesserungen und Vereinfachung der Arbeitsabläufe.

Hervorzuheben sind:

- Der Medizinische Dienst Bayern setzt bei Abrechnungsprüfungen von Krankenhäusern noch stärker auf den digitalen Dialog. Die Nutzung des sogenannten „Leistungserbringer-Portals“ (LE-Portal) wird künftig einen effizienten elektronischen Datenaustausch zwischen Kliniken und den Medizinischen Diensten ermöglichen. Darüber hinaus stellt die Etablierung von Video-Begehungen in den Krankenhäusern in Zukunft einen weiteren, aufwandsärmeren digitalen Kontakt zu den Krankenhäusern her. Dieser kann u. a. helfen, dass Missverständnisse zu den vorliegenden Unterlagen schneller ausgeräumt werden, und verhindert so unnötigen Mehraufwand.
- Der Medizinische Dienst Bayern kündigt die Prüfzeiträume der turnusgemäßen Strukturprüfungen von Krankenhäusern frühzeitig an und gestaltet die Prüfungen möglichst aufwandsarm. Bei den bundes-

rechtlich vorgegebenen Strukturprüfungen wird aufwendig überprüft, ob bestimmte strukturelle Gegebenheiten für das Angebot von Leistungen durch das Krankenhaus erfüllt sind. Durch einen größeren zeitlichen Vorlauf können die Krankenhäuser intern besser planen.

- In den vier Schlaganfall-Netzwerkzentren in Bayern wird bereits im laufenden Jahr nur noch eine einmalige Strukturprüfung von definierten Unterlagen durchgeführt. Durch die Einigung zwischen Medizinischem Dienst Bayern und BKG entfällt die Vorlagepflicht bei diesen Unterlagen für sämtliche Satellitenkliniken, die mit den Netzwerkzentren verbunden sind.

- Es wurde erstmals ein Muster-Verhandlungsprozess für die Vereinbarung von Zusatzentgelten für Neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (sog. NUB) als Empfehlung abgestimmt, an der sich Krankenhäuser und Krankenkassen bei Budgetverhandlungen orientieren können. Der Aufwand bei Budgetverhandlungen reduziert sich dadurch.

Minister Herrmann und Eisenreich:

Lagebild Hasskriminalität Bayern 2022

Hasskriminalität hat im Freistaat weiter Konjunktur. Wie Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich bei der Vorstellung des „Lagebild Hasskriminalität Bayern 2022“ in München betonten, sei die Zahl der Straftaten in Bayern von 2019 bis 2021 um rund 20 Prozent gestiegen (2019: 1.016, 2021: 1.225). Auch wenn es im vergangenen Jahr einen leichten Rückgang auf 1.186 gab, seien die Zahlen immer noch zu hoch.

„Wenn Menschen beispielsweise wegen ihrer Nationalität, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung Opfer werden, sprechen wir von Hasskriminalität, eine besonders verwerfliche Form von Straftaten“, erläuterte Innenminister Herrmann. Volksverhetzungsdelikte dominierten hier in fast 50 Prozent aller Fälle, gefolgt von Beleidigungsdelikten.

Antisemitische Motive

Der starke Anstieg von Hasskriminalität gerade in den Jahren 2020 und 2021 sei maßgeblich auf das Protestgeschehen während der Corona-Pandemie und Solidaritätsbekundungen

- Die Krankenhäuser selber stärken die Digitalisierung und Automatisierung mit Hilfe der Fördergelder aus dem Krankenhauszukunftsfonds (KHZG) und arbeiten dabei im Sinne der Effizienz und gemeinsamen Patientenorientierung zusammen, beispielsweise bei der gemeinschaftlichen Ausschreibung des Patientenportals für 110 Krankenhäuser in Bayern. Außerdem startet in diesem September nach umfassender Vorarbeit die von der BKG initiierte Klinik IT Genossenschaft, um durch Kooperationen im IT-Bereich der Krankenhäuser in Bayern die Kräfte bündeln zu können.

- Die Projektpartner haben zugesagt, im jeweiligen Zuständigkeitsbereich – also beim Medizinischen Dienst, bei den gesetzlichen Krankenkassen und bei den Krankenhäusern selbst – für mehr Bewusstsein bezüglich nicht zwingend erforderlicher Dokumentationen, Strukturprüfungen und Qualitätskontrollen zu werben. Auf Basis der geschaffenen Vertrauensgrundlage wollen die Projektpartner auch weitere Optimierungsmöglichkeiten prüfen, etwa beim Einweisungs- und Entlassmanagement.

Veräumnisse beim Bund

Der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft e.V., Roland Engehausen, betonte: „Wir sind sehr dankbar für diese sehr praktische Initiative zur Entbürokratisierung in Bayern auf Initiative von Staatsminister Holetschek und dem Medizinischen Dienst, den wir

ebenso wie die Krankenkassen als Partner im Gesundheitswesen ansehen. Wir zeigen in den Kliniken, dass wir selber Verantwortung zum Abbau von Bürokratie übernehmen und lösungsorientiert sind. Wir freuen uns, dass dies auch beim Medizinischen Dienst und der AOK als beteiligte Krankenkasse der Fall ist. Die guten Ideen müssen nun mit Leben gefüllt werden. Unverständlich ist dagegen aus unserer Sicht, warum es das Bundesgesundheitsministerium bisher versäumt hat, Vorschläge aus dem Gesundheitsbereich zum Bürokratieentlastungsgesetz beizutragen. Es gibt genügend Handlungsfelder im Bund, die aus unserer Sicht angepackt werden müssen, z.B. die Abschaffung nicht erforderlicher DEMIS-Bettenmeldungen am Wochenende und die Schaffung einer bundesgesetzlichen Grundlage für einen verbindlichen Datenkranz, aus dem die unterschiedlichen Datenanforderungen der jeweiligen öffentlichen Stellen automatisiert erstellt werden können.“

Minister Holetschek dankte den teilnehmenden Krankenhäusern und Projektpartnern. Das Modellprojekt habe Bayern ein gutes Stück beim Abbau von entbehrlicher Bürokratie nach vorne gebracht. Nun hoffe er, dass die Beschäftigten in den bayerischen Krankenhäusern die Erleichterungen spüren.

Ergebnisbericht zum Modellprojekt „Bürokratieabbau in bayerischen Kliniken“ und alle 10 Punkte des Handlungsplans: <https://s.bayern.de/buerokratieabbau-krankenhaeuser>. □

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bayerisches BreitbandForum mit Schafkopfturnier

12. Oktober 2023, 9:00 – 16:30 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen, Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Bei der Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit ausreichenden Kapazitäten für ein schnelles Internet stehen die hiesigen Kommunen vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Dabei müssen sie mit dem Geld ihrer Bürger sorgsam wirtschaften. Obwohl die Bereitstellung von schnellem Internet nach wie vor keine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge darstellt, ist sie essenzieller Standortfaktor. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken.

Es ist die Pflicht der kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Auf dem Bayerischen BreitbandForum kommen Sie mit den relevanten Ansprechpartnerinnen und -partnern in Kontakt.

Anmeldung: www.bayerisches-breitbandforum.de
Teilnahmegebühr: Für Kommunalvertreter kostenfrei, Abonnetten 55,- Euro, Wirtschaftsvertreter 95,- Euro (jeweils zzgl. MwSt.) □

Social Media für Kommunen

16. November 2023, 10:00 – 12:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. □

Krisenprävention

12. Dezember 2023, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. □

Deutscher Landkreistag:

Jugendliche nicht abhängen

U25-Reform die rote Karte zeigen

Die Bundesregierung will Jugendliche und junge Erwachsene im Bürgergeld aus ihren bewährten Hilfe- und Beratungsstrukturen reißen, um im Bundeshaushalt Einsparungen zu erzielen. Der geplante Übergang der jungen Menschen von den Arbeitsagenturen bedeutet:

1. Jugendliche und junge Erwachsene würden schlechter betreut, da die Arbeitsagenturen nicht die gleichen Möglichkeiten zur Hilfestellung hätten.
2. Die Jobcenter arbeiten aufsuchend, um auf die individuellen Bedürfnisse der jungen Menschen einzugehen. Wenn das nicht mehr gegeben ist, drohen sie durchs Raster zu fallen.
3. Jahrelang aufgebaute Netzwerke und das Vertrauen zu den Beratern würden zerstört, wenn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Jobcentern herausgerissen würden.
4. Die neu eingeführten Instrumente im Bürgergeld, wie z. B. ganzheitliche Betreuung und Coaching kämen gerade Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Beginn ihres Arbeitslebens nicht zugute.
5. Jugendliche und junge Erwachsene mit Suchtproblemen, Schulden oder psychosozialen Bedarfen hätten einen erschwerten Zugang zu Hilfeleistungen.
6. Werden Jugendliche und junge Erwachsene nicht rechtzeitig unterstützt, steigt die Gefahr späterer Langzeitarbeitslosigkeit und staatlicher Transferleistungen.
7. Der Übergang würde neue Schnittstellen, absehbare IT-Probleme und Doppelstrukturen schaffen. Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag lehnen den Vorschlag entschieden ab. Der Tag der kommunalen Jobcenter 2023 zeigte deshalb der U25-Reform die rote Karte. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Friedl
87675 Rettenbach a. Auerberg
am 1.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Schneider
95502 Himmelkron
am 10.10.
Bürgermeister Thomas Hafner
86497 Horgau
am 11.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Freund
94118 Jandelsbrunn
am 2.10.
Bürgermeister Michael Multerer
93473 Arnswang
am 11.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Hiebl
83395 Freilassing
am 1.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jan König
90562 Heroldsberg
am 5.10.
Bürgermeister Michael Dörr
91639 Wolframs-Eschenbach
am 5.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Claudia Wust
90616 Neuhof a.d. Zenn
am 2.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Söllner
95683 Ebnath
am 28.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

heit schützen will, muss strafbaren Hass und Hetze im Internet bekämpfen. Wer rassistische, antisemitische oder volksverhetzende Inhalte verbreitet, muss in Bayern mit einer konsequenten Strafverfolgung rechnen“, unterstrich Justizminister Georg Eisenreich. Selbst bei Ersttätern sei eine Freiheitsstrafe möglich. Außerdem drohten empfindliche Geldstrafen – bei Volksverhetzung beispielsweise mindestens drei Monatsgehälter plus Eintrag ins Führungszeugnis.

Landesversammlung 2023 der Senioren-Union:

Entscheidung für ein Leben in Selbstbestimmung, Freiheit und Wohlstand

Franz Meyer eindrucksvoll als Landesvorsitzender bestätigt

Eindrucksvoll in seinem Amt als Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU (SEN) bestätigt wurde der langjährige Landrat und Staatssekretär Franz Meyer „Die Senioren-Union ist eine ganz starke politische Kraft, die gerade dann großartige Arbeit leistet, wenn es um mehr Respekt für die Lebensleistung der älteren Menschen geht“, erklärte bei der Landesversammlung in Garching bei München der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

„Die Seniorenpolitik ist integraler Teil der politischen Arbeit der CSU geworden. Die Teilhabe der älteren Menschen an Politik und Gesellschaft konnte gestärkt werden, beispielsweise durch das Seniorenmittelwirkungsgesetz. Im Bereich der Schlüsselthemen für ältere Menschen haben wir vor allem das Thema Pflege und Betreuung aufgegriffen“, berichtet Meyer zur Arbeit der vergangenen zwei Jahre. „Wir mussten zu oft die Stimme erheben, wenn die Bundespolitik Regelungen zu Lasten der älteren Menschen beschloss oder – wie beim Heizungszuschuss – die Rentner einfach übergang.“ Meyer beschrieb die Senioren-Union als aktive Vertretung der älteren Menschen, die konkrete Themenvorschläge mache, die Zukunft mitgestalte,

aber auch eine Politik verhindere, „die zu Lasten des verdienten Lebensabends geht.“ Zukunftsthemen würden verstärkt in einem „Bündnis der Generationen“ aufgegriffen werden.

Bei den satzungsgemäßen Neuwahlen des Landesvorstands wurde Meyer mit 98 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Ihn unterstützen Ilse Weiß aus Oberbayern, Christel Teroerde aus Unterfranken, Raimund Fries aus Niederbayern und Manfred Hopfengärtner aus Mittelfranken. Schatzmeister Heribert Heinrich und seine Stellvertreterin Renate Zitzelsberger wurden im Amt bestätigt, als Schriftführer wurden Marion Plaschka und Franz-Josef Zöller bestellt. In das neue Amt des Digitalbeauftragten wurde Peter Kellner gewählt.

Bundestag verabschiedet umstrittenes Heizungsgesetz

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Ampelkoalition das seit Monaten diskutierte „Heizungsgesetz“ verabschiedet. Zuvor bereits hatte die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze beschlossen. Nach der ersten Befassung im Bundesrat, die für Ende September vorgesehen ist, schließen sich die Beratungen des Deutschen Bundestages an. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2024 zeitgleich mit dem Gebäudeenergiegesetz in Kraft treten.

Der ursprüngliche Regierungsentwurf war durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor allem dahingehend verändert worden, dass Regelungen zur Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung inklusive Übergangsregelungen aufgenommen wurden. Die Regelungen des GEG sollen für Neubauten ab dem Jahr 2024, für Bestandsbauten in Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern ab dem 30. Juni 2026 und in Bestandsbauten in Gemeinden mit bis zu 100.000 Einwohnern ab dem 30. Juni 2028 gelten, wenn nicht bis dahin eine kommunale Wärmeplanung vorliegt.

In ab 2024 eingebauten Heizungen muss laut Entwurf sichergestellt werden, dass ab 2029 mindestens 15 Prozent, ab 2035 mindestens 30 Prozent und ab 2040 mindestens 60 Prozent der Wärme aus Biomasse oder grünem oder blauem Wasserstoff einschließlich daraus hergestellter Derivate erzeugt wird.

Beratungspflicht

Aufgenommen wurde zudem eine Beratungspflicht vor dem Einbau neuer Heizungen, die mit festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen betrieben werden. Der Entwurf enthält ferner Regelungen für eine Modernisierungsumlage, nach denen zehn Prozent der Modernisierungskosten auf die Mieter umgelegt werden können, wobei maximal 50 Cent pro Quadratmeter umlagefähig sind.

Außerdem sind Regelungen zur Nutzung von Biomasse im Neubau, von Solarthermie-Hybridheizungen, zu Holz- und Pelletheizungen sowie zu Quartieren (verbundene Gebäude) aufgenommen worden. Dagegen wurden die Pflicht zur Solarthermie und für Pufferspeicher sowie die Altersgrenzenregelung aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung wieder gestrichen.

Erneut bezeichnete Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger das Heizungsgesetz als „Bremsklotz der Energie- und Wärmewende“. Es sei kleinteilig, überbürokratisch sowie dirigistisch und daher nicht praxistauglich. Mit den umfangreichen Sanierungsanforderungen und der mittlerweile enormen Verteuerung aller Heizungstechnologien werde die Heizwende für die meisten Bürger und den Steuerzahler unbezahlbar. Nach wie vor liege kein ausgearbeitetes und vernünftiges Förderkonzept vor. In Zeiten knapper Staatskassen würden ohne Sinn und Verstand hunderte Milliarden an staatlichem Fördergeld nötig oder viele Hausbesitzer in den Ruin getrieben. Daher müsse das GEG unverzüglich gestoppt werden, forderte Aiwanger.

Erhebliche Verunsicherung

„Durch das unkoordinierte Verfahren und die öffentlichen Streitereien der Ampel-Koalition hat die Bundesregierung bei Bürgern und bei Unternehmen für erhebliche Verunsicherung gesorgt und Vertrauen zerstört“, fuhr der Minister fort. „Statt den Umstieg auf Erneuerbare Energien voranzubringen, hat die Bundesregierung das Gegenteil erreicht. Durch die Verunsicherungen beim Heizungsgesetz zur Zukunft der fossilen Heizungen hat sie sogar den Ausbau von Wärmepumpen in den vergangenen Monaten zum Erliegen gebracht und treibt Bürger dazu, noch schnell die bestehenden fossilen Heizungssysteme zu erneuern. Das ist ein Schildbürgerstreich und nutzt dem Klimaschutz nichts.“ Anstatt durch kleinteiliges Ordnungsrecht in technische Prozesse einzugreifen, sollte die Bundesregierung im Sinne der sozialen Marktwirtschaft besser Anreize durch eine geeignete Förderung schaffen.

Aiwanger abschließend: „Oh-

ne eine rechtssichere Kenntnis zu den Modernisierungsoptionen und Fördermöglichkeiten der Bundesförderung für effiziente Gebäude-Einzelmaßnahmen wird kein Energieberater und kein Heizungsbauer seinen Kunden eine Empfehlung zum Umbau der Heizung geben. Durch die Unklarheit bei der Förderkulisse wird das Heizungsgesetz zum Totengräber der Energiewende im Gebäudebereich und bringt dringend benötigte Renovierungsarbeiten zum Stillstand. Die Bundesregierung muss diese Hängepartie endlich beenden. Die Verantwortlichkeit für den Stopp der Energiewende liegt in Berlin.“

Massive Vorwürfe der Union

Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, antwortete für die Unionsfraktion mit massiven Vorwürfen. Das Bundesverfassungsgericht habe den Auftrag gegeben, „dieses Gesetz nicht einfach zu beschließen“, sondern vorher zu beraten. Das nicht zu tun, sei nicht nur eine „Missachtung des Parlaments und des Bundesverfassungsgerichts, es ist vor allem eine Respektlosigkeit gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, die einen Anspruch darauf haben, dass hier ordentlich beraten wird“. Dobrindt monierte, dass das Heizungsgesetz in der abschließenden Fassung wenig CO₂ einspare, wegen unzureichender Förderung aber viele Menschen überfordere.

Als „ein Desaster mit Ansage“ bezeichnete Christian Haase, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU sowie haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das vieldiskutierte Heizungsgesetz. „Das Chaos um das Heizungsgesetz zeigt: Mit rigiden Verboten erreicht man vor allem eines – nämlich weniger Klimaschutz. Das beweist die jüngste Absatzstatistik des Branchenverbandes der Heizungsindustrie deutlich“, betonte Haase.

So stieg der Absatz an Wärmepumpen im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 44 Prozent. Treiber

Sozialministerin Ulrike Scharf:

Kürzungen bei Freiwilligendiensten sind Gift fürs Miteinander!

Massive Kritik an Einsparungen des Bundes

Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe protestieren in Berlin gegen die geplanten Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes, die auch die Freiwilligendienste betreffen. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf zu den massiven Einsparungen des Bundes bei den Freiwilligendiensten: „Die Kürzungen im Bundeshaushalt sind gegenüber unseren Jugendlichen nicht zu verantworten.“

Der Haushalt ist ein familien- und sozialpolitisch schwerer Sturz! Vor allem die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten akzeptiere ich so nicht! Hier muss nachgebessert werden! Es macht mich fassungslos, dass die Bundesregierung Menschen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, so verunsichert! Das ist eine Missachtung ihres großen Engagements und Gift für unser Miteinander! Es ist ein Segen, dass es so viele Menschen gibt, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie setzen sich für ihre Mitmenschen und für unser Miteinander ein. Sie verdienen unsere Anerkennung und Respekt für ihren Einsatz! Die völlig emotionslosen Kürzungen bewirken genau das Gegenteil. Zusätzlich verspielt der Bund das Vertrauen der Träger.

Liebe Leserinnen und Leser,

Eine Hiobsbotschaft für viele Kommunen: Die Bundesregierung plant im Haushalt 2024 eine deutliche Kürzung der Fördermittel für die ländliche Entwicklung!

Der Haushaltsentwurf für 2024 sieht vor, den Sonderrahmenplan „Ländliche Entwicklung“ des Bundes komplett zu streichen sowie bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) die Mittel drastisch zu kürzen. Im Jahr 2022 waren das rund 94 Millionen Euro, die an die Ämter für Ländliche Entwicklung ausbezahlt wurden und letztendlich den Kommunen für die Umsetzung von Projekten zur Verfügung standen.

Fördermittel in der Land- und Dorfentwicklung sind immens wichtig! Sie helfen, im länd-

GZ

KOLUMNE
Carmen Pepiuk

lichen Entwicklung, in der Dorferneuerung, in der Flurneuordnung, der Integrierten Ländlichen Entwicklung, in Boden-, Natur-, und Biodiversitätsprogrammen für den ländlichen Raum sowie bei Maßnahmen der Klimaanpassung, im ländlichen Wegebau und bei der Unterstützung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung.

Sollte die Kürzung der Fördermittel für den ländlichen Raum beschlossen werden, hätte das fatale Auswirkungen! Für neue Projekte gäbe es weniger Spielraum, sie müssten verschoben oder könnten gar nicht umgesetzt werden. Die Kommunen, die finanziell in Vorleistung gegangen sind, müssten länger auf ihr Geld warten.

Die geplanten Kürzungen gefährden die bisherigen Anstrengungen für gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen Deutschlands und beeinträchtigen die weitere Verbesserung der Strukturen in den ländlichen Räumen als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume erheblich. Die Kürzungsvorschläge des Bundeskabinetts sind nicht hinnehmbar und untergraben massiv das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik.

Was Fördermittel für den ländlichen Raum bedeuten, ist auch in meiner Gemeinde sichtbar. Viele Maßnahmen, gerade in Verbindung mit der Dorferneuerung, konnten verwirklicht werden. Seit Jahren sind wir auch Mitgliedskommune einer ILE, wodurch viele große und kleine Projekte umgesetzt werden konnten. Laufende Projekte wie zum Beispiel „bodenständig“ müssen noch zu Ende gebracht werden. Für neue Projekte würde es bei den geplanten Kürzungen weniger Spielraum geben. Ich hoffe sehr, dass es nicht so weit kommt!

Ende November/Anfang Dezember soll der Bundeshaushalt 2024 verabschiedet werden! Die Hauptaufgabe bis dahin muss sein, die Ampelmehrheit im Parlament dazu zu drängen, dass die Kürzungen zurückgenommen werden!

Ihre Carmen Pepiuk

Stv. Landesvorsitzender der KPv Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Tritz

Bundesregierung plant Kürzung der Fördergelder für den ländlichen Raum

chen Raum gleichwertige Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. In kommunale Projekte fließen jedes Jahr Millionen an Euro in Form von Fördermitteln. Es wird nicht nur die Land- und Forstwirtschaft unterstützt, das Geld fließt auch in die Dorfentwicklung.

Eine wissenschaftliche Untersuchung hat ergeben, dass die Fördermittel indirekte Investitionen in bis zu siebenfachen Höhe auslösen. Die Kürzung der Fördermittel hat ein sinkendes Investitionsvolumen zur Folge und somit massive Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Volkswirtschaft.

Letztendlich wird das Geld dort fehlen, wo es besonders gebraucht wird: im strukturschwachen ländlichen Raum. Für Projekte der Länd-

dieses Absatzhochs mit rund 65 Prozent waren Öl- und Gasheizungen. „Diese Vorzieheffekte zeigen deutlich, dass die Menschen die Klimapolitik der Ampel-Regierung nicht mittragen. Statt das Gesetz nach der Sommerpause in den Ausschüssen vernünftig zu beraten und Verbesserungen einzuarbeiten, hält die Ampel stur an ihrem Zeitplan fest und hat das höchst umstrittene Werk bei der ersten besten Gelegenheit verabschiedet.“

DK

Aktuelle Meldung des Bayerischen Landkreistags:

„Faeser lügt bei EU-Asylkompromiss“

Empörung der 71 bayerischen Landräte über Politik der Unwahrheiten groß

„Die Bundesinnenministerin ist aufgrund ihrer fachlichen Zuständigkeiten eigentlich ein wichtiger Partner der Kommunen. Eigentlich, denn Faeser lässt diese beim Thema Asyl nicht nur komplett im Regen stehen, sie blockiert auf europäischer Ebene einen dringend notwendigen Asylkompromiss. Trotzdem tingelt sie derzeit durch die Medien und verkauft sich als Schlüsselfigur bei der erfolgreichen Reformierung des EU-Asylrechts. Die Empörung ist in den Reihen der bayerischen Landräte entsprechend groß“, heißt es wörtlich in einer Pressemitteilung des Bayerischen Landkreistags.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, dazu: „Die Reform des europäischen Asylsystems ist ein Meilenstein für die Bewältigung der Flüchtlingskrise und ein wichtiger Schritt zur Begrenzung der illegalen Migration nach Europa. Unter anderem sollen Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, erst gar nicht in der Fläche ankommen – eine Kernforderung der bayerischen Landräte auf Bundes- und EU-Ebene. Das neu aufgestellte Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist ein klares Signal der EU, dass es ein Weiter wie bisher nicht geben wird. Die gemeinsame Haltung der Mitgliedstaaten ist trotz individueller Interessen und unterschiedlicher Betroffenheit ein Triumph der Vernunft und der Solidarität, der nicht an der ideologischen Realitätsferne Einzelner scheitern darf.“

„Da es bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der EU sicherlich noch dauern wird, müssen die Kommunen noch lange genug auf eine spürbare Entlastung warten. Unsere eigene Bundesinnenministerin bremst das GEAS aber zusätz-

lich aus und behauptet gleichzeitig, sie hätte den Asylkompromiss in Brüssel erreicht. Das kann man als nichts anderes als die Unwahrheit bezeichnen“, so Karmasin weiter.

Der wahre Grund

Faeser blockiert die sogenannte EU-Krisenverordnung, die lediglich ein kleiner Teil des Gesamtpaketes GEAS sein soll. Diese ermöglicht es Mitgliedstaaten, die sich in besonderen Krisensituationen befinden, die Standards für Schutzsuchende abzusenken. Das ist der Grund für die Blockade der Bundesinnenministerin. „Frau Faeser sollte sich dringend ein Bild von der derzeitigen Unterbringung der Menschen in den Unterkünften und den wenigen verbliebenen Kapazitäten in u.a. Zelten machen, bevor sie sich über die Unterbringung an den Grenzen sorgt. Wir erwarten von der Bundesinnenministerin nicht nur, dass sie die EU-Asylreform nicht weiter blockiert und endlich entsprechend dem Ernst der Lage agiert, sondern dass sie ihre Politik der Unwahrheiten beendet“, so der Präsident abschließend.

Ministerrat beschließt Bundesratsinitiative:

Strafrechtlicher Schutz gemeinnütziger Tätigkeit

Der Schutz des Ehrenamts ist ein Kernanliegen der Bayerischen Staatsregierung. Seit einigen Jahren nehmen Angriffe auf Ehrenamtliche zu. Betroffen sind beispielsweise kommunale Mandatsträger, das sicherheitsrelevante Ehrenamt (Feuerwehr, Katastrophenschutz), aber auch das Vereinsleben (z.B. Schiedsrichter im Amateurfußball). Der Ministerrat hat daher in seiner Sitzung eine Bundesratsinitiative zum strafrechtlichen Schutz gemeinnütziger Tätigkeit beschlossen.

Das Ehrenamt ist von zentraler Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland. Ohne die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger würden vielfältige Aufgaben unbewältigt bleiben. Oftmals müsste der Staat einspringen. Die Gemeinschaft hat daher ein großes Interesse, Menschen zu finden, die sich gemeinnützig engagieren. Wer diese Menschen angreift, gefährdet ehrenamtliche Tätigkeit und greift zugleich unser Gemeinwesen an. Deshalb haben sie besonderen Schutz verdient. Das Strafrecht sollte deshalb klar und deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft Straftaten gegen gemeinnützig Tätige nicht duldet.

Der bayerische Gesetzentwurf sieht eine Ergänzung der allgemeinen Vorschrift zur Strafzumessung in § 46 des Strafgesetzbuches vor. Dort soll nach dem Willen Bayerns auch die Eignung einer Tat, „gemeinnütziges Engagement des Geschädigten nicht nur unerheblich zu beeinträchtigen“ explizit genannt werden und bei der Bewertung der Tat strafscharfend berücksichtigt werden können.

Bayern ist das Land des Ehrenamts. Bereits im Jahr 2021 hat Bayern einen „Pakt für das Ehrenamt“ auf den Weg gebracht, um kleinen und großen Vereinen und Initiativen zu helfen, das Engagement ihrer Mitglieder dauerhaft zu erhalten. □

Kultusminister Piaolo zum Schuljahresanfang:

Unterrichtsversorgung für 1,7 Mio. Schüler gesichert

Gesichert sieht Kultusminister Michael Piaolo die Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr für aktuell rund 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler im Freistaat. Man sei voll im Plan, auch besser als im Vorjahr zum gleichen Zeitpunkt, „was aber nicht bedeutet, dass wir jetzt entspannen können“.

„Wir haben so viele Lehrerinnen und Lehrer wie noch nie, aber auch so viele Herausforderungen wie noch nie“, erläuterte Piaolo. Dazu zählten Inklusion, Integration und Ganztagsversorgung. Allein rund 30.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine seien inzwischen ins bayerische Schulsystem aufgenommen worden – so viele wie ein kompletter Abiturjahrgang. Aufgrund der höheren Geburtenzahl gebe es außerdem generell mehr Kinder im Freistaat.

In der Folge müssten in diesem Schuljahr insbesondere an den Grund- und Mittelschulen rund 26.000 Schüler mehr unterrichtet werden als im Vorjahr. Deshalb seien für das neue Schuljahr etwa 3.700 neue Lehrkräfte auf Planstellen eingestellt worden. Wie in den Vorjahren kommen Vertragskräfte hinzu. Der Vorteil für Lehramtsstudierende: In allen Schularten herrscht derzeit Volleinstellung. Weitere Stellen wurden nach Zweitqualifikationen so-

wie durch freiwillige und dienstrechtliche Maßnahmen für Lehrkräfte gefüllt. „Am Gymnasium konnten wir mit Blick auf das neue G9 sogar zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten schaffen und so junge Lehrkräfte an uns binden“, betonte Piaolo.

600 Quereinsteiger

Freude herrscht beim Kultusminister auch über die insgesamt rund 4.000 Personen, die ab diesem Schuljahr zu neuen Lehrkräften ausgebildet werden: „Wir konnten über 600 Teilnehmer zum Quereinstieg zulassen. Sie bestätigen uns darin, dass wir hier ein hochattraktives

Qualifizierungsangebot an den verschiedenen Schularten geschaffen haben.“ Die Maßnahmen zum Quereinstieg wurden zum Schuljahr 2023/2024 ausgeweitet. Die Quereinsteiger beginnen den zweijährigen Vorbereitungsdienst, um zusätzlich zu ihrer fachlichen Qualifikation das pädagogische Know-how zu bekommen, das sie für den Schulalltag brauchen. Hinzu kommen rund 3.400 Lehramtsabsolventinnen und -absolventen, die mit der Seminausbildung beginnen.

Attraktivität des Lehrberufs steigt

Für die Nachwuchsgewinnung müsse die Attraktivität des Lehrberufs grundsätzlich gesteigert werden, etwa durch bessere Förderungsmöglichkeiten, eine praxisorientierte Lehrkräfteaus-

Richtigstellung

Im Artikel „Keine Gefahren im Kaninchentest“ in der Druckausgabe 17/2023 wurde fälschlicherweise veröffentlicht, dass Christina Walzner Pressesprecherin im Gesundheitsreferat der Stadt München sei. Tatsächlich ist Frau Walzner stellvertretende Pressesprecherin im Landratsamt für den Landkreis München. Wir bitten unseren Fehler zu entschuldigen. □

bildung und eine weitere Reduzierung der Bürokratie, fuhr Piaolo fort. Perspektivisch sehe er die Notwendigkeit, zur Wahrung der Qualität des Bildungsniveaus 10.000 weitere Lehrstellen zu schaffen. Rund die Hälfte davon entfalle auf den demografischen Zuwachs. Doch Umfang und Komplexität der Aufgaben stiegen, auch aufgrund der Pluralität der Schülerschaft. „Wir müssen noch mehr als bisher den einzelnen Schüler betrachten“, unterstrich der Minister.

Erst kürzlich hatte der baye-

rische Lehrer- und Lehrerinnenverband moniert, dass genau diese individuelle Förderung und Begleitung im Regelfall nicht mehr möglich sei. Auch für Arbeitsgruppen und ähnliche Angebote fehlten auf breiter Front die Kapazitäten. Laut BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann gibt es Schulamtsbezirke, wo solche Angebote ganz oder teilweise gestrichen wurden. Dem widersprach Piaolo: „Es ist nicht so, dass nur der Pflichtunterricht stattfindet, sondern auch mehr.“ DK

Kliniken im Protest ...

(Fortsetzung von Seite 1) schließen und die Wirtschaftsprüfungen zeigen die rote Karte. Dies darf die Bundespolitik nicht länger nur zur Kenntnis nehmen.“

Menschen lassen sich nicht für dumm verkaufen

Wie Engehausen weiter ausführte, „lassen sich die Menschen in den Kliniken von der Politik nicht für dumm verkaufen und wissen, dass die Krankenhausreform überhaupt nichts an der Unterfinanzierung je Behandlung und je Krankenhaus ändern kann, solange bei den Gesamteinnahmen der Krankenhäuser die Inflation nicht verlässlich berücksichtigt wird“. Bundesweit befinden sich bereits etwa 30 Krankenhäuser in sogenannten Schutzschirmverfahren. Weitere Krankenhäuser haben angekündigt, schließen zu müssen; leider zwischenzeitlich auch in Bayern.

Nach den Worten von Gesundheitsminister Klaus Holetschek „laufen wir Gefahr, dass viele Kliniken in die Insolvenz schlittern, weil sie die laufenden Betriebskosten nicht mehr decken können. Eine solche unkoordinierte ‚kalte‘ Strukturberingung kann niemand wollen. Deshalb muss die Bundesregierung bei der Finanzierung der Betriebskosten nachlegen und über ein Soforthilfe-Programm kurzfristig eine Vergütung sicherstellen, die die sonst nicht refinanzierten Kostensteigerungen berücksichtigt. Auch wir Länder leisten unseren Beitrag. Bayern nimmt schon seit Jahren seine Verpflichtungen sehr ernst und unterstützt Krankenhausinvestitionen mit 643 Millionen Euro pro Jahr. Das wollen wir künftig auf eine Krankenhausmilliarde aufstocken.“

Drohende Standortverluste

Holetschek zufolge „laufen wir Gefahr, Krankenhausstandorte zu verlieren, bevor die geplante Krankenhausreform überhaupt Wirkung entfalten kann. Die im Eckpunktepapier lediglich zugesagte Prüfung weiterer Maßnahmen in Bezug auf die Tarif- und Inflationsentwicklung ist viel zu wenig. Nicht zuletzt deshalb konnte ich dem Papier im Juli nicht zustimmen. Auch bei den Transformationskosten – Mitglieder der Regierungskommission sprechen von 50 bis 100 Milliarden Euro – besteht noch keine Klarheit. Noch ist es nicht zu spät, die Reform auf ein solides Fundament zu stellen – der Referentenentwurf sollte auch der aktuellen Finanzlage der Krankenhäuser dringend Rechnung tragen.“

Im Schulterschluss mit den

kommunalen Spitzenverbänden, der BKG und Praktikern forderte Holetschek die Bundesregierung zu einer Krisensitzung für insolvenzgefährdete Krankenhäuser auf. „Ich rufe Bundeskanzler Olaf Scholz auf, die Krankenhausfinanzen zur Chefsache zu machen und als Teil seines Deutschland-Paktes voranzutreiben. Bringen Sie Gesundheitsminister Karl Lauterbach und Finanzminister Christian Lindner an einen Tisch und erarbeiten Sie eine tragfähige Lösung für die dramatische finanzielle Schieflage der Krankenhäuser. Bitte vermitteln Sie, Herr Scholz, zwischen den beiden Ressorts, die sich offenbar nicht auf eine vernünftige Linie einigen können.“

Politik zu Lasten der Menschen

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Thomas Karmasin, erläuterte, „kann es sich die Bundesregierung mit Blick auf ihre geplante Reform gerade jetzt nicht leisten, nichts gegen drohende Krankenschließungen aufgrund finanzieller Engpässe zu unternehmen. Sie muss frisches Geld ins System geben, andernfalls braucht sie mit ihrer Reform gar nicht mehr anfangen, weil es viele Krankenhäuser nicht mehr geben wird. Die aktuelle Politik des Bundes geht zu Lasten der Menschen im ländlichen Raum. Die Menschen in ganz Bayern benötigen eine wohnortnahe medizinische Grund- und Regelversorgung. Besonderes Augenmerk liegt in der Fläche dabei gerade auf den Krankenhäusern. Sie gleichen Defizite in der ambulanten Versorgung aus. Sie stellen die Notärzte für das Rettungswesen. Sie bilden das Pflegepersonal aus und sie sorgen für die Weiterbildung der Ärzte.“

Betriebsdefizite von Kommunen ausgeglichen

„Die finanziellen Nöte der Kliniken sind nicht hausgemacht“, so Karmasin weiter. Der Bund habe die Betriebskosten der Krankenhäuser bis heute nicht auskömmlich finanziert. So seien unter anderem Tarifsteigerungen im Personalbereich von den Kassen nicht refinanziert worden. Inflation und Energiekrise hätten diese Lage drastisch verschärft. „Bisher konnten wir die Grund- und Regelversorgung unserer Bevölkerung nur deshalb aufrechterhalten, weil wir die Betriebsdefizite der Krankenhäuser soweit möglich mit kommunalen Geldern ausgeglichen haben. Dieses Geld fehlt dann allerdings für andere originär kommunale Aufgaben. Eine medizinische Grundversorgung unserer Bevölkerung soll-

te selbstverständlich sein. Sie ist nichts, was wir uns großzügig und freiwillig leisten, sondern sie ist lebensnotwendig.“

Kommunale Krankenhäuser sind das Rückgrat der Gesundheitsversorgung

Laut dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, sind kommunale Krankenhäuser das Rückgrat der Gesundheitsversorgung. Daher sei es höchste Zeit, dass der Bund endlich für eine auskömmliche Finanzierung sorgt. „Kommunen werden dadurch zu Ausfallbürgen, weil die Bundespolitik ihre Hausaufgaben nicht erfüllt und sich die Lage täglich zuspitzt. Die Förderung aus dem Bayerischen Härtefallfonds ist ein wichtiger erster Schritt, reicht aber aufgrund der enormen Defizite nicht aus. Es ist eine dramatische Fehlentwicklung, wenn regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten finanziert werden muss. Hier ist der Bund gefordert, um schnell eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Viele Kliniken können ihre Rechnungen nicht mehr mit den laufenden Einnahmen begleichen und sind von einer Insolvenz bedroht. Der Bund nimmt in Kauf, dass immer mehr Versorgungsangebote verschwinden.“

Gute Gesundheitsversorgung nicht zum Null-Tarif

„Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, wie wichtig eine gute Gesundheitsversorgung ist und dass es diese nicht zum Null-Tarif gibt“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Franz Löffler. „Unsere psychiatrischen Kliniken haben viel dafür getan, die Versorgung in der Fläche voranzubringen. Um diese Bemühungen nicht zu konterkarieren, dürfen den Kliniken keine weiteren Steine mehr in den Weg gelegt werden. Härtefallfonds und andere Hilfsprogramme waren bisher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie konnten die tatsächlichen, ungewöhnlich hohen Kostensteigerungen durch Inflation und Tarifsteigerungen allerdings nicht annähernd ausgleichen. Wir dürfen nicht sehenden Auges in Kauf nehmen, dass Kliniken vom Netz gehen, nur weil die Bundesregierung keine Lösung für die Finanzierungslücken findet. Wir brauchen dringend ein geplantes und gemeinsames Vorgehen, keinen kalten Strukturwandel. Ansonsten werden viele Kliniken den Start der geplanten Krankenhausreform nicht mehr erleben.“ DK

Herrmann verleiht Medaillen an 31 mutige Bürgerinnen und Bürger:

Verdienste um die Innere Sicherheit für vorbildliche Zivilcourage

100-Jährige stellt Trickbetrüger, Passanten verhindern Vergewaltigungen, Bürger wehren Messerangriffe ab

Als „großartige Vorbilder für Zivilcourage“ hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann 31 Bürgerinnen und Bürger bezeichnet, die sich mit ihrem mutigen und beherzten Handeln auf unterschiedliche Weise um die Innere Sicherheit in Bayern verdient gemacht haben. Herrmann verlieh ihnen heute gemeinsam mit Landespolizeipräsident Michael Schwald im Rahmen einer Feierstunde in München die ‚Medaille für Verdienste um die Innere Sicherheit‘, kurz ‚Courage-Medaille‘. „Wir ehren mit dieser Auszeichnung außergewöhnliche Menschen, die sich in besonderer Weise für die Sicherheit und den Schutz unserer Gesellschaft eingesetzt haben“, betonte Herrmann. „Die Courage-Medaille symbolisiert Mut, Entschlossenheit und Engagement.“

Der Innenminister erinnerte auch an die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001, durch die viele couragierte Menschen ihr Leben lassen mussten, beispielsweise weil sie Menschen aus den brennenden Zwillingstürmen retten wollten. Zudem erinnerte Herrmann an Dominik Brunner, der nach einem brutalen Angriff starb, als er am 12. September 2009 Jugendliche vor einem gewalttätigen Übergriff in der S-Bahn beschützen wollte. „Der Name ‚Dominik Brunner‘ steht seitdem bundesweit für Zivilcourage. Wir werden das Gedenken an ihn immer in Ehren halten“, erklärte Herrmann und machte deutlich: „Niemand muss sich selbst in Gefahr bringen. Wichtig ist aber, nicht wegzuschauen und zumindest schnellstmöglich die Polizei zu verständigen.“

Beherztes Einschreiten

Bürgerinnen und Bürger, die sich durch mutiges und beherztes Einschreiten in besonderer Weise um die Innere Sicherheit in Bayern verdient gemacht haben, werden seit 1994 mit der ‚Medaille für Verdienste um die Innere Sicherheit‘ ausgezeichnet.

31 Bürgerinnen und Bürger haben in folgenden Fällen Hilfe geleistet:

- **Augsburg:** Im Januar 2022 halfen zwei Passantinnen einer jungen Frau, die von einem Mann sexuell angegriffen und ausgeraubt wurde. Im September 2022 halfen Nachbarn einer älteren Frau, Trickbetrügerin eine Falle zu stellen. Die 100-Jährige begab sich selbst zu Fuß zur Geldübergabe, wo die Täter festgenommen werden konnten.
- **Bad Kötzing:** Im Mai 2022 bedrohte ein Ladendieb eine Kassiererin mit einem Messer und wurde von einem Kunden in die Flucht geschlagen, der dabei einen Stich in den Bauch bekam.
- **Ebermannstadt:** Im Juli 2021 brachte ein Passant eine Messerstecherin zur Aufgabe, nachdem sie einen Angehörigen erstochen hatte.

- **Eichenau:** Im Mai 2021 halfen Passanten einem Schüler, der von einer Jugendbande wegen eines beobachteten Diebstahls angegriffen wurde.
- **Kolbermoor:** Im November 2021 eilte eine Frau einer jungen Frau zu Hilfe, die durch zwei Männer sexuell angegriffen wurde, und wurde von den Tätern selbst schwer verletzt.
- **München:** Im November 2021 schritt ein Passant ein, als ein weiterer Passant von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen und schwer verletzt wurde. Im November 2020 bewahrte ein Bewohner eines Mehrfamilienhauses seinen Nachbarn davor, ausgeraubt zu werden. Im Juni 2020 schlug ein Passant eine Gruppe junger Erwachsener in die Flucht, die einen Mann mit Schlägen und Tritten schwer verletzt hatten. Im Juni 2021 entriss eine Frau einer ehemaligen Schülerin im Klassenzimmer ein langes Küchenmesser, mit dem sie andere Schüler und eine Lehrkraft bedroht hatte. Ein junger Mann griff ebenfalls ein und hielt die junge Frau bis zum Eintreffen der Polizei fest. Ebenfalls im Juni 2021 unterbanden zwei Passanten den sexuellen Missbrauch einer 18-Jährigen. Im

- **Regenstauf:** Im März 2022 bemerkte eine aufmerksame Frau, dass ihre betagte Nachbarin von Trickbetrügerin übers Ohr gehauen wurde, verfolgte den Täter und erwrirkte die Geldrückgabe.
- **Rimpar:** Bereits zum fünften (!) Mal innerhalb von vier Jahren stellte eine heute 82-jährige Seniorin Trickbetrüger, die sie telefonisch zur Geldherausgabe bewegen wollten.
- **Schwandorf:** Im Juni 2022 hielt ein Fahrgast einen aggressiven Mann im Zug davon ab, einen Bahnmitarbeiter weiter anzugreifen, erlitt dadurch aber selbst erhebliche Verletzungen.
- **Schweinfurt:** Im Februar 2023 eilten zwei Passanten einem jungen Mann zu Hilfe, der von mehreren Personen angegriffen wurde, und schlugen die Täter in die Flucht.
- **Treuchtlingen:** Im Februar 2022 stellte ein Angestellter der Stadtwerke einen Serieneinbrecher und hielt ihn bis zum Eintreffen der Polizei fest.
- **Weiden in der Oberpfalz:** Im August 2022 hielten vier Passanten eine mit einem Degen bewaffnete Frau davon ab, weitere Personen zu verletzen. □

Transparenzverzeichnis:

Alte Menschen dürfen nicht diskriminiert werden

Komplikations- und Sterblichkeitsrate bergen Risiken

Erklärung des Vorstands der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch zu dem vom Bundeskabinett beschlossenen Krankenhaustransparenzgesetz.

„Es ist richtig, die Häufigkeit der Komplikationen und die Sterblichkeit in die Darstellung des Transparenzverzeichnisses aufzunehmen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ältere Kranke deutlich häufiger im Krankenhaus versorgt werden als der Rest der Bevölkerung. Das sind Menschen mit Mehrfacherkrankungen, deren Therapie oft langwieriger ist. Der Bundestag hat zu verhindern, dass jüngere, erfolgsversprechende Patienten bevorzugt behandelt werden. Das wäre eine Diskriminierung von alten, chronisch kranken und pflegebedürftigen Menschen. Für diese Patientengruppe muss es Bonuspunkte geben, ähnlich dem Risikostrukturausgleich bei den Krankenkassen. Hier werden Merkmale der Versicherten wie Alter, Geschlecht oder kostenintensive Krankheiten gegenfinanziert.“ □

KOMMUNALE 2023

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die KOMMUNALE, Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf, steht in den Startlöchern und bricht bereits jetzt alle Rekorde. Mit einer Rekordausstellungsfläche versammelt sie vom 18. bis 19. Oktober 2023 in zwei Hallen mehr als 400 Aussteller aus sieben Ländern im Messezentrum Nürnberg. Diese beeindruckende Zahl an Ausstellern, aber auch die Standflächen, die in diesem Jahr größer als je zuvor sind, setzen eine neue Bestmarke und unterstreichen das enorme Interesse und die Bedeutung der Messe. Die Fachmesse für kommunalen Bedarf zeigt Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Beschaffungsentscheidenden in diesem Jahr die Zukunftstrends in Kommunen, Städten und Gemeinden und bietet ein vielfältiges Angebotsspektrum, das die Bedürfnisse von Kommunen umfassend abdeckt.

Neben den diesjährigen Schwerpunktthemen Energie- und Klimawandel setzt die KOMMUNALE mit dem Transformationsthema Digitalisierung einen weiteren wichtigen Schwerpunkt und stellt zudem die zukunftsfähige Entwicklung von Kommunen noch gezielter in den Fokus. Denn: Das neue Kooperationsprojekt der KOMMUNALE und KomDIGITALE, bestehend aus einem DIGITAL-Trio mitten im Messegesehen, bildet nicht nur wertvolle Synergien, sondern schafft dadurch ein erweitertes Spielfeld für kommunale Themen. Ab 2023 bündeln erstmals beide Projektpartner ihre Kräfte, um ein neues zukunftsfähiges Kongress-Format – den DIGITAL-Kongress – zu etablieren, wegweisende Diskussionen anzustoßen und spannende Inspirationen zu geben. Fünf modern ausgestattete Kongress-Räume bieten am 18. und 19. Oktober eine Vielzahl an Workshops, Seminaren und Veranstaltungen. Der DIGITAL-Talk ist die Zusammenführung zweier erfolgreicher Vortragsformate für die öffentliche Digitalisierung. Dabei stehen Best-Practice-Beispiele im Rahmen eines Talkformates auf der

DIGITAL-Bühne mitten im Messegesehen im Fokus. Die Auswahl der Fachvorträge erfolgt durch eine Jury. Am 19. Oktober 2023 werden in sieben halbstündigen Vortrags-Slots genau die Themen betrachtet, die den digitalen Kommunen unter den Nägeln brennen und diese über Jahre weiter beschäftigen werden. Der DIGITAL-Award zeichnet öffentliche Projekte in drei Kategorien aus, die sich in besonderem Maße für die Digitalisierung der Verwaltung einsetzen. Die Fachjury des Awards bestehend aus Digitalisierungsprofis der öffentlichen Verwaltung sowie der Gesellschaft will die digitale Exzellenz und ihre Protagonisten mehr in den Mittelpunkt stellen. Die Verleihung findet am 18. Oktober 2023 auf der DIGITAL-Bühne mitten im Messegesehen der KOMMUNALE statt. Dann stellen sich pro Kategorie die drei Gewinner-Projekte als Finalisten vor. Das Digital-Trio findet künftig im jährlichen Wechsel im Rahmen der KOMMUNALE in Nürnberg und der KomDIGITALE in Bielefeld statt.

Mit insgesamt 56 interessanten Vorträgen ergänzen die beiden Ausstellerforen das um-

fangreiche Programm der kommunalen Fachmesse. Hier haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, sich in spezialisierten Veranstaltungen über aktuelle Themen und Herausforderungen auszutauschen und wertvolle Erkenntnisse für ihre Arbeit in Städten und Kommunen zu gewinnen. Die Eröffnung der KOMMUNALE findet im Rahmen des 13. Bundesweiten Kongresses des Bayerischen Gemeindetags statt, der begleitend zur Fachmesse veranstaltet wird. Auch hier liegt der Themenschwerpunkt in diesem Jahr auf der Klima- und Energiewende. Unter dem Motto „Noch 5 Jahre bis zur klimaneutralen Gemeinde!“ geht der Kongress auf viele hochaktuelle Beispiele im Bereich der Energieerzeugung und Energieeffizienz im Zusammenhang mit gemeindlichen Liegenschaften und Anlagen ein.

Zukunftsweisendes Event

Die KOMMUNALE 2023 verspricht also ein vielseitiges und zukunftsweisendes Event mit bundesweiter Strahlkraft zu werden, das die Bedürfnisse der Kommunen in den Mittelpunkt stellt. Die Messe bietet eine einzigartige Plattform für den Austausch von Wissen und Erfahrungen, die Förderung von Innovationen und die Vernetzung von Fachleuten aus dem kommunalen Bereich. Seien Sie dabei und erleben Sie die KOMMUNALE 2023 als unverzichtbaren bundesweiten Treffpunkt für Akteure der Kommunalpolitik, um die Zukunft der Kommunen zu gestalten: www.kommunale.de/ticket-kaufen.

Die REI-LUX Kernkompetenz:

Advertorial

Nachhaltige Standsicherheitsprüfungen an Beleuchtungsmasten

REI-LUX Prüf-, Mess-, Verfahrenstechnik GmbH & Co. KG, ist ein familiengeführtes, mittelständisches Unternehmen mit Sitz in Erkelenz (Rheinland) und bietet bundesweit seit über 35 Jahren professionelle Dienstleistungen und Produkte „rund um den Beleuchtungsmast“ an. Das Dienstleistungs- und Produktangebot umfasst nahezu sämtliche an Masten, Tragwerken, Schilderbrücken und ähnlichen prüf- und sicherheitsrelevanten Objekten geforderten Mess- und Prüfaufgaben.

Die Kernkompetenz liegt hierbei in der patentierten 3D-Standsicherheitsprüfung an Straßenbeleuchtung- und Flutlichtmasten sowie Lichtsignalanlagen. Diese präzise, materialschonende und wegweisende – statisch und dynamisch wirkende – REI-LUX Messtechnologie wird seit 1985 mit großem Erfolg angewandt.

Vorteil Krafteinleitungsprinzip

Die Masten werden bei der zerstörungsfreien Prüfung einer mechanischen Belastungsprobe gemäß EN 40 und EN 1991 unterzogen. Dabei werden alle Bewegungen des Mastes an zwei Messstellen über unsere 3D-Messkamera grafisch aufgezeichnet, um aussagefähige Analysen über seine Beschaffenheit (Tragsicherheit, Lagesicherheit-Fundament) von der Gründung über den Mastfuß bis zum Leuchtenkörper geben zu können. Ein besonderer Vorteil des REI-LUX-Verfahrens ist das Krafteinleitungsprinzip mittels Gurtkraftumlenkung. Durch den Gurt wird eine eventuelle Überlastung der Gründung vermieden.

Mit den kompakten, handgeführten Prüfgeräten werden die Masten auch an schwer zugänglichen Stellen ohne Verkehrsbehinderungen, Flurschäden und Umweltbelastung durch Abgase oder Lärmbelastigung (Spiel- und Sportplätze, Fußgängerzonen, Parkwege) erreicht.

Das patentierte REI-LUX-Verfahren wird in Europa, Marokko, Israel und Australien ebenfalls erfolgreich eingesetzt.

REI LUX

Darüber hinaus bietet REI-LUX Sicherheitsprodukte mit Vandalismus- und Zugangsschutz wie z.B. VA-Mast-Aufsetztüren sowie Sicherheitsschrauben um Ihre Beleuchtungsanlage vor unberechtigtem Zugriff zu schützen.

Zertifizierungen

Das Unternehmen ist nach DIN ISO 9001:2015 TÜV-zertifiziert und gemäß DIN EN ISO/IEC 17025:2018 als Prüflabor von der

Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) akkreditiert sowie qualifiziert zum Arbeitsschutz nach dem Security-Safety-Management SeSaM (VGB PowerTech e.V.).

Kundenkreis

Zu den Kunden zählen Städte, Kommunen, Behörden, Stadtwerke, Energieversorger, Sportvereine sowie Industriefirmen mit großen Werksarealen.

Informationen und Kontakt

Weitere ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.rei-lux.de.

REI-LUX Prüf-, Mess-, Verfahrenstechnik GmbH & Co. KG
Bernhard-Hahn-Str. 30a
41812 Erkelenz
Tel.: 02431/805185
Fax: 02431/805189
**Messeauftritt Kommunale:
Halle 8, Stand 521**



Das handgeführte und emissionsfreie REI-LUX-Prüfgerät im Einsatz. Bild: REI-LUX



Der Gemeinschaftsstand des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zusammen mit dem Landesamt für Umwelt und der Landesagentur für Energie und Klimaschutz lässt viel Raum für gute Gespräche rund um Klimaschutz und Energiewende in Bayern. Bild: Landesamt für Umwelt

Energiewende und Klimaschutz auf der Kommunale 2023

Nach dem Motto: „Kommunen handeln, wir helfen“ stellen das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) und die Bayerische Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im LfU bei der diesjährigen Kommunale gemeinsam die Beratungs- und Unterstützungsangebote von insgesamt 13 bayerischen Einrichtungen rund um Energiewende und Klimaschutz vor.

Große Herausforderungen sind große Chancen

Wer einen Blick auf die Schreibtische von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wirft, erkennt schnell die Bandbreite an Themen im Bereich Energiewende und Klimaschutz. Auf der Tagesordnung können Anliegen rund um die Rationierung von Wasser auf Grund von Dürren stehen, genauso wie die Sicherstellung von Blühflächen und Artenschutz beim kommunalen PV-Freiflächenprojekt. Wer dann die richtige Strategie parat haben will, muss gut informiert, beraten und vernetzt sein. Eine Gelegenheit dazu bietet der Gemeinschaftsstand des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zusammen mit der LENK und dem LfU auf der diesjährigen Kommunale in Nürnberg, der größten Fachmesse für Kommunalbedarf in Deutschland. Besucherinnen und Besucher können hier auf rund 300 Quadratmetern die Beratungsangebote, Förderprogramme und Tools von insgesamt 13 bayerischen Einrichtungen kennenlernen und ausprobieren.

Informiert entscheiden

Detaillierte Zahlen zu Hitze und Starkregen und zum Klima der Zukunft in der eigenen Region erhalten Interessierte von den Expertinnen und Experten des Klima-Zentrums (KliZ) im LfU mit Hilfe des Bayerischen Klimainformationssystems. Die Initiative Hochwasser.Info.Bayern wurde ins Leben gerufen, um Kommunen rund um die Themen Hochwasser und Starkregen zu informieren, zu sensibilisieren und zu unterstützen. Wenn es um Standortfragen und Potentiale von erneuerbaren Energien geht, liefert der Energie-Atlas Bayern, vorgestellt vom Ökoenergie-Institut Bayern (ÖiB) im LfU, Informationen und verschiedene Tools.

Unterstützung einholen

Die Initiative Team Energiewende Bayern (TEB) des Bayerischen Wirtschaftsministeriums steht für objektive und vertrauenswürdige Orientierungshilfe in der Energiewende. Das Team unterstützt und berät die Kommunen zur Umsetzung eigener Energieprojekte. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) zählt zu den Partnern und berät auf der Messe unter anderem durch die Wasserstoffmultiplikatoren und zu den Windkümmerern. Daneben sind auch die Koordinierungs- und Vernetzungsstelle C.A.R.M.E.N. sowie die dort angesiedelte Beratungsinitiative LandSchafftEnergie Teil des Teams. Beide bringen ein breites Themenspektrum mit:

serschutz und naturnahe Gewässerentwicklung vor. Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen im besiedelten Bereich bietet die Umweltinitiative Stadt.Klima.Natur.

Das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung (ZnK) in Bayern macht Lösungsansätze nachhaltiger Kommunalentwicklung sichtbar und gibt die Möglichkeit zum kollegialen Austausch zwischen Kommunen. Mit dem Radroutenplaner Bayern (www.radland.bayern.de) können Besucherinnen und Besucher der Messe individuelle Radrouten unter Berücksichtigung der KFZ-Belastung oder der Wegeoberfläche berechnen und damit künftig ein Beitrag zur Verkehrswende leisten.



Die Mitarbeiterinnen des Zentrums für nachhaltige Kommunalentwicklung stehen schon mit den nächsten Workshop-Ideen für kommunale Angestellte in den Startlöchern. Bild: Landesamt für Umwelt

sind die regionalen Energieagenturen in Bayern kompetente und neutrale Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Energiewende vor Ort.

Maßnahmen aufzeigen

Das Bayerische Artenschutzzentrum im LfU stellt vor, wie sich Lebensräume für Insekten, Vögel oder Fledermäuse verbessern lassen. Auch der Blühpakt Bayern treibt den Schutz heimischer Insekten voran. Zum „Starterkit – blühende Kommunen“ für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen die Beraterinnen und Berater für persönliche Gespräche zur Verfügung.

Mit dem Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 („PRO Gewässer 2030“) liegt eine integrale Strategie für Hochwas-

Kommunen handeln. Wir helfen.

Alle Ausstellerinnen und Aussteller freuen sich auf die Vorstellung ihrer vielfältigen Tools und Angebote sowie auf einen regen Austausch mit Ihnen. Eines ist klar, auch wenn die Themenvielfalt groß ist, die bayerischen Einrichtungen im Bereich Energiewende und Klimaschutz „stehen zusammen“, um die Kommunen bestmöglich zu unterstützen.

Alle genannten staatlichen Institutionen, Verbände und Projekte sind am 18. und 19. Oktober am Gemeinschaftsstand Nummer 9-413 auf der Kommunale in Nürnberg zu finden.

Weitere Informationen und Besuchertickets finden sich unter <http://www.kommunale.de/>.



Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) freuen sich wieder auf Ihren Besuch. Bild: Landesamt für Umwelt

Neue dramatische ...

(Fortsetzung von Seite 1)

verteilt haben, gibt es in Oberfranken nur eine große Unterkunft, nämlich auf einem ehemaligen Kasernen-Areal in Bamberg. Die Anker-Einrichtung stößt schon seit längerem mit ihrer Belegung an ihre Grenzen, sagte eine Sprecherin der oberfränkischen Regierung. Dort seien derzeit rund 2.550 Menschen untergebracht.

Die Regierung von Schwaben bietet rund 1.450 Anker-Plätze. Zum 19. September waren dort 1.391 Geflüchtete untergebracht. Das entspricht nach Angaben eines Sprechers nahezu einer Vollausslastung. Nach einem Rückgang der Zugänge im Frühjahr steige die Zahl der Neuankünfte seit einigen Monaten wieder stark an und sei auch kaum vorhersehbar.

30 bis 40 Prozent über den Vorjahreszahlen

Schon vor Monaten hatten die schwäbischen Landkreisvertreter gewarnt, dass sie vor Ort auf eine Notlage zusteuern, wenn sich nichts an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ändert. Laut der schwäbischen Regierungspräsidentin Barbara Schretter liegen die Flüchtlingszahlen aktuell bei 30 bis 40 Prozent über den Zugangszahlen des Vorjahres.

„Erschwerend kommt hinzu, dass uns kaum noch privater Wohnraum angeboten wird. In den einzelnen Landkreisen spüren wir deutlich, wie die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Aufnahme von Geflüchteten sinkt“, unterstreicht der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben im Bayerischen Landkreistag, der Lindauer Landrat Elmar Stegmann. Hinzu komme die Problematik sogenannter Fehlbeleger: „Diese Personen haben bereits einen Aufenthaltstitel erhalten und sind dazu berechtigt, sich eine eigene Wohnung zu nehmen. Aufgrund des sehr angespannten Wohnungsmarktes in ganz Schwaben gestaltet sich diese Suche jedoch als äußerst schwierig. Viele finden keine Wohnung und belegen somit in den Unterkünten die Plätze, die dringend für die Aufnahme neu zugewiesener Flüchtlinge benötigt werden.“

Kontrolle an den Außengrenzen

Die Zuwanderung müsse bereits an den europäischen Außengrenzen kontrolliert werden, so Stegmann. „Zudem plädieren wir für die zeitnahe Rückführung der Menschen, deren Asylverfahren abgelehnt und rechtskräftig abgeschlossen ist so wie von Personen, die Straftaten begehen. Auch sollte die Bundesregierung kritisch hinterfragen, ob nicht durch die Ausweitung von Sozialleistungen Anreize für weitere Migration geschaffen werden.“ Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie der Familien mit einem erhöhten Jugendhilfebedarf nehme weiter zu. Dadurch stiegen die Jugendhilfekosten, die die Landkreise selbst stemmen müssen, deutlich an. „Wir können diese hohen Kosten nicht weiter tragen und fordern deshalb den Freistaat Bayern dazu auf, diese Kosten zu erstatten“, macht Stegmann deutlich.

Mit einem eindringlichen Schreiben hat sich unterdessen Sebastian Gruber, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau und niederbayerischer Bezirksvorsitzender des Bayerischen Landkreistags, an Bundesinnenministerin Nancy Faeser gewandt. Gruber zufolge sind aktuell ca. 1.800 Personen unterschiedlicher Herkunft im

Landkreis Freyung-Grafenau untergebracht. „Die Unterbringung allein fordert uns täglich, die Kapazitäten sind schon lange knapp, die Lage ist deshalb extrem angespannt“, betont Gruber und versichert: „Alle arbeiten auf Anschlag, die Belastung ist seit Jahren extrem hoch.“ Themen wie soziale Betreuung, die Integration, die Folgen für die Gesellschaft, notwendige Plätze in der Kinderbetreuung und in Schulen, ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung und die gesamte Koordination seien neben dem sprichwörtlichen „Dach über dem Kopf“ von besonderer Bedeutung. Doch in all den genannten Bereichen ist die Situation trotz hoch qualifizierter Aufstellung sehr angespannt. „Ja, der Bund überfordert die Kommunen und die Bevölkerung“, weiß Gruber. Seine Kritik: „Leider gibt es auf Bundesebene keine offene und umfangreiche politische Debatte zu Asyl, zu Erwerbsmigration, zu illegaler Zuwanderung. Stattdessen haben wir aktuell einen ungezügelten Zufluss, allen voran von illegaler Migration nach Europa. Der Migrationsdruck ist daher immens, Tendenz steigend. Die Lage vor Ort, gerade in Freyung-Grafenau, ist dramatisch.“

Kein Tag ohne Aufgriffe

Verschiedene Zahlen untermauern das. Die Bundespolizeiinspektion Passau hat entlang der niederbayerisch-österreichischen Grenze von Simbach am Inn (Landkreis Rottal-Inn) bis zum Dreiländereck Deutschland – Tschechische Republik – Österreich zwischen 7.9. und 10.9.2023 insgesamt 359 Migranten und 28 Schleusungen festgestellt. Allein im Landkreis Freyung-Grafenau wurden in der ersten Septemberwoche rund 150 Migranten aufgegriffen, zum großen Teil aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. „Es vergeht aktuell kein Tag, ohne dass es Aufgriffe gibt“, erklärt der Landkreischef.

Aus Gesprächen mit Geflüchteten sei zu vernehmen, dass sich aktuell viele Türken, im Besonderen Kurden, auf den Weg nach Deutschland machen. „Diese steuern Regionen in ganz Deutschland an, in denen bereits Verwandte und Bekannte leben, z.B. Dortmund, Gelsenkirchen, Frankfurt usw. Gleiches gilt auch für Afghanen, Syrer und andere Nationalitäten“, schreibt Gruber an die Bundesministerin. Auch wenn die Situation aktuell zunächst ein Problem der Grenzregionen sei: „Aufgrund der Kausalkette wird es aber ein ebenso großes, wenn nicht noch größeres Problem der Metropolen im gesamten Bundesgebiet.“

Söder: ‚Ja‘ zu Humanität, ‚Nein‘ zu unkontrollierter Zuwanderung

Angesichts der angespannten Lage in den Kommunen, die mit dem Flüchtlingszugang überfordert sind, machte Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim CSU-Parteitag in München klar: „Wir sagen ‚Ja‘ zu Humanität, aber ‚Nein‘ zu unkontrollierter Zuwanderung“.

Bayern gehe hier voran, unter anderem mit Sachleistungen statt Bargeld für abgelehnte Asylbewerber, verpflichtenden Sprachtests vor der Einschulung sowie verpflichtender gemeinnütziger Arbeit in den Kommunen für Asylbewerber. Konkret forderte Söder vom Bund die Einstellung von Sonderaufnahmeprogrammen, eine Ausweitung der sicheren Herkunftstaaten sowie eine Verstärkung der Grenzkontrollen nach bayerischem Vorbild.

Gemeinsam mit Innenminister Joachim Herrmann hatte Bayerns Ministerpräsident kürzlich an einer Kontrollstelle der Bayerischen Grenzpolizei bei Freilassing angekündigt, die Bayerische Grenzpolizei weiter auszubauen. Wie Söder erläuterte, „braucht es einen Deutschlandpakt gegen illegale Zuwanderung. Solange die EU-Außengrenzen nicht effektiv geschützt werden, müssen wir unsere eigenen Grenzen sichern. Wir werden die Grenzpolizei bis 2028 um 500 neue Stellen auf 1.500 verstärken. Dabei werden auch die Polizeidienststellen in Grenznähe unterstützt. Es bräuchte in ganz Deutschland eine Grenzpolizei nach bayerischem Vorbild mit 10.000 neuen Bundesbeamten für den Grenzschutz.“

Enge Abstimmung zwischen Bundespolizei und Bayerischer Grenzpolizei

Innenminister Herrmann ergänzte: „Europaweit nehmen illegale Migration und Schleuserkriminalität weiter zu. Umso wichtiger ist die eng mit der Bundespolizei abgestimmte Arbeit der Bayerischen Grenzpolizei bei den unmittelbaren Grenzkontrollen zu Österreich und der Schleierfahndung im Grenzraum zu Österreich und Tschechien.“ Es zahle sich aus, dass die Grenzpolizei in den vergangenen fünf Jahren seit ihrer Gründung massiv verstärkt worden sei. So habe der Freistaat die Zahl der Grenzpolizisten bereits von ursprünglich 480 auf mehr als 800 erhöht. Bei der Personalzuteilung zum 1. September 2023 wurden der Grenzpolizei weitere 50 Beamtinnen und Beamten zugewiesen. „Zudem haben wir zum 1. August dieses Jahres die Grenzpolizeistation Mittenwald neu geschaffen“, ergänzte Herrmann. „Dazu kommt eine hochmoderne Ausstattung, die wir ständig weiter ausbauen, wie Drohnensysteme mit Wärmebildkameras.“

Enttäuscht ist Herrmann vom Engagement der Bundesregierung. Erst vor wenigen Tagen habe auch die Bundesinnenministerin das seit langem schon bekannte große Problem der Schleuserkriminalität erkannt und Gegenmaßnahmen angekündigt. „Auch hier ist leider zu befürchten, dass Frau Faeser wie in vielen anderen Bereichen nur mit wohlklingenden Worten glänzt, aber nicht mit konkreten Taten“, beschwerte sich Herrmann. Bei der Bundesinnenministerin liege es außerdem, alles zu unternehmen, dass die EU-Asylreform noch in dieser europäischen Legislaturperiode beschlossen wird.

„An den EU-Außengrenzen brauchen wir eine konsequente und lückenlose Einreisekontrolle“, forderte der bayerische Innenminister. „Wenn jemand ohne EU-Pass oder Visum nur mit Asylantrag einreisen will, müssen die Erfolgsaussichten des Asylantrags bereits an der EU-Außengrenze geprüft und entschieden werden.“

Großer Handlungsbedarf

Die Auswertung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zeigt nach Herrmanns Worten den großen Handlungsbedarf: 2022 wurden rund zwei Drittel der nach Deutschland gekommenen Asylsuchenden (101.000 von 151.000 Erstantragsstellern ab 14 Jahren) zuvor nicht in einem anderen EU-Land registriert. „Solange der Schutz der EU-Außengrenzen mangelhaft ist, müssen als Ultima Ratio überall dort unmittelbare Grenzkontrollen stattfinden, wo es aufgrund der aktuellen Lage erforderlich ist, wie in Bayern aktuell zu Österreich“, stellte der Minister klar. **DK**

Wohnungsbaukrise und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

nossenschaften. Alle haben wir das Ziel, das Wohnen für einkommensschwache Haushalte erschwinglich zu halten – trotz steigender Mieten und sinkendem Sozialwohnungsbestand. Aber mit dem vorhandenen Instrumentarium laufen wir immer häufiger ins Leere“, machte Lewe deutlich und forderte deshalb: „Bund und Länder müssen kurzfristige Lösungen neu prüfen und umsetzen. Die Regelungen zum Vorkaufsrecht sollten überarbeitet und das Vorkaufsrecht in sozialen Erhaltungsgebieten zum Quartierschutz wieder anwendbar gemacht werden.“

Bauland entwickeln

Der Königsweg für mehr Wohnungsbau bleibe, Bauland im Schulterschuss von Städten, Grundstückseigentümern sowie Projektträgern zu entwickeln. Falls das nicht gelinge, müssten die Städte aber praxisnah handeln können.

Nach Lewes Auffassung muss das Baugebot bei der anstehenden Novelle des Baugesetzbuches konsequent vereinfacht und praxisgerecht ausgestaltet werden. „Außerdem brauchen wir Investitionszuschüsse für Wohnungsbauträger, die dazu beitragen, die von der Bundesregierung ins Auge gefassten 200.000 Sozialwohnungen zu errichten.“ Allein auf die steuerliche Abschreibung im Wohnungsbau zu setzen, garantiere nicht, dass an den richtigen Standorten die passenden Wohnungen errichtet werden. Zudem wäre die gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft außen vor, da sie ohne Gewinne nichts abschreiben können.

Aus Sicht der Städte sind folgende Maßnahmen für mehr Wohnungen unerlässlich:

- Baugebot vereinfachen und bereits erprobtes Innenentwicklungsmaßnahmengebiet (IEM) im Baugesetzbuch ergänzen, damit im Stadtgebiet verteilte, ungenutzte Flächen endlich bebaut werden (Maßnahme des Bündnisses für „Bezahlbares Wohnen und Bauen“).
- Deutlich mehr Mittel von Bund und Ländern für sozialen Wohnungsbau. Investitionszuschüsse für Wohnungsbauträger, die Sozialwohnungen errichten, für das Ziel von jährlich 100.000 Sozialwohnungen.
- Vorkaufsrechte auf alle Grundstücke im Gemeindegebiet ausweiten sowie Vorkaufsrecht in sozialen Erhaltungsgebieten zum Quartierschutz wieder rechtssicher ausgestalten.
- Leerlaufen des Vorkaufrechts bei Grundstücksübertragungen in Share Deals beenden.
- Optionale Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen prüfen (Beispiel Hessen und Rheinland-Pfalz).
- Effektivere Instrumente zur besseren Verteilung von Bestandswohnungen finden, stärkere Anreize zum Wohnungstausch setzen.

Digitalpakt 2.0

Themenwechsel. Die Städte fordern überdies von der Bundesregierung, den im Koalitionsvertrag angekündigten Digitalpakt 2.0 als Nachfolger des Digitalpakts Schule endlich aufzulegen. Sonst drohe ab 2024 eine Finanzierungslücke für die Digitalisierung an Schulen. Bund, Länder und Kommunen müssten außerdem ein gemeinsames Zielbild entwickeln, wie digitales Lernen 2030 aussehen und dauerhaft finanziert werden soll.

Nur so könnten die Städte verlässlich planen, investieren und allen Schülerinnen und Schülern bundesweit gleiche Bildungschancen ermöglichen.

Daueraufgabe Digitalisierung

Wie das Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Silvio Witt aus Neubrandenburg, erläuterte, „müssen Bund und Länder dafür sorgen, dass unsere Schulen nicht zu digitalen Investitionsruinen werden. Mit den Mitteln aus dem Digitalpakt konnten die Schulen für schnelles WLAN sorgen und digitale Endgeräte wie Tablets oder digitale Tafeln anschaffen. Die technische Infrastruktur an den Schulen hat sich deutlich verbessert. Aber Digitalisierung ist ja mit der einmaligen Anschaffung nicht erledigt, sondern muss weiterlaufen.“

Witt zufolge müssen Infrastruktur und Geräte gewartet und regelmäßig ausgetauscht werden und es braucht eine verlässliche IT-Administration. Diese Folgekosten waren beim Digitalpakt Schule aber praktisch nicht berücksichtigt. „Wenn es kein Nachfolgeprogramm für den Digitalpakt gibt, das auch diese Kosten abdeckt, verstauben die angeschafften Tablets irgendwann in der Ecke. Der Bund muss darum seine Zusage aus dem Koalitionsvertrag einhalten und einen Digitalpakt 2.0 auflegen.“

Digitalpakt 2.0 frühestens 2025

Über den Digitalpakt Schule wurden seit 2019 insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung an Schulen bereitgestellt. Die meisten Mittel sind bereits in Projekten gebunden. Der Digitalpakt Schule läuft im Mai 2024 aus – das Bundesbildungsministerium hat aber bereits mitgeteilt, dass der Digitalpakt 2.0 frühestens 2025 kommt. Im Bundeshaushalt 2024 sind keine Mittel für einen neuen Digitalpakt eingeplant.

„Das eine gute digitale Ausstattung für Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler künftig Standard sein sollte, ist Konsens“, betonte Witt. Niemand in diesem Land wolle 2030 noch Tafel und Kreide als Mittelpunkt des Klassenzimmers. Das würde auch in keiner Weise modernen und interaktiven Lehr- und Lern-

konzepten entsprechen, für die sich Schülerinnen und Schüler auch digital vernetzen und lernen müssen.

„Wir dürfen kein digitales Entwicklungsland bleiben. Digitalisierung der Schulen ist in Zukunft ganz klar eine Daueraufgabe und muss auch dauerhaft finanziert werden“, fuhr Witt fort. „Das Grundproblem von Förderprogrammen wie dem Digitalpakt Schule ist doch, dass sie eine begrenzte Laufzeit haben. Und die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern für das Folgeprogramm Digitalpakt 2.0 scheinen aktuell auf Eis zu liegen. Wir können aber Schülerinnen, Schülern und Eltern doch nicht sagen, dass nach 2024 erstmal Schluss ist mit digitaler Schule“, so das Präsidiumsmitglied.

Planungssicherheit und Regelfinanzierung

Für die digitale Ausstattung als Standard schulischen Lernens brauche es eine Roadmap für die kommenden Jahre, die den Städten Planungssicherheit gibt und mit einer Regelfinanzierung verbunden ist. Witt: „Wir müssen klären, wie digitales Lernen 2030 und darüber hinaus aussehen soll. Bund und Länder müssen sich gemeinsam mit den Kommunen als Schulträger auf ein Zielbild verständigen. Wenn wir das haben, brauchen wir eine Roadmap, in welchen Bereichen wir investieren müssen und welche Mittel wir dafür benötigen. Wenn es dann keine weitere Förderung vom Bund gibt, sind die Länder in der Pflicht. Die Kommunen können die Kosten nicht allein stemmen.“

Ein gemeinsames Zielbild für digitales Lernen der Zukunft sei außerdem wichtig, weil endlich auch über moderne pädagogische Konzepte und mehr Bildungsgerechtigkeit gesprochen werden müsse. Alle Bildungsstudien zeigten, dass es einen riesigen Nachholbedarf gibt, wenn allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein guter Start ins Leben ermöglicht werden soll.

Witt abschließend: „Die Lerndefizite vieler Schülerinnen und Schüler sind ohnehin schon groß. Da können wir es uns bildungspolitisch nicht leisten, dass sie auch noch digital abgehängt werden oder wir in Deutschland einen Flickenteppich bei der Digitalisierung an Schulen haben, je nach Kassenslage der Kommune.“ **DK**

BayVGH: Einreise-Quarantäneverordnung war unwirksam

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat mit verkündetem Urteil festgestellt, dass die Einreisequarantäne-Verordnung des Freistaats Bayern vom 5.11.2020 unwirksam war.

Nach der Einreisequarantäne-Verordnung waren Personen, die in den Freistaat Bayern eingereist waren und sich innerhalb von zehn Tagen vor der Einreise in einem Risikogebiet aufgehalten hatten, verpflichtet, sich unverzüglich nach der Einreise für zehn Tage in Quarantäne zu begeben. Als Risikogebiet stufte die Verordnung Staaten oder Regionen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein, für die zum Zeitpunkt der Einreise nach Deutschland ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit dem Coronavirus bestand. Maßgeblich für die Einstufung als Risikogebiet war die jeweils aktuelle Veröffentlichung des Robert-Koch-Instituts. Die Einreisequarantäne-Verordnung wurde vom Freistaat Bayern auf Grundlage einer Musterverordnung des Bundes erlassen.

Hiergegen hatte ein Ehepaar aus München geklagt, das eine Auslandsreise in ein festgesetztes Risikogebiet geplant hatte.

Der BayVGH hat mit seinem verkündeten Urteil festgestellt, dass die Verordnung unwirksam war. Die Einreise aus einem Risikogebiet sei bereits grundsätzlich nicht geeignet, den für eine Quarantäne nach dem Infektionsschutzgesetz erforderlichen Ansteckungsverdacht zu begründen. Ein Ansteckungsverdacht verlange regelmäßig eindeutige Symptome und eine entsprechende Anamnese oder einen Kontakt mit einer infizierten Person. Die Einreisequarantäne-Verordnung sei zudem deshalb unwirksam, weil der für die Einstufung als Risikogebiet maßgebliche Verweis auf die jeweils aktuelle Veröffentlichung des Robert-Koch-Instituts gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoße.

Der BayVGH hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache zugelassen. (BayVGH, Urteil vom 2. August 2023, Az. 20 N 20.2861). **□**

Stadt Wallenfels:

Glasfaserausbau startet 2024

Die Glasfaser kommt nach Wallenfels. Hinter den Kulissen laufen die Vorbereitungen bereits auf Hochtouren, damit der Ausbau wie geplant im Jahr 2024 starten kann.

Die gute Nachricht: Bürgerinnen und Bürger von Wallenfels ist es ab sofort möglich, einen Glasfasertarif zu buchen und sich so einen kostenlosen Anschluss ihrer Immobilie an das Netz der Zukunft zu sichern.

Open Access

Die GlasfaserPlus stellt ihr Netz allen interessierten Telekommunikationsanbietern diskriminierungsfrei zur Verfügung. Damit haben Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich

bot perspektivisch zu erweitern. Für Wallenfels hat aktuell die Deutsche Telekom verbindlich angekündigt, ihre Endkunden-Produkte auf dem Netz der GlasfaserPlus anzubieten.

„Der eigenwirtschaftliche Ausbau durch die GlasfaserPlus ist ein weiterer Schritt zur Versorgung der Menschen in unserer Stadt mit schnellem Internet. Bereits 2010 hat sich die Stadt Wallenfels in einem ersten Förderverfahren auf dem Weg gemacht. Mittlerweile steht die vierte Stufe des Ausbaus an-

tes versorgen“, beschreibt Jens Korn, Erster Bürgermeister der Stadt Wallenfels, die Strategie der Kommune, jeden Haushalt ans Netz zu bringen.

„Glasfaser bedeutet für große Teile Deutschlands einen enormen Schritt ins Digitalzeitalter. Sie gewährt Bürgerinnen und Bürgern Zugang zur Hochgeschwindigkeits-Datenautobahn und wertet ländliche Kommunen als Wohn- und Geschäftstandorte auf. Darum verfolgen wir das Ziel, hier bis 2028 vier

Millionen gigabitfähige Glasfaser-Anschlüsse zu bauen“, so Jens Berwig, Chief Commercial Officer bei GlasfaserPlus.

Über GlasfaserPlus

Die GlasfaserPlus GmbH (www.glasfaserplus.de) ist ein Joint Venture zwischen der Deutschen Telekom und dem IFM Global Infrastructure Fund, das bis 2028 rund vier Millionen Glasfaseranschlüsse im ländlichen Raum sowie klein- und mittelstädtischen Regionen Deutschlands bauen will. Darüber hinaus beteiligt sich das Unternehmen an staatlichen Förderausschreibungen. □

Tölzer Oststadt:

Telekom setzt Glasfaserausbau fort

Die Deutsche Telekom setzt ihren Glasfaserausbau in Bad Tölz fort. Mit einem symbolischen Spatenstich in der General-Paton-Straße wurde jetzt der Ausbau in der Oststadt gestartet. Bis Ende 2024 will die Telekom hier weitere rund 320 Adressen mit Glasfaser versorgen. Dahinter verbergen sich rund 140 Geschäftseinheiten und rund 1.100 Wohnungen.

Ein Glasfaseranschluss überträgt stabil und zuverlässig Daten in Gigabitgeschwindigkeit. Das neue Netz erlaubt Downloadgeschwindigkeiten von 1 Gbit/s. Damit können alle bekannten Anwendungen problemlos genutzt werden. In Zukunft werden sogar noch höhere Geschwindigkeiten möglich sein. Denn die Bandbreite auf einem Glasfaserkabel ist nahezu unbegrenzt.

„Glasfaser ist die Technologie, die die zukünftig benötigten Datenmengen transportieren kann. Ein Glasfaseranschluss in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus ist genauso wichtig wie ein Anschluss an Strom oder Wasser. Außerdem steigert er den Wert der Immobilie“, erklärt Martin Prametsberger, Kommunalberater der Deutschen Telekom.

Um die hohen Bandbreiten anbieten zu können, wird die Telekom in der Oststadt rund 10 km Glasfaserkabel verlegen. Den Großteil davon kann sie in vorhandene Leerrohre einziehen. Auf einer Strecke von rund 2,3 Kilometern sind allerdings Tiefbauarbeiten nötig. Diese werden in kleinen Bauabschnitten durchgeführt, um die Beeinträchtigungen für den Anlieger- und Lieferverkehr so gering wie möglich zu halten. □

Mehr als 5.000 Glasfaseranschlüsse für die Stadt

Das Ausbaugelände in der Oststadt ist Teil des großflächigen Glasfaserausbaus der Telekom in Bad Tölz. Seit Ende August laufen bereits die Bauarbeiten in der Marktstraße. Dort soll der Ausbau bis zum 12. Dezember abgeschlossen sein (die letzten Arbeiten finden in der oberen Marktstraße außerhalb des reinen Fußgängerbereiches statt).

Weitgehend fertig gestellt sind die Kohlstattstraße sowie der Straßen Am Kalkofen, Schlesierstraße, Sudetenstraße und Karwendelstraße. Folgen sollen noch Teile im Gries, die Salzstraße und Am Schlossplatz. Ferner große Teile des Ausbaugeländes im Badeteil (östlich der Isar, Ludwigstraße, Königsdorfer Straße, Schützenstraße, Isarleitenweg, Brunnfeldstraße, Angerstraße, Arzbacherstraße) sowie Teile des Stadtgebietes an der Lengrieser Straße. In den genannten Baugebieten können viele Kunden bereits die schnellen Glasfaseranschlüsse nutzen, auch wenn noch eine ganze Reihe von Hausanschlüssen fertiggestellt und die Oberflächen einiger provisorisch geschlossener Baugruben noch final wiederhergestellt werden müssen. □

Verwaltungsgemeinschaft Zolling wird „Digitales Amt“

Die Verwaltungsgemeinschaft Zolling wird „Digitales Amt“. Die Kommune erhielt die Auszeichnung vom Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Als „Digitales Amt“ dürfen sich bayerische Kommunen bezeichnen, die mindestens 50 kommunale und zentrale Online-Verfahren im sogenannten BayernPortal verlinkt haben. Diese Kommunen werden zudem auf der Webseite des Staatsministeriums für Digitales veröffentlicht, um zu zeigen, welche Kommunen bei der Digitalisierung bereits gut vorangekommen sind.

Staatsminister Herrmann: „Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der wichtigsten Aufgaben der bayerischen Kommunen und bietet gleichzeitig die große Chance, die Arbeit der Kommunen einfacher und effizienter zu gestalten. Einige sind hier bereits vorbildlich unterwegs, wie die Verwaltungsgemeinschaft Zolling. Bürgerinnen und Bürger profitieren von den komfortablen Online-Services, die viele Behördengänge ersetzen und Zeit sparen. Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger! Mit dem Prädikat 'Digitales Amt' wollen wir das Engagement

dieser Gemeinden, Städte und Landkreise würdigen.“

Online-Verfahren im Visier

Gemeinschaftsvorsitzender, 1. Bürgermeister Anton Geier: „Die Verwaltungsgemeinschaft Zolling hat schon immer großen Wert darauf gelegt, neben dem persönlichen Bürgerservice vor Ort auch die digitalen Möglichkeiten umfassend zu nutzen. Deshalb werden wir auch künftig darauf achten, die Online-Verfahren kontinuierlich weiterzuentwickeln.“ □



Svenja Herrmann, KBG – Kommunalberaterin Glasfaser, GlasfaserPlus, und Jens Korn, Erster Bürgermeister der Stadt Wallenfels, bei der Unterzeichnung. Bild: Telekom

die freie Wahl, bei welchem Unternehmen sie Internet, Telefon oder Fernsehen buchen möchten. Das Unternehmen befindet sich derzeit in Verhandlungen mit zahlreichen namhaften Netzbetreibern, um das Ange-

bot nicht am Ende angelangt: Je ne Haushalte, die nicht von GlasfaserPlus oder in einem vorherigen Verfahren erschlossen wurden, werden wir über die Gigabitförderung des Freistaats

T GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Der ultimative Digitalisierung-Booster für Bayern

Unsere Ziele für Bayern:

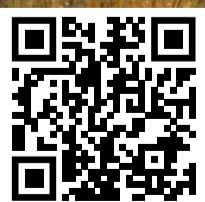
Ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaft mit der Kommune für eine digitale Transformation

Wir bauen auf eine gemeinsame Strategie bestehend aus **Eigenausbau**, **regionaler Kooperation** sowie dem **geförderten Ausbau**

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Maßgeschneiderte Entwicklungsplanung Schritt-für-Schritt und zu 100% transparent

10. Bayerisches BreitbandForum – Wir sind am 12. Oktober in Gunzenhausen für Sie vor Ort, schauen Sie vorbei.



www.telekom.de/glasfaser

T Erleben, was verbindet.

Großflächiger Ausbau hochmoderner Internetanbindungen

LEONET schließt Kooperationsvereinbarungen mit fünf Kommunen im Landkreis Rhön-Grabfeld

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET wird in mehreren Kommunen im Landkreis Rhön-Grabfeld in Nordbayern ein Glasfasernetz ausbauen. Dazu wurden Kooperationsvereinbarungen zwischen LEONET und den Städten/Gemeinden Bad Neustadt a. d. Saale, Niederlauer, Salz, Burglauer und Hohenroth unterzeichnet. Insgesamt können mehr als 9.000 Haushalte und Gewerbebetriebe an das hochmoderne Glasfasernetz angeschlossen werden. Den Nutzern stehen dann Internetanschlüsse mit einer Download-Geschwindigkeit von 1.000 Mbit/s zur Verfügung.

Der Landkreis Rhön-Grabfeld liegt in Unterfranken und ist gleichzeitig der nördlichste Landkreis Bayerns. Neben der Kreisstadt Bad Neustadt a. d. Saale sollen die Gemeinden Burglauer, Hohenroth, Niederlauer und Salz an dem Ausbauprojekt partizipieren. Für Leonet ist es das erste Glasfaser-Projekt in Unterfranken. Es ist eine logische Folgerung der konsequenten geografischen Expansion innerhalb Bayerns in der jüngeren Vergangenheit. Bruno Altrichter, Stellvertreter von Landrat Thomas Habermann, begrüßt dies außerordentlich. „Die Pläne von LEONET haben uns voll überzeugt. Diese zeugen von einer hohen Sachkompetenz. Zudem war die Atmosphäre bei den diversen Gesprächen stets konstruktiv und partnerschaftlich auf einer gemeinsamen Augenhöhe.“

Interkommunale Zusammenarbeit

„Wir freuen uns sehr, dass wir gleich mehrere Kommunen des Landkreises mit unserem Vorhaben überzeugen konnten“, er-

klärt LEONET-CEO Jochen Mogalle. „LEONET investiert in den Ausbau der hochmodernen Glasfaserinfrastruktur und ist gleichzeitig als Diensteanbieter von gigabitfähigen Internetdiensten und IP-TV tätig. Entsprechend liegt unser Fokus klar

auf der eigenwirtschaftlichen Erschließung und Vermarktung von Hausanschlüssen. Mit letztgenannter werden wir im Oktober starten.“

Seriöser Partner für Bad Neustadt a.d.Saale

Der Löwenanteil des Infrastrukturprojekts entfällt auf die Kreisstadt Bad Neustadt a. d. Saale. Rund 5.100 Haushalte und Gewerbebetriebe werden profitieren. „Wir sind froh, mit der LEONET einen seriösen Partner für den Ausbau eines zukunftssicheren Glasfasernetzes gefunden zu haben“, erklärt



Hinten v.l.: Dr. Jörg Geier (Landkreis Rhön-Grabfeld – Leiter der Kreisentwicklung), Frank Reichert (Landkreis Rhön-Grabfeld – Kreisentwicklung), Jochen Mogalle (LEONET GmbH – CEO), Patrick Sampaio (LEONET GmbH – Projektleiter Vertrieb). Vorne v.l.: Bruno Altrichter (Landkreis Rhön-Grabfeld – Weiterer stellv. Landrat), Bürgermeister Martin Schmitt (Gemeinde Salz), Bürgermeister Holger Schmitt (Gemeinde Niederlauer), Bürgermeister Georg Straub (Gemeinde Hohenroth), Bürgermeister Marco Heinickel (Gemeinde Burglauer), Bürgermeister Michael Werner (Stadt Bad Neustadt a. d. Saale).

Bild: Kerstin Rosin (Landkreis Rhön-Grabfeld – Kreisentwicklung)

Bürgermeister Michael Werner. Die Stadt wird LEONET bei der Vorvermarktung nach ihren Möglichkeiten unterstützen. „Ich kann nur jedem Eigentümer in den Ausbaubereichen empfehlen, sich einen Glasfaser-Hausanschluss inklusive Internetanschluss installieren zu lassen“, ergänzt Dr. Jörg Geier, Leiter der Kreisentwicklung. Ein Glasfaseranschluss stellt eine generelle Wertsteigerung für eine Immobilie dar, da dieser als Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität jener gilt.

Appell der Bürgermeister

Dem pflichten die Bürgermeister Michael Werner (Stadt Bad Neustadt a. d. Saale), Marco Heinickel (Gemeinde Burglauer), Georg Straub (Gemeinde

Wurmsham:

Eigentümer entscheiden über Glasfaseranschlüsse für 110 Gebäude

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Wurmsham im niederbayerischen Landkreis Landshut haben es jetzt in der Hand: Wenn sich mindestens 50 Prozent der Gebäudeeigentümer im geplanten Ausbaubereich bis zum 30. September 2023 für einen Glasfaseranschluss entscheiden, erschließt die Energie Südbayern GmbH gemeinsam mit Bayerns führendem Glasfaseranbieter M-net rund 110 Gebäude mit über 300 Wohn- und Büroeinheiten mit FTTH/H-Glasfaseranschlüssen (Fiber to the Building/Home). Diese Technologie ermöglicht die Nutzung von schnellen Internet-, Telefon-, und HDTV-Anschlüssen mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

Rund 110 Gebäude in Wurmsham sollen ab dem kommenden Jahr echte FTTH/H-Glasfaseranschlüsse erhalten. Vor kurzem haben die Gemeinde Wurmsham, ESB und M-net im Rahmen einer Infoveranstaltung die Gebäudeeigentümer bereits über den geplanten Glasfaserausbau informiert. Dabei übernimmt der regionale Energieversorger ESB die Ausbaukosten auf eigenwirtschaftlicher Basis, wenn mindestens 50 Prozent der Eigentümer dem Ausbau zustimmen.

Einmalige Chance nutzen

Der 1. Bürgermeister von Wurmsham, Manuel Schott, unterstützt das Glasfaserausbauprojekt: „Ich rufe die Bürgerinnen und Bürger von Wurmsham dazu auf, diese einmalige Chance zu nutzen. Mit Energie Südbayern und M-net ermöglichen Ihnen zwei renommierte und regional verankerte Unternehmen, kostengünstig einen zeitgemäßen und zukunftssicheren Internetanschluss zu erhalten.“

Kostenloser Hausanschluss bei Buchung eines M-net Glasfasertarifs

Der Glasfaser-Hausanschluss ist für die Eigentümerinnen und Eigentümer kostenlos, wenn sie sich zugleich für die Buchung eines Internet- und Telefonanschlusses von M-net entscheiden. Sollte nur der reine Hausanschluss ohne einen passenden M-net Tarif gewünscht sein, fällt eine einmalige Baukostenbeteiligung in Höhe von 199 Euro pro Anschluss an.

Für Eigentümer, die diese Gelegenheit nicht wahrnehmen und sich erst zu einem späteren Zeitpunkt für einen Anschluss entscheiden, können erhebliche Kosten für die individuelle Nacherschließung anfallen.

Rund 30 Kilometer neue Glasfaserkabel

Das geplante Ausbaubereich umfasst den Ort Wurmsham mit Ausnahme des Neubaugebiets in der Straße Am Strellberg. Auf einer Tiefbaulänge von knapp 4 Kilometer plant die ESB rund 30 Kilometer neue Glasfaserkabel zu verlegen. Der Bau-

start ist für Anfang 2024 geplant. Bei dem sogenannten FTTH/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

„Warum Glasfaser?“ Mit einem Glasfaseranschluss sind sowohl Wohn- als auch

start ist für Anfang 2024 geplant. Bei dem sogenannten FTTH/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

„Warum Glasfaser?“ Mit einem Glasfaseranschluss sind sowohl Wohn- als auch

start ist für Anfang 2024 geplant. Bei dem sogenannten FTTH/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

start ist für Anfang 2024 geplant. Bei dem sogenannten FTTH/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

„Warum Glasfaser?“ Mit einem Glasfaseranschluss sind sowohl Wohn- als auch

start ist für Anfang 2024 geplant. Bei dem sogenannten FTTH/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

Warum Glasfaser?

„Unterfranken, Oberbayern und Schwaben:“

Über 12,7 Mio. Euro für Glasfaseranschlüsse

„Jeder Meter neues Glasfaserkabel zählt: Der Glasfaserausbau ist Schlüssel für die digitale Zukunft – insbesondere im ländlichen Raum. Unser bayerisches Ziel ist Gigabit bis in jedes Haus! Der Freistaat Bayern engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv, um seinen Bürgerinnen und Bürgern bestmöglichen Zugang zu schnellem Internet zu ermöglichen“, unterstrich Finanz- und Heimatminister Albert Föderer anlässlich des Bescheidversands an elf Kommunen sowie eine Schule aus drei Regierungsbezirken.

Dass Freistaat und Kommunen für dieses gemeinsame Ziel tatkräftig an einem Strang ziehen, zeigt Föderer zufolge das starke Engagement im Rahmen der Bayerischen Gigabitförderung. „Insgesamt über 12,7 Millionen Euro Förderung für ihre digitale Zukunft erhalten elf Kommunen sowie eine Schule aus drei Regierungsbezirken. Damit profitieren künftig über 3.000 Adressen von Gigabit.“

„Glasfaser/WLAN-Richtlinie“ Mit dem bayerischen Förderprogramm „Glasfaser/WLAN-Richtlinie“ können alle öffentlichen Schulen im Freistaat direkt an leistungsstarke Glasfaser angebunden werden. Bayernweit konnten seit 2018 bereits über 3.800 Einrichtungen, davon 2.900 öffentliche Schulen, mit über 106 Millionen Euro gefördert werden. 92 Prozent der öffentlichen Schulen sind bereits gigabitfähig versorgt.

„Glasfaser/WLAN-Richtlinie“

Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung hat der Freistaat seit 2014 über 2,3 Milliarden Euro investiert. Damit werden über 87.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt. Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und den Umfang der Fördergebiete. □

stadt - Gartenstadt, Brendlorenzen, Herschfeld, Bad Neuhaus, Mühlbach, Burglauer, Hohenroth, Leutershausen, Windshausen, Querbachshof, Niederlauer und Salz profitieren. Die Vorvermarktung startet im Oktober. Nach dem erfolgreichen Abschluss dieser erfolgt die Detailplanung der Ausbaubereiche in den fünf Kommunen. Ein Baustart kann dann voraussichtlich im vierten Quartal des kommenden Jahres erfolgen.

Die realisierten Glasfaser-Internetanschlüsse werden standardmäßig im Download 1.000 Mbit/s leisten können. LEONET setzt beim Glasfaserausbau generell auf den Open Access Ansatz, d.h. dass das zukünftige Netz auch anderen Anbietern offensteht. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

„Ökologischer Vorteil“ Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN



BESUCHEN SIE UNS:

Auf dem Bayerischen BreitbandForum in Gunzenhausen am 12.10.2023

Auf der KOMMUNALE in Nürnberg am 18.–19.10.2023 Halle 8 / 8-615



Adrian Richter
Leiter
Kommunalbetreuung

+49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN DER
INFRAFIBRE GERMANY

Wir sorgen mit unserem **Glasfaser-Ausbau für zukunftssicherndes Breitband-Internet** – dem wichtigsten Baustein Ihrer Infrastruktur.

100% Flächendeckung durch eine Kombination aus privatwirtschaftlichem und geförderten Ausbau.

Vertrauen Sie unserer Erfahrung aus 13 Jahren erfolgreichem Glasfaser-Ausbau in Bayerns Kommunen.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Regelwerk mit Vielfach-Effekt

DIN 18220 für schnelleren Glasfaserausbau in Bayern

Für den Glasfaserausbau in Deutschland gelten neue Standards. Die vom Deutschen Institut für Normung (DIN) verabschiedete DIN 18220 ist eine Leitlinie für den Bau und Hinweis zur Planung und Dokumentation von unterirdischen Glasfaserinfrastrukturen. Das Ziel: Ein gemeinsames Gerüst für die Anforderungen von öffentlicher Hand und Bauwirtschaft beim Glasfaserausbau schaffen, das mehr Rechts- und Qualitätssicherheit bietet.

Die Inhalte sind praxisorientiert und in Betrachtung sämtlicher Prozesse standardisiert. Mit der Nutzung sicherer, minimalinvasiver Verlegungsmethoden soll die Ausbaugeschwindigkeit der Infrastruktur deutlich erhöht werden.

Beim Glasfaserausbau werden verschiedene Bauverfahren praktisch angewendet. Für die in Deutschland und damit auch in Bayern gängigsten Bautechniken Trenching-, Fräs- und Pflugverfahren definiert die DIN-Norm die Prozesse von Vorbereitung, Anwendung bis zur Dokumentation sowie die Wiederherstellung der Oberflächen über den

technischen Standard hinaus. Sie gilt sowohl für Straßengrundstücke im öffentlichen Raum als auch für Privatgrundstücke.

Norm ist Branchenovum

DIN18220 ist ein Gemeinschaftsprojekt; mehr als 30 Gremienmitglieder aus der Bauindustrie, Telekommunikationswirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung haben einen Konsens abgestimmter Vorgaben festgelegt. Darunter auch das Unternehmen Deutsche Glasfaser, welches bereits seit 2017 beim Glasfaserausbau in Bayern aktiv ist. „Als Pionier beim Glasfaser-

ausbau setzen wir schon seit über zehn Jahren moderne Verlegungsmethoden ortsspezifisch passend für die schnelle und effiziente Glasfaserversorgung ein,“ erklärt Gerda Meppelink, Senior Expert PR Kommunale Kooperationen. „Wir haben uns früh für eine Standardisierung im Ausbau engagiert und uns in der Expertengruppe des Deutschen Instituts für Normung gemeinsam mit Vertretern der öffentlichen Hand über konkrete Vorgaben und Qualitätskriterien einvernehmlich verständigt.“

Digitalisierung voranbringen

Die Glasfasertechnologie ermöglicht eine Übertragung mit Lichtgeschwindigkeit, bietet eine hohe Qualität und technische Standards und wird die digitale Teilhabe in Deutschland deutlich voranbringen. Da sie Licht- und keine elektrischen Signale über-

trägt, können ihr äußere Einflüsse wie Frost, Feuchtigkeit oder Blitzschläge auch bei einer geringeren Verlegetiefe nichts anhaben. Die Umsetzung der DIN-Norm unterstützt den „Pakt Digitale Infrastruktur“, in dem sich die Bayerische Staatsregierung, Kommunen und Netzbetreiber zusammengeschlossen haben. Dieser sieht unter anderem vor, dass in Bayern bis 2025 mehr als drei Millionen zusätzliche Haushalte eine Glasfaseranbindung erhalten.

Weniger Belastung für Mensch und Natur

„Als Anbieter der ersten Stunde haben wir in Bayern bereits mehr als 160.000 Glasfaseranschlüsse realisiert, darüber hinaus arbeiten wir mit über 70 Gemeinden gemeinsam am weiteren Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur,“ erklärt Winfried Kopperschmidt, Regionalleiter von Deutsche Glasfaser in Bayern. „Unser Ziel ist es, den Freistaat auch weiterhin nachhaltig mit Anschlüssen auszubauen. Daher ist die DIN-Norm für uns ein wichtiger Hebel, um in enger Zusammenarbeit mit dem Land Bayern und den Kommunen noch mehr Tempo für die digitale Zukunft auf die Straße zu bringen.“

Unter Berücksichtigung der DIN 18220 ermöglichen die minimalinvasiven Verlegungsmethoden einen bis zu fünf Mal schnelleren Ausbau mit Glasfaser. Auch die Belastungen für Anwohner und Ökosystem können reduziert werden, beispielsweise durch geringeren Bodenaushub und die vorgeschriebene Berücksichtigung der bestehenden Infrastrukturen. „Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, verantwortungsbewusst mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen und hierbei auch die besondere geologische Beschaffenheit in Bayern zu berücksichtigen, für die die DIN-Norm nun noch mehr Klarheit bei allen Beteiligten schafft“, so Kopperschmidt. □

Museum wird dann voraussichtlich 2032 seine Pforten öffnen können.

Der Link zum „Festungsexplorer“ findet sich auf der Webseite zur Festung Marienberg: https://www.schloesser.bayern.de/deutsch/schloss/objekte/wu_fest.htm. □



Minimalinvasive Verlegungsmethoden ermöglichen einen bis zu fünf Mal schnelleren Ausbau mit Glasfaser. Bild: Deutsche Glasfaser

Im Vogelflug die Festung Marienberg erkunden:

Der digitale „Festungsexplorer“ macht's möglich

Einmal die Festung Marienberg und ihre Bastionen aus der Luft betrachten, einen Blick in das oberste Stockwerk des Bergfrieds werfen oder das verschwundene Fallgatter am Neutor in Aktion sehen? All das ist ab sofort mit dem digitalen „Festungsexplorer“ möglich, den zwei Absolventen der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Schlösserverwaltung erstellt haben.

Michael Buchholz und Tobias Koch haben eine interaktive Webanwendung als Bachelorarbeit im Studiengang Geovisualisierung entwickelt, mit der das Wahrzeichen Würzburgs zu Hause am PC oder per Smartphone erkundet werden kann. „Die ansprechend gestaltete Visualisierung bietet einen echten Mehrwert für Besucherinnen und Besucher, die sich einen digitalen Eindruck von der Festung verschaffen wollen“, freut sich der Präsident der Bayerischen Schlösserverwaltung, Bernd Schreiber.

Ausgangspunkt für die interaktive Anwendung waren die freizutragbaren Gelände- und Gebäudemodelle aus dem „Bayernatlas“ des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, die umfangreich

aufbereitet wurden. In den nächsten Schritten haben die beiden Geovisualisierer fehlende Gebäudeteile nachmodelliert, Details ergänzt, Fakten und Bilder spannender „Points of Interest“ zusammengetragen und die Anwendung in HTML, CSS und JavaScript programmiert.

Interaktive Anwendung

Der „Festungsexplorer“ bietet zunächst einen plastischen Gesamteindruck des Festungsbereichs. Das virtuelle Modell kann dabei nach Belieben intuitiv gedreht und gewendet, ein- und ausgezoomt und sogar im Vogelflug überflogen werden. Beim Überfahren der Gebäude erscheinen die Gebäudenamen; ausgewählte Orte wie das Alte Zeughaus, Fürstenbau und Fürs-

tengarten, Kiliansturm, Marienkirche, Maschikuliturm, Pferdeschwemme, Randersackerer Turm und Scherenbergort können angeklickt werden. Sie werden dann mit Informationen in Bild- und Textform ergänzt.

Besonderheiten mit Aha-Effekt

Hinter dem Brunnenhaus, dem Bergfried und dem Neutor verborgen sich Besonderheiten mit Aha-Effekt: Der Bergfried, von dem in der Regel nur das unterste Geschoss zugänglich ist, kann im Querschnitt aufgeklappt werden, im Brunnenhaus geht es per Geländeschnitt bis auf die Grundwasser-Sohle und beim Neutor gibt es im Längsschnitt animierte Wippbrücken und Fallgatter. Ein zusätzliches Feature ist die Darstellung der bauzeitlichen Reihenfolge in Signalfarben.

Die Festung Marienberg wird derzeit aufwändig saniert. Rund um den inneren Burghof wird das neue Museum für Franken entstehen. Die gesamten Bauarbeiten sollen bis Ende 2030 abgeschlossen werden. Das neue

Auszeichnung für das beste Internet in Deutschland

M-net ist Testsieger beim Breitband- und Festnetztest 2023 von IMTEST

Im aufwändigen Breitband- und Festnetztest von IMTEST der FUNKE Mediengruppe belegt Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net den ersten Platz unter allen regionalen Internetanbietern und wurde damit zum Testsieger gekürt. Mit einer Gesamtnote von 1,19 übertrifft M-net auch alle bundesweit verfügbaren Telekommunikationsanbieter im Test und sichert sich damit die Auszeichnung für das beste Internet in Deutschland.

Spitzenwert von 1,19

Vier bundesweite und fünf regionale Internetanbieter hat die Zeitschrift IMTEST mit ihrem technischen Messtdienstleister Zafaco unter die Lupe genommen. Dabei standen vier Hauptkategorien im Mittelpunkt. In den Kategorien Sprachdienste und Datenübertragung erzielte M-net mit 1,0 die höchstmögliche Bewertung. Auch in den Disziplinen Surfen und Videostreaming erreichte M-net mit einer Note von 1,4 jeweils die beste Bewertung aller Teilnehmer im Test und sicherte sich somit mit der Note „sehr gut“ und dem Spitzenwert von 1,19 die Auszeichnung für das beste Netz aller Anbieter.

Für den aktuellen Breitband- und Festnetztest von IMTEST hat der auf Netzmessungen spezialisierte Service-Dienstleister Zafaco vier Wochen lang über 2,4 Millionen Einzelmessungen an Testanschlüssen der jeweiligen Anbieter durchgeführt. Das aufwendige Messverfahren von Zafaco erfüllt dabei wissenschaftliche Standards und erlaubt daher besonders glaubwürdige Aussagen zur Qualität, Leistung und Zuverlässigkeit der Kernnetze der einzelnen Anbieter. Der Test ist hier abrufbar.

Als Anbieter aus der Region für die Region vernetzt M-net die Gemeinschaft vor Ort und schafft jeden Tag neue Möglichkeiten in der digitalen Welt. Das Unternehmen ist Vorreiter beim Einsatz der zukunftsfähigen Glasfaser-Technologie und wurde beim Connect Festnetztest achtmal in Folge mit der Note „sehr gut“ ausgezeichnet. Darüber hinaus übernimmt M-net auch gesellschaftliche Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft: Das Unternehmen ist seit 2021 durch den TÜV Rheinland als klimaneutral zertifiziert und somit der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland. □

GLASFASER-AUSBAU BRAUCHT ERFAHRUNG.

Mehr als **10 Jahre Praxis**, State-of-the-Art-Technologie sowie partnerschaftliche Beziehungen zu allen Beteiligten machen uns zu einem der erfahrensten Glasfaser-Anbieter im ländlichen und suburbanen Raum Deutschlands. Ihre Kommune kann schon heute von dieser Verlässlichkeit profitieren: deutsche-glasfaser.de/kommunen



Deutsche
Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH - Am Kuhm 31 - 46325 Borken

10 JAHRE

Glasfaser-
Erfahrung



Gemeinsam
Großes
gestalten.

Breko-Marktanalyse 2023:

Glasfaserausbau weiter auf Kurs

Der Bundesverband Breitbandkommunikation sieht Deutschland auf einem guten Weg, mit einer Glasfaserabdeckung von 35,6 Prozent (Stand: 30. Juni 2023) die Ausbauziele der Bundesregierung zu erreichen. Laut der Breko-Marktanalyse 2023 sorgten die Wettbewerber der Telekom mit Rekordinvestitionen für hohes Tempo beim Netzausbau, insbesondere im eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau. Neben seit Langem bestehenden Hürden wie Fachkräftemangel und langsame Genehmigungsverfahren drohe insbesondere der taktische Doppelausbau von Glasfasernetzen zur Ausbaubremse zu werden.

4,6 Millionen Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen seien seit der Erhebung der Vorjahresstudie neu erschlossen worden. Damit sei die Glasfaserquote um neun Prozentpunkte auf 35,6 Prozent gestiegen. „Somit sind Glasfaseranschlüsse bis ins Gebäude oder die Wohnung für 17,3 Millionen Haushalte, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen verfügbar – mehr als ein Drittel Deutschlands“, betonte Studienautor Jens Böcker.

Je nach Rahmenbedingungen prognostiziert der Breko, dass die Glasfaserabdeckung Deutschlands bis 2025 zwischen 46 und 60 Prozent liegen wird. Mit Investitionen von mehr als acht Milliarden Euro hätten die Wettbewerber der Telekom 2022 ein klares Bekenntnis zum flächendeckenden Netzausbau und zum Standort Deutschland abgegeben. Bis 2030 erwartet Präsident Norbert Westfal, dass ganz Deutschland mit Glasfaser versorgt ist. Allerdings müssten dazu die Rahmenbedingungen stimmen: „Bund, Länder und Kommunen sollten insbesondere Bürokratie abbauen, indem sie die flächendeckende Digitalisierung der Genehmigungsverfahren auf Basis des Breitbandportals forcieren“, so Westfal.

Strategischer Doppelausbau gefährdet Erreichung der politischen Glasfaserziele

Weitere Hürden, die das Best-Case-Szenario von 60 Prozent Glasfaserabdeckung im Jahr 2025 verhindern könnten, umfassen den akuten Fachkräftemangel, gestiegene Ausbaukosten und Kaufzurückhaltung aufgrund der hohen Inflation. Die größte Bedrohung für einen schnellen flächendeckenden Glasfaserausbau stelle aktuell jedoch der angekündigte oder tatsächliche Glasfaser-Doppelausbau durch die Telekom dar. Nach Erkenntnissen des Breko waren davon bis Juli 2023 alle Flächenländer betroffen, 223 Kommunen, die meisten davon in Nordrhein-Westfalen und Bayern, sowie 74 Wettbewerber der Telekom. In zwölf Prozent der Fälle hat ein Wettbewerber sein Ausbauvorhaben bereits teilweise oder voll-

ständig zurückgezogen. In jedem zehnten Fall wird sogar ein Glasfasernetz überbaut, das mit staatlichen Fördermitteln finanziert wurde.

Nach Angaben von Breko-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers „zeichnen die Wettbewerber der Telekom für zwei Drittel des Glasfaserausbaus verantwortlich und leisten damit einen ganz entscheidenden Beitrag zur Schaffung einer nachhaltigen digitalen Infrastruktur für ganz Deutschland“. Die Grundlage für diesen Erfolg seien faire Wettbewerbsbedingungen. „Aktuell bedrohen jedoch die uns gemeldeten Fälle von Glasfaser-Doppelausbau durch Telekom und Glasfaser Plus in mehr als 220 Kommunen aller Flächenländer diese Grundlage. Jetzt müssen Bundesregierung und Bundesnetzagentur umgehend Gegenmaßnahmen ergreifen, um die Erreichung der politischen Ausbauziele nicht zu gefährden“, fordert Albers.

Wachsende Bedeutung von Open Access

Deutlich zeigt die Marktanalyse auch die wachsende Bedeutung von Open Access auf. Für die Öffnung bestehender Glasfasernetze für andere Anbieter hat der Breko kürzlich eine konkrete Definition vorgelegt, um die Basis für einen Branchenstandard und noch mehr Kooperationen zu legen. 71 Prozent der im Breko organisierten Netzbetreiber bieten interessierten Diensteanbietern bereits Zugang zu ihren Glasfasernetzen und erwirtschaften damit durchschnittlich 18 Prozent ihres Gesamtumsatzes. 22 Prozent planen, künftig Open Access anzubieten. Insgesamt erwarten knapp drei Viertel der Unternehmen einen starken Bedeutungszuwachs des Open Access Geschäfts.

Groß sind die Unterschiede in Fortschritt und Geschwindigkeit des Glasfaserausbaus zwischen den Bundesländern: Schleswig-Holstein liegt mit einer Glasfaserabdeckung von 82 Prozent weiter vorne, gefolgt von Hamburg mit 72 Prozent und Brandenburg mit 54 Prozent. Bayern liegt mit 31 Prozent im hinteren Mittelfeld. Auf dem letzten Platz

rangiert Baden-Württemberg mit einer Glasfaserabdeckung von 23 Prozent.

Auf der Basis aktueller Zahlen des BMDV gibt die BREKO-Marktanalyse auch einen Einblick in den Stand der Gigabitförderung des Bundes: Von den seit 2015 vom Bund zur Verfügung gestellten 17 Milliarden Euro an Bundesfördermitteln für den Glasfaserausbau waren bis August 2023 13 Milliarden

Neue Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie und Breitband-Mindestversorgung

Der Freistaat unterstützt die bayerischen Kommunen auch künftig auf höchstem Niveau. Nach Angaben von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker werden im Rahmen der neuen Bayerischen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0, die seit 1. August 2023 in Kraft ist, wie schon bei der Vorgängerrichtlinie die niedrigen Fördersätze des Bundes von 50 Prozent auf 90 Prozent angehoben.

Füracker zufolge können sich die Kommunen seit April für das neue Bundesförderprogramm bewerben. Die Frist zur Einreichung der Förderanträge beim Bund läuft noch bis zum 15. Oktober 2023. Dem Freistaat stehen bei der neuen Bundesförderung heuer insgesamt 450 Millionen Euro an Bundesgeldern zu. „Gemeinsam mit den Kommunen ist es unser Ziel, diese Summe möglichst auszuschöpfen. Die Kommunen im Freistaat haben ihre Hausaufgaben gemacht, über 630 sind bereits in das neue Bundesprogramm gestartet. Es ist jetzt am Bund, für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung der Projekte zu sorgen, damit möglichst schnell weitere Glasfaseranschlüsse in Bayern verlegt werden können.“

Das neue Förderprogramm des Bundes ermöglicht eine Förderung des Glasfaserausbaus auch in Gebieten, die bereits mit Super-Vectoring versorgt sind (bis zu 250 Mbit/s). Neben den deutlich erhöhten Fördersätzen können finanzschwache Gemeinden zusätzlich bei der Finanzierung des Eigenanteils unterstützt werden. Im Ergebnis können dann auch Fördersätze über 90 Prozent erreicht werden.

Seit April 2023 wurden im Freistaat 557 Projekte in 637 Gemeinden gestartet. Seit 2014 haben der Freistaat, seine Kommunen und der Bund mit den laufenden Förderprogrammen über 3,6 Milliarden Euro in den Breitbandausbau in Bayern investiert – allein 2,3 Milliarden Euro davon sind Fördermittel des Freistaats. Bayern ist damit

Euro vorläufig für konkrete Ausbauprojekte bewilligt, aber erst 3,5 Milliarden Euro ausgezahlt. Mit Blick auf die im Auftrag des BMDV erstellte Potenzialanalyse, wonach 91 Prozent der deutschen Haushalte, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen eigenwirtschaftlich mit Glasfaser erschlossen werden können, gelangt der Breko zu einem klaren Fazit: Staatliche Fördermaßnahmen ergänzen den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau, um Flächendeckung zu erreichen, sind aber kein probates Mittel, um den Ausbau zu beschleunigen. DK

Neue Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie und Breitband-Mindestversorgung

Der Freistaat unterstützt die bayerischen Kommunen auch künftig auf höchstem Niveau. Nach Angaben von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker werden im Rahmen der neuen Bayerischen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0, die seit 1. August 2023 in Kraft ist, wie schon bei der Vorgängerrichtlinie die niedrigen Fördersätze des Bundes von 50 Prozent auf 90 Prozent angehoben.

unumstritten Spitzenreiter in Deutschland. Profitiert hat besonders der ländliche Raum: Seit Ende 2013 konnte die Versorgung der Haushalte mit schnellem Internet von 27 Prozent auf über 92 Prozent verbessert werden. Nach Fertigstellung allein der bereits laufenden Maßnahmen ist schnelles Internet nahezu flächendeckend (über 99 Prozent) im Freistaat verfügbar. Bei der Versorgung mit Gigabitbandbreiten belegt der Freistaat als größtes Flächenland mit 66 Prozent versorgter Haushalte ebenfalls eine starke Ausgangsposition.

Bundesbürokratie erstickt Recht auf schnelles Internet

Weniger erfreulich ist aus Fürackers Sicht dagegen der Umstand, dass der Bund das Recht auf eine Breitband-Mindestversorgung von 10 Mbit/s nicht durchsetzt. 2021 habe dieser einen entsprechenden Anspruch für alle Haushalte in Deutschland geschaffen. Die Bürgerinnen und Bürger warteten nun schon lange auf die Bearbeitung ihrer Anträge wegen Unterversorgung mit Internet – bei der Bundesnetzagentur gehe aber nichts voran, monierte der Minister.

Bei über 3.000 Anträgen aus ganz Deutschland sei bisher wohl noch in keinem einzigen Fall ein Netzbetreiber zum Ausbau unterversorgter Haushalte verpflichtet worden. Das sogenannte Recht auf schnelles Internet werde bisher von der Bundesbürokratie geradezu erstickt, es sei ein „zahloser Tiger“. „Wenn der Bund den Menschen schon ein Recht auf eine Mindestversorgung mit Internet zugesteht, dann muss er dieses Recht auch endlich effektiv durchsetzen. Vor allem Mehrpersonenhaushalte im ländlichen Raum werden digital abgehängt“, machte Füracker deutlich.

„Bayern hatte sich schon im Mai 2022 für eine höhere Mindestversorgung von 30 Mbit/s beim Bund eingesetzt, 10 Mbit/s sind schlicht zu wenig. Der Bund zeigte sich jedoch nicht einsichtig, sondern kündigte lediglich eine Erhöhung auf 15 Mbit/s an. Der Bund muss nun wenigstens dieser schwachen Zusage nachkommen und die Mindestversorgung zumindest sofort auf die versprochenen 15 Mbit/s erhöhen“, unterstrich der Minister. Vor allem bei Mehrpersonenhaushalten reichen die festgelegten 10 Mbit/s im Downstream für paralleles Home-Office, Home-Schooling sowie Video-Streaming nicht aus. DK

Bayerischer Datenschutzbericht 2022:

Kommunale Spielräume

Mit der Aufgabe, die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung, des Bayerischen Datenschutzgesetzes sowie weiterer Vorschriften über den Datenschutz bei den bayerischen öffentlichen Stellen zu überwachen, befasste sich schwerpunktmäßig der vom bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, erstellte Tätigkeitsbericht 2022. „Wie in den vorangegangenen Berichtszeiträumen verfolge ich weiterhin einen präventiven Ansatz: Guter Datenschutz reagiert nicht in erster Linie mit harten Sanktionen auf spektakuläre Datenschutzverletzungen, sondern versucht, zu deren Vermeidung anzuleiten“, erklärt Petri.

Zum präventiven Datenschutz zählt die Beratung an der Gesetzgebung beteiligter Stellen, insbesondere der Staatsministerien. Petris Einbindung in die entsprechenden Verfahren gestaltet sich in Einklang mit Art. 16 Abs. 3 Bayerisches Datenschutzgesetz und § 7 Abs. 4 Satz 1 Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung nach eigenen Angaben meist reibungslos. „Ich werde frühzeitig beteiligt, und meine Hinweise werden gehört, meine Optimierungsvorschläge erfreulich oft aufgegriffen.“ Allerdings findet sich im Berichtszeitraum auch ein Gegenbeispiel. Bei der Novelle des Bayerischen Universitätsklinikgesetzes habe sich das zuständige Staatsministerium Petris eingehend begründete datenschutzrechtliche Monita gegenüber weitgehend verschlossen und Verarbeitungsvorschriften eingebracht, die Patientenrechte einseitig zugunsten von Forschungsinteressen verkürzen.

Was den kommunalen Bereich betrifft, hat sich Bayerns oberster Datenschützer grundsätzlich zu den Regelungsmöglichkeiten geäußert, die Gemeinden bei Datennutzungssatzungen zustehen. „Zwar können sie sich kein eigenes Datenschutzrecht schaffen, das als einengend empfundene Vorgaben einfach beiseiteschiebt. Sie sollten aber einige Spielräume kennen, die durch Ortsrecht ausgefüllt werden dürfen“, betont Petri.

Digitalisierung im ÖPNV

Einer eingehenden Prüfung unterzog er das E-Ticket-System eines kommunalen Verkehrsunternehmens. In einigen Details konnten hier Optimierungsbedarfe aufgezeigt werden. Grundsätzlich müssen bei der Digitalisierung im ÖPNV kommunale Verkehrsunternehmen insbesondere den Grundsatz der Datenminimierung beachten, dürfen also bei der Verwendung von E-Tickets nur solche Daten verarbeiten, die zum Erreichen des verfolgten Zwecks erforderlich sind. Soll die Datenverarbeitung auf eine Einwilligung gestützt werden, ist auf deren wirksame Einholung zu achten.

Die Gemeinden als Meldebehörden macht der Datenschutzbeauftragte in seinem Tätigkeitsbericht darauf aufmerksam, dass Melderegisterauskünfte nur aus dem örtlichen Meldedatenbestand erteilt werden dürfen und ein automatisierter Abruf aus dem Ausländerzentralregister auch zum Zweck der Verwaltungsvereinfachung nicht eingerichtet werden darf. Seine Beratungstätigkeit bei der Schaffung einheitlicher Regelungen für die Inanspruchnahme staatlicher Rechenzentren als Auftragsverarbeiter setzte er auch im Berichtszeitraum fort.

Im Bereich der Sozial- und Gesundheitsverwaltung sind Petri zufolge zahlreiche Datenschutzfragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie mittlerweile geklärt, teilweise haben sie auch an Interesse verloren. Themen seien insofern noch die Symptomabfrage durch Ge-

sundheitsämter oder die Impfstatusabfrage bei Besucherinnen und Besuchern in öffentlichen Krankenhäusern gewesen. Daneben waren „coronafreie“ Datenschutzfragen wie die Evaluierung des Bayerischen Krebsregistergesetzes oder die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit in Bereitschaftspraxen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns zu würdigen.

Bei der Steuer- und Finanzverwaltung ist die Funktion der Datenschutz-Aufsichtsbehörde weithin dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zugewiesen; dies gilt auch für die bayerischen Finanzämter. Das Steuerrecht setzt mit einer Sonderregelung auf eine bundesweite Zentralisierung. Neue Fragen der Abgrenzung zu Petris Zuständigkeiten stellten sich im Berichtszeitraum allerdings durch die Einführung der bayerischen Grundsteuer. In Bezug auf die Verwaltung dieser Landessteuer sieht sich Petri derzeit „als zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde“ an. Seine ersten Erfahrungen mit der Wahrnehmung dieser Zuständigkeit stellte er für einige Fallgruppen dar. Eine erste Gruppe von Datenschutzbeschwerden betraf Namensverwechslungen. Mehrere Beschwerden von Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern hatten mit der Aufforderung zu tun, Angaben zu den Mitgliedern einer Wohnungseigentümergeinschaft zu machen. Eine dritte Gruppe von Beschwerden betraf schließlich die Verpflichtung zur Angabe der Wohnfläche.

Personaldatenschutz

Im Bereich des Personaldatenschutzes standen Fragen der Verarbeitung von Immunitätsnachweisen bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht noch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Im Berichtszeitraum beriet der Datenschutzbeauftragte sowohl Verantwortliche als auch betroffene Beschäftigte intensiv zu dieser Thematik. Dabei konnte er – teils angestoßen durch Beschwerden von Beschäftigten – immer wieder datenschutzrechtliche Verbesserungen erreichen. „Um Verantwortlichen und betroffenen Beschäftigten im Berichtszeitraum einen Leitfadens an die Hand zu geben, habe ich mich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auch umfassend in meinem Arbeitspapier ‚Verarbeitung des COVID-19-Impfstatus im bayerischen öffentlichen Dienst‘ gewidmet. Die jeweils maßgebliche Fassung dieses Arbeitspapiers ist weiterhin auf der Internetseite <https://www.datenschutz-bayern.de> in der Rubrik ‚Corona-Pandemie‘ abrufbar.“

In gleich zwei beachtenswerten Einzelfällen kam es Petri zufolge zu förmlichen Beanstandungen allzu dokumentationsfreudiger öffentlicher Arbeitgeber: Dabei ging es um eine verdeckte Tonaufzeichnung der Äußerungen einer Beschäftigten während einer Videokonferenz und wieder einmal um den illegalen Einsatz von Ortungssystemen in Dienstkraftfahrzeugen. DK

M·net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Glasfaserausbau im Landkreis Rottal-Inn:

Symbolischer Spatenstich im Cluster Süd

Es ist ein dieser Größe bislang einzigartiger Vorgang in Bayern: Im Landkreis Rottal-Inn hat sich ein interkommunaler Zusammenschluss mit insgesamt 17 Kommunen gebildet, der Breitbandprojekte gemeinsam durchführt. Die Kommunen sind eingeteilt in das Cluster Süd (Ering, Stubenberg, Kirchdorf am Inn, Tann, Reut, Wittibreit), das Cluster Mitte (Eggenfelden, Hebertsfelden, Mitterskirchen, Postmünster, Wurmannsquick, Zeilarn) und das Cluster West (Falkenberg, Malgersdorf, Dietersburg, Massing, Schönau). Zum Start des Netzausbaus im Landkreis Rottal-Inn erfolgte nunmehr im Cluster Süd in Ering ein symbolischer Spatenstich.

Neben dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Ering, Johann Wagmann, unterstrich sein Amtskollege aus der Gemeinde Kirchdorf am Inn, Johann Springer, die „Bedeutung

von schnellem Internet gerade für den ländlichen Raum, um dessen Attraktivität zu erhalten und zu fördern“. Diesen Worten schloss sich MdL Martin Wagle an. Er verwies dar-

auf, dass Rottal-Inn zumindest zu den streusiedlungsreichsten Landkreisen Deutschlands zähle. Wagle zufolge hat sich das Thema Breitbandversorgung zu einem Basisinfrastrukturthema entwickelt, gleichbedeutend wie Straße, Schiene und Energieversorgung. Eine gute Breitbandversorgung sei heute ein entscheidender Standortvorteil und damit wichtig für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises.

Kein alltägliches Projekt

Als eine „Erfolgsgeschichte

Digitalisierung:

20.000 Tablets aus dem Zensus 2022 künftig im Einsatz

Pünktlich zum Schulstart in Bayern übergaben Dr. Konrad Schober, Regierungspräsident von Oberbayern, Anneliese Willfahrt, Leiterin des Bereichs Schulen der Regierung von Oberbayern, und Dr. Thomas Göbl, Präsident des Landesamts für Statistik, Tablets an die Schulleiterin der Mittelschule in Unterschleißheim, Gina Hanke. Seminarleiterin Helga Rolletschek und Lehramtsanwärterin Melanie Rademacher wollen die digitalen Endgeräte in der Lehramtsausbildung sowie in den Klassen einsetzen. Die Freude bei den Beteiligten ist groß, denn in den nächsten Wochen und Monaten kommen dann über 20.000 moderne Tablets aus dem Zensus 2022 für die Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern bei Grund- und Mittelschulen in vielen Regionen Bayerns zum Einsatz.

„Die Tablets aus der Personenerhebung im Zensus können einen wertvollen Beitrag für die Ausbildung von Lehrkräften im Freistaat leisten“, betont Dr. Thomas Göbl. „Mein Dank gilt der Regierung von Oberbayern und allen Beteiligten in den Schulen, die diese sinnvollen Zweiteinsatz der Tablets erst möglich machen.“

Die Entscheidung für die Zweiteinsatz der mobilen Endgeräte nach deren Einsatz bei den Zensus-Erhebungen war von langer Hand geplant. Sie fiel schon vor rund zwei Jahren, also weit vor dem eigentlich Start der Durchführung des Zensus 2022 mit seinen Erhebungen im Frühjahr und Sommer.

Im Schulterschluss vereinbarten damals die Regierung von Oberbayern und das Landesamt für Statistik die gezielte Zweiteinsatz der mobilen Endgeräte zu Gunsten der Lehramtsausbildung bei Grund- und Mittelschulen. So wurde festgehalten, die über 20.000 Geräte nach dem Abschluss des Zensus und nach einer einmaligen technischen Überarbeitung kostenlos für die Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer in den bayerischen Regierungsbezirken zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung von Oberbayern ist hierbei als koordinierende Behörde im Bereich Schulen in Bayern zuständig. Die bayerischen Bezirksregierungen koordinieren die Verteilung der Geräte innerhalb der Regierungsbezirke.

Wichtiger Baustein bei der schulischen Digitalisierung

„Ich freue mich sehr, dass die Tablets in den kommenden Jahren die bayerischen Schulen bereichern werden. Die rund 7.000 zusätzlichen Tablets für die digitale Bildung der Schülerinnen und Schüler allein in Oberbayern sind ein wertvolles Geschenk, das wir gerne angenommen haben und für das ich dem Landesamt für Statistik herzlich danke. Die Weiterverwendung der Geräte bildet einen wichtigen Baustein bei der Digitalisierung unserer Schulen. Davon werden nicht nur die Lehramtsanwärterinnen und

-anwärter, sondern auch die Schülerinnen und Schüler profitieren“, betont der oberbayerische Regierungspräsident Dr. Konrad Schober.

„Die Ausbildungsseminare im Bereich Grund- und Mittelschulen in Bayern erhalten mehr als 20.000 Geräte. Wir sind dankbar. Durch die Bereitstellung der digitalen Hilfsmittel wird unser Schulbetrieb einen langfristigen Nutzen ziehen. Die Corona-Pandemie hat die IT-Anforderungen an Schulen entscheidend verändert und unsere Lehramtsanwärterinnen und -anwärter benötigen die erforderliche digitale Ausstattung, um den Unterricht modern und zukunftssicher zu gestalten“, erklärt Gina Hanke.

Alle mobilen Endgeräte sind vom beauftragten Dienstleister nach dem Abschluss des Zensus gründlich überprüft und für die Auslieferung auf die Werkseinstellungen zurückgesetzt. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter können sich die Geräte als Klassensätze für ihre Seminare ausleihen und so durch digitale Bildungsangebote neue Lernumgebungen schaffen sowie Lernprozesse stärken.

Zensus 2022 kurz erklärt

Im Jahr 2022 fand in Deutschland wieder ein Zensus statt. Dieser ermittelt, wie viele Menschen in Deutschland leben, wie sie wohnen und arbeiten. So wurden alle Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022 gezählt. In Bayern wurden die Erhebungsbeauftragten zur Durchführung der persönlichen Befragungen erstmals mit mobilen Endgeräten – modernen Tablets – ausgestattet. Das Bayerische Landesamt für Statistik verzeichnete hierbei eine hohe Bereitschaft von weit über 90 Prozent der Auskunftspflichtigen, die Angaben direkt und bequem im Interview mit den Erhebungsbeauftragten am Tablet zu erfassen. Das war komfortabel für alle Beteiligten, die Qualität der Daten wurde verbessert, es sparte Zeit und schonte wertvolle Ressourcen durch beispielsweise geringeren Papiereinsatz.

„Die Tablets haben für den

interkommunaler Zusammenarbeit“ titulierte Katharina Föhl vom Projektträger PwC den Breitbandausbau im Landkreis Rottal-Inn. Breitband sichere Arbeitsplätze, Wachstum, Innovation, Chancen der Digitalisierung und sei mittlerweile auch für die Bildung von großer Bedeutung. Diesen Worten schloss sich auch Andreas Riebel, bei der Telekom verantwortlich für den Netzausbau, an und betonte den spürbaren Zusammenhalt der Kommunen bei diesem aufgrund seiner Größe auch für die Telekom keineswegs alltäglichen Projekt. Alle Redner dankten den Fördermittelgebern von Bund und Land, ohne die die Umsetzung nicht möglich wäre.

Die Ergebnisse des Zensus werden im Frühjahr 2024 zur Verfügung stehen und veröffentlicht. Mehr Informationen zum Zensus finden Sie jederzeit online unter: <https://www.statistik.bayern.de/zensus2022>.

Die Ergebnisse des Zensus werden im Frühjahr 2024 zur Verfügung stehen und veröffentlicht. Mehr Informationen zum Zensus finden Sie jederzeit online unter: <https://www.statistik.bayern.de/zensus2022>.



V.l.: Sebastian Klein, Katharina Föhl, beide PwC, Monika Hiebl, Breitbandkoordinatorin des Landkreises, Michael Gerleigner, Berger Netzbau, Andreas Riebel, Telekom, Alois Alfranseder, Erster Bürgermeister der Gemeinde Reut, Willibald Galleitner, Erster Bürgermeister der Gemeinde Stubenberg, MdL Martin Wagle, Johann Springer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Kirchdorf, Johann Wagmann, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ering, Wolfgang Schmid, Erster Bürgermeister der Gemeinde Tann, Christine Moser, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Wittibreit und Andreas Hausruckinger von der Telekom. Bild: Telekom

interkommunaler Zusammenarbeit“ titulierte Katharina Föhl vom Projektträger PwC den Breitbandausbau im Landkreis Rottal-Inn. Breitband sichere Arbeitsplätze, Wachstum, Innovation, Chancen der Digitalisierung und sei mittlerweile auch für die Bildung von großer Bedeutung. Diesen Worten schloss sich auch Andreas Riebel, bei der Telekom verantwortlich für den Netzausbau, an und betonte den spürbaren Zusammenhalt der Kommunen bei diesem aufgrund seiner Größe auch für die Telekom keineswegs alltäglichen Projekt. Alle Redner dankten den Fördermittelgebern von Bund und Land, ohne die die Umsetzung nicht möglich wäre.

Der Ausbau in Zahlen

In Zahlen bedeutet der Breitbandausbau im südlichen Landkreis rund 72 Kilometer Tief-

bau, 25 Kilometer oberirdische Erweiterung, d.h. Glasfaser auf Telefonmasten, und 488 Kilometer Einzug von Kabeln und Rohren. Im Cluster Süd können im Zuge des Breitbandausbaus 758 Adressen einen kostenlosen Glasfaser-Hausanschluss erhalten, sofern dieser beantragt wurde. Davon sind 278 Adressen „weiße Flecken“, die noch gar keine Anbindung haben. „Bis Mitte 2024 soll der Netzausbau im Cluster Süd abgeschlossen sein – Bürger, bei denen der Anschluss bereits hergestellt ist, können diesen auch bereits jetzt schon nutzen“, wusste Monika Hiebl, zuständig für die Koordinierung Ausbau digitale Infrastruktur am Landratsamt Rottal-Inn, zu berichten.

Finanzierung

Rund 5,6 Millionen Euro finanziert der Bund, 4,5 Millio-

nen Euro und damit circa 40 Prozent kofinanziert der Freistaat Bayern und rund eine Million Euro leisten die Kommunen selbst.

Weiteres Vorgehen und Kostenrahmen

Im Anschluss an den symbolischen Spatenstich sprachen die beteiligten Parteien noch über das weitere Vorgehen. Derzeit liege man bei einer Hausanschlussquote von rund 36 Prozent, man wolle und müsse aber 90 Prozent erreichen. „Für den Bürger können wir den Anschluss kostenlos herstellen, die Gelegenheit sollte man nutzen“, lautete Hiebels Appell.

Die gesamte dreigliedrige Cluster-Maßnahme kostet rund 40 Millionen Euro, davon sind 90 Prozent Fördermittel für die Kommunen genehmigt. Der Abschluss des Netzausbaus ist bis Mitte 2025 geplant. DK

Rundum digital

Individuelle Digitalisierungsberatung

AKDB-Mitarbeitende wie Günter wissen, welche digitalen Lösungen genau zu Ihrer Kommunalstrategie passen. Und unterstützen Sie bei der Auswahl von optimalen Förderprogrammen. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt

Quantensprung in der digitalen Gremienarbeit

Software ermöglicht Live-Abstimmung aus dem Homeoffice

Vom heimischen Schreibtisch aus oder aus dem Urlaub live an einer geheimen Abstimmung im kommunalen Gremium teilnehmen? Was vor Kurzem noch ein Stolperstein in der virtuellen Gremienarbeit war, ist jetzt kein Problem mehr. Das Sitzungsmanagement SD.NET hat entsprechend aufgerüstet – und so die Arbeit in Kommunen, Verbänden und Behörden noch zeitgemäßer gemacht.

Die Software für virtuelle Sitzungen der Bielefelder STERNBERG Software GmbH & Co. KG wird schon seit Jahrzehnten in vielen Verwaltungen eingesetzt. „Während Corona ist die Nachfrage dann noch einmal extrem gestiegen“, erklärt Geschäftsführer Jan-Christopher Reuscher. „Von zu Hause oder unterwegs virtuell zu arbeiten, ist seither auch in der Gremienarbeit selbstverständlich.“ Nun wurden zusammen mit einer bayerischen Oberbehörde Funktionen entwickelt, die auch eine geheime Wahl und eine Live-Abstimmung ermöglichen. Inzwischen sind diese von der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) Nordrhein-Westfalen zertifiziert worden. Reuscher: „Damit werden wir dem Wunsch der Kommunen nach mehr Flexibilität gerecht.“

Abstimmung aus dem Homeoffice

Mit dem Modul „Interaktive Virtuelle Sitzung“ (IVS) gehören Abstimmungen, für die sich die Gremienmitglieder zur selben Zeit am selben Ort befinden

Verschlüsselungen gewährleisten, dass die Votings nicht manipuliert werden können – ein Quantensprung in der digitalen Gremienarbeit.“ Die Zertifizierung der GPA NRW bestätigt, dass die Anwendungen dem technischen, datenschutzrechtlichen und organisatorischen Standard dieses sensiblen Bereichs entsprechen.

Vereinbarkeit mit Beruf und Familie

Gremienarbeit wird dank des neuen Moduls zeitgemäß. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Abstimmungen vor Ort nicht die einzige Lösung sind. Auch, dass Nordrhein-Westfalen eine Verordnung über die Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen kommunaler Vertretungen erlassen hat, zeigt, dass hier ein Wandel stattfindet. „Außerdem tragen wir mit unserer Software zur Vereinbarkeit des kommunalen Mandats mit Beruf und Familie bei“, so Reuscher.

Für eine möglichst reibungslose Durchführung der Abstimmungen enthält IVS ein Berech-

und in einer Art Logbuch festgehalten.

Neben der Verwaltung profitieren aber auch die Bürger. Denn diese können nun an virtuellen Gremiensitzungen teilnehmen und die Diskussionen und den Abstimmungsvorgang live im Videokonferenzsystem verfolgen.

Über das Unternehmen

1990 gegründet, entwickelt das Familienunternehmen STERNBERG Lösungen um die Vorteile einer digitalen Gremienarbeit für Kommunen, Institutionen und Unternehmen in der gesamten DACH-Region zu erschließen. „Vor allem Kommunen möchten ressourcenschonend und transparent arbeiten“, erklärt Reuscher. „Daher begleiten wir sie bei der Umstellung auf ein digitales Sitzungsmanagement, mit dem sie Papier einsparen, Kosten senken und Prozesse effizienter gestalten können.“ Neben dem Verwaltungssystem SD.NET und dem dazu passenden Gremieninformationssystem entwickelt STERNBERG mobile Apps und Module, die auch ganz spezielle Anforderungen der Verwaltungen abdecken. **Jan-Christopher Reuscher**

AKDB-Gruppe auf der KOMMUNALE:

So werden Kommunen digital, nachhaltig und zukunftsfest!

Am 18. und 19. Oktober präsentiert sich die AKDB-Unternehmensgruppe auf der KOMMUNALE in Nürnberg. Unter dem Motto „Rundum digital - mit dem Solution Circle der AKDB-Gruppe“ stellt der bayerische IT-Dienstleister neben der traditionellen Produktpalette neue Lösungen für die großen Herausforderungen der kommenden Jahre vor: digitale Transformation, Fachkräftemangel, Klimawandel und Energiewende.

Nicht nur die Digitalisierung der Verwaltung steht dieses Jahr im Fokus des AKDB Auftritts. Zusammen mit ihren Töchtern und Beteiligungen präsentiert der kommunale IT-Dienstleister auf der KOMMUNALE den Solution Circle, ein Lösungsportfolio, das Kommunen in all ihren Handlungsfeldern digitalisiert. Dazu gehören neben klassischen E-Government-Angeboten und Fachverfahren auch Smart-City-Anwendungen, digitale Zwillinge, Cloudservices, Lösungen für die Schuldigitalisierung, Business-Intelligence- sowie KI-Tools.

Schnittstellen und Plattformen

Die Lösungen der AKDB-Gruppe sind so konzipiert, dass sie bestens miteinander

integrierbar sind: durch Schnittstellen und gemeinsame Plattformen. Das Ziel: ein innovatives 360-Grad-Toolset für eine rundum digital und zukunftsfähig aufgestellte Kommune.

Ganzheitliche Beratung

„Angesichts der dramatischen Herausforderungen der Zukunft ist es zunehmend wichtiger, Kommunen ganzheitlich zu beraten und mit Lösungen zu versorgen, die bestens miteinander verzahnt sind“, so Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB. „Der Klimawandel und sozio-demografische Veränderungen betreffen jede einzelne Kommune in Deutschland. Wasser-, Hochwasser-,

Wärme- und Kälteplanung, Energie- und Verkehrswende, Begrünungskonzepte sowie die reibungslose Integration von Fachkräften aus Drittländern – all das hat höchste Priorität und braucht Investitionen und viel Engagement. Und das bei fortschreitendem Fachkräftemangel. Wir wollen mit unserem 360-Grad-Lösungskonzept diese Schere schließen: Die großen neuen Aufgaben sollen Kommunen nicht belasten, sondern entlasten.“

Intelligente Aufbereitung kommunaler Daten

Für eine bessere Zukunftspaltung bietet die AKDB etwa eine Finanzsoftware, die dank Business Intelligence und Dashboards kommunale Daten bündelt und intelligent aufbereitet. Oder digitale Zwillinge, die Kommunalentscheider für Hochwasser-Simulationen oder Solarpotenzialanalysen nutzen können. KI-gestützte Fachverfahren der neuesten Generation und smar-

waltungsaufwand, der über die Umstellung hinaus entsteht, damit auch künftig alle Umsatzsteuerpflichtigen ordnungsgemäß erfüllt werden können, lässt sich mit professioneller Software enorm verringern.

Homogener, automatisierter Prozess

So sorgen beispielsweise die Lösungen Rechnungswesen kommunal und Unternehmen online des IT-Dienstleisters DATEV für einen nahtlosen Datenaustausch zwischen verschiedenen Sachbereichen der jPÖR und ihrem Steuerbereich. Bereits die integrierte Software für die Rechnungsschreibung gewährleistet, dass in den Ausgangsrechnungen die gemäß § 14 UStG erforderlichen Angaben enthalten sind. Zudem ist sie so in die Finanzsoftware eingebunden, dass die geltend gemachten Forderungen buchhalterisch erfasst werden und die ausgewiesene Umsatzsteuer automatisch in die Steuererklärung aufgenommen wird. Dass für bestimmte Rechnungen bereits konkrete Umsatzsteuersätze hinterlegt werden können, reduziert den manuellen Aufwand weiter. So entsteht ein homogener und automatisierter Prozess von der Rechnungsstellung über die Buchführung bis hin zur Erstellung von Umsatzsteuererklärungen, der das Fehlerwie auch das Haftungsrisiko für die Verantwortlichen deutlich senkt. □

te Sensorik versorgen dagegen Kommunen mit entscheidungsrelevanten Informationen.

AKDB-Vorstandmitglied Gudrun Aschenbrenner ergänzt: „Selbstverständlich treiben wir weiterhin unser Kerngeschäft voran: Kommunalvertreter werden am AKDB-Stand brandneue Lösungen für Kämmerei, Melde- und Ausländeramt, Zulassungsstelle oder Personalverwaltung entdecken. Bürger- und nutzerfreundlich und, wo immer es geht, Ende-zu-Ende digital.“

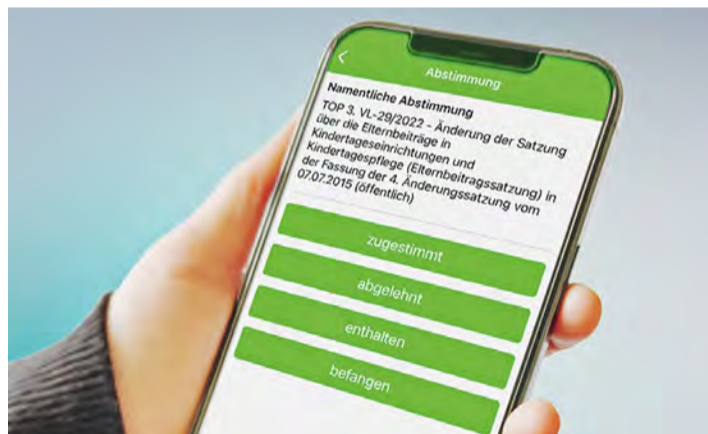
Halle 9, Stand 448

Neben einer Standpräsenz beteiligt sich die AKDB auch mit zahlreichen Speakern am neuen DIGITAL-Kongress, am Ausstellerfachforum und am Kongress des Bayerischen Gemeindetags.

Die AKDB ist zusammen mit ihren Töchtern digitalfabriX, Telecomputer, GKDS und LivingData in Halle 9, Stand 448 vertreten.

Am benachbarten Stand 444 stellt die RIWA GmbH zusammen mit der roosi GmbH ihre GIS- und Smart-City-Lösungen aus.

Alle Informationen zur Präsenz der AKDB-Gruppe auf der KOMMUNALE unter: www.akdb.de/kommunale □



Virtuelle Sitzung mit Smartphone und Tablet.

Bild: STERNBERG

müssen, der Vergangenheit an. Sie können aus dem Homeoffice oder von der Geschäftsreise aus nicht nur an der Sitzung teilnehmen, sondern auch in Echtzeit ihre Stimme bei einer Wahl abgeben und die Ergebnisse beobachten. Selbst hybride Sitzungen sind unkompliziert möglich.

„Die Software macht Wahlen nicht nur effizient, transparent und rechtssicher, sondern ermöglicht je nach Bedarf auch offene, namentliche oder geheime Abstimmungen“ erklärt Reuscher, „Sicherheitstechniken und

tigungskonzept auf Rollenbasis. Ein Moderator verfügt über besondere Rechte und kann etwa Beschlusstexte während einer Diskussion umformulieren. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Anmeldungen der Teilnehmenden zu überwachen, Befangenheiten zu einzelnen Tagesordnungspunkten festzulegen und die Abstimmungen zu starten. Er kann die Abstimmung nach Ablauf einer Frist vorzeitig beenden oder im Extremfall abbrechen und wiederholen lassen. Alle Vorgänge werden protokolliert

Digital in Echtzeit Abstimmen

IVS + voteRICH

GPA-!
zertifiziert

STERNBERG

in Präsenz, virtuell oder hybrid:

Kein Problem mit IVS und voteRICH!

Das Modul IVS (Interaktive Virtuelle Sitzung) mit der voteRICH Abstimmungs-App ist die ideale Ergänzung zu unserem webbasierten Gremieninformationssystem.

Ob in Präsenz oder über einen Online-Zugang stimmen Sie in Echtzeit über Beschlussfassungen oder Wahlvorschläge ab.

Mit Zertifizierung durch die gpaNRW!

Ihre Stimme mit einem Fingertipp.

Mehr unter: www.sitzungsdienst.net/ivs



Die PDV.group:

Der Digitalisierungspartner für jede Verwaltungsgröße

In der modernen Welt ist alles nur noch zwei Klicks entfernt. Bürgerinnen und Bürger sind es gewohnt vieles online abzuwickeln. Essen bestellen, Reisen planen, Tickets kaufen, Versicherungen abschließen, die neue Wohnung finden oder die Steuer einreichen – das ganze Leben lässt sich digital gestalten. Täglich strömen neue lebenserleichternde Apps auf den Markt, die die Erwartungen der Bürger an einen schnellen und effizienten Service steigern. Öffentliche Verwaltungen in Deutschland stehen dadurch unter enormem Druck, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Komplexe Strukturen und strenge gesetzliche Vorgaben stellen öffentliche Verwaltungen in ihrem Digitalisierungsprozess zusätzlich vor große Herausforderungen – ganz unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Zuständigkeitsbereich. Die Verwaltung großer Datenmengen, die Koordination verschiedener Abteilungen und die Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit sind nur einige der entscheidenden Faktoren.

Der Bedarf an gut durchdachten und flexibel gestaltbaren Lösungen, die die Bedürfnisse von Angestellten im öffentlichen Dienst sowie Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen berücksichtigen, ist hoch. Von den kleinsten Gemeinden bis hin zu großen Ministerien besteht die Aufgabe, Arbeitsprozesse, Kommunikation und Dienstleistungen für die Bürger in das digitale Zeitalter zu überführen. Während Ministerien und Metropolen aufgrund personeller und finanzieller Stärke oft die Vorreiterrolle in Sachen Digitalisierung einnehmen, müssen kleine und mittlere Kommunen und Landkreise auch mit weitaus geringeren Ressourcen den steigenden Erwartungen an eine moderne Verwaltung gerecht werden.

Bestmöglicher Service

So unterschiedlich die Ausgangslage öffentlicher Verwal-

tungen in Deutschland auch ist, eines haben sie gemeinsam: den Wunsch, ihren Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Service zu bieten. Und genau hier kommt die PDV.group ins Spiel, die in diesem breiten Spektrum von Verwaltungsgrößen und Anforderungen die Brücke zur Digitalisierung schlägt. In der PDV.group arbeiten erfahrene Softwarehersteller und IT-Dienstleister gemeinsam daran, die öffentliche Verwaltung auf dem Weg zum E-Government zu begleiten.

Spezialisiert auf Bund, Länder und auf Kommunen

Die PDV.group besteht aus zwei Bereichen, die auf die Anforderungen von Bund, Ländern und der Kommunalverwaltung spezialisiert sind. Der Bereich PDV.red, vertreten durch die PDV GmbH in Erfurt, richtet sich gezielt an öffentliche Verwaltungen

auf Bundes- und Landesebene, Metropolen und große Organisationen. Mit fundierter Branchenkenntnis und passgenauen Lösungen unterstützt die PDV GmbH große Verwaltungseinheiten dabei, ihre Prozesse digital, effizient und transparent zu gestalten.

Maßgeschneiderte Lösungen

Der Bereich PDV.blue ist spezialisiert auf die Digitalisierung der Kommunalverwaltung. Die CC e-gov GmbH aus Hamburg, die regisafe GmbH mit Sitz in

Smarte Region Würzburg:

Gesamtstrategie wird gefördert

Im Interkommunalen Ausschuss von Stadt und Landkreis Würzburg berichtete Moritz Seidel, Projektleiter Smarte Region Würzburg, dass die Gesamtstrategie „Menschlich aus der Krise – Strategie der Smarten Region Würzburg zur Stärkung der sozialen Resilienz“ vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen positiv gewürdigt und damit im Hinblick auf die Realisierung gefördert werde.

Auch die Maßnahmen „Heimatforum“ (Zugang zur smarten Region finden, auch ohne Digitalkompetenz), „Smart City Hub“ (technisches Rückgrat aller Maßnahmen) und die „Wue App“ (die Smarte Region für die Hosentasche) sind förderfähig. Beim „Heldenhelfer“ (Unterstützer bei Vereinsaufgaben) besteht noch Gesprächsbedarf. Nicht gefördert wird das

Waiblingen und die adKOMM Software GmbH & Co. KG aus Stammham bieten maßgeschneiderte Lösungen für das E-Government in kleinen und mittelgroßen Städten, Gemeinden, Verbänden und Organisationen. So finden kommunale Verwaltungen das passende Dokumentenmanagementsystem und bei Bedarf die integrierten Fachverfahren und Online-Portale gleich mit.

Für den Dienst am Bürger

Von der kleinen Gemeindeverwaltung bis zum Ministerium: Die PDV.group steht öffentlichen Verwaltungen mit Rat und Tat zur Seite und bringt deren Digitalisierung voran. Damit sich die öffentliche Verwaltung auf das konzentrieren kann, was wirklich zählt: den Dienst am Bürger. □

Staatsminister Aiwanger:

Die Digitalisierung hält den ländlichen Raum attraktiv

Die Digitalisierung im ländlichen Raum schreitet voran. Dazu haben das „Digitale Dorf Bayern“ und seine fünf Modellprojekte laut Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger ganz wesentlich beigetragen: „Der Technologie Campus Grafenau, das Fraunhofer IIS und die Bürgermeister der Gemeinden der Modellregionen haben frühzeitig erkannt, dass der ländliche Raum maßgeschneiderte und individuelle Lösungen braucht. Jedes Dorf ist digital anders aufgestellt und hat unterschiedliche Bedarfe.“

Die fünf Modellprojekte Digitales Dorf Spiegelau-Frauenau, Steinwald-Allianz, Alpendorf, die Hörnerdörfer-Allgäu und das Digitale Gesundheitsdorf decken ein sehr weites Themenfeld ab: von Nahversorgung, dem 24/7-Tourismusbüro, der digitalen Wohnsitzanmeldung „Dahoim anmelden“ bis hin zur Nachbarschaftshilfe.

Dorfladen und digitales Gesundheitsdorf

Die Anwendungen unterstützen Bürgerinnen und Bürger im Alltag: Ein mobiler Dorfladen beispielsweise hält von Montag bis Samstag an 52 Haltestellen (darunter auch an sieben Seniorenheimen) in 17 Kommunen der Steinwald-Allianz und versorgt Einheimische und Gäste mit regionalen Produkten. Das Digitale Gesundheitsdorf vernetzt auf einer digitalen Plattform ambulante Pflegedienste, Hausärzte, Ehrenamtliche, Pflegebedürftige und deren Angehörige, um Abstimmungsprozesse und Informationsaustausch zu vereinfachen. Über das Gemeinde-

portal „Dahoam 4.0“ können Bürgerinnen und Bürger eine Rathaus-, Schul- oder Vereinsapp nutzen und sich untereinander oder mit der Gemeinde vernetzen.

Wichtige Pionierarbeit

Aiwanger: „Die weitere Digitalisierung des ländlichen Raums ist mir sehr wichtig, weil sie ihn attraktiv und fit für die Zukunft macht, ihn als lebenswerten Wohn- und Wirtschaftsraum erhält und gleichwertige Lebensverhältnisse unterstützt. Unsere Projektpartner, die Macher vor Ort, haben bei der Umsetzung der Digitalisierung wahre Pionierarbeit geleistet, mit viel Engagement und Herzblut!“

Das Digitale Dorf Bayern ist ein Projekt der Bayerischen Staatsregierung unter Federführung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums. Die fünf Modellregionen werden mit insgesamt 13 Mio. Euro unterstützt. Die ersten Modelldörfer nahmen ihre Arbeit im April 2017 auf, die Laufzeiten der letzten beiden Projekte enden im September 2023. □

PDV.group - DER starke Digitalisierungspartner der öffentlichen Verwaltung.

PDV.group

Die PDV GmbH, die CC e-gov GmbH und die regisafe GmbH bilden seit drei Jahren die PDV.group. Im Herbst 2023 folgt ein weiterer bedeutungsvoller Schritt zum Ausbau der Unternehmensgruppe.

Kommunale 2023 – wir sind dabei!
Stand 9-420 &
Stand 9-458

Wir heißen die adKOMM Software GmbH & Co.KG in der PDV.group willkommen!

KOMMUNALE 2023:

Mit KOMMUNE-AKTIV leichter zu mehr Digitalisierung

„Software ist nicht gleich Software“, heißt es von Seite des Unternehmens multi-INTER-media GmbH. „Gerade im Bereich Sitzungsmanagement wird der innovativen Software KOMMUNE-AKTIV viel mehr Praxisnähe und Benutzerfreundlichkeit zugesprochen als anderen Anwendungen“, so der Hersteller. Persönlich davon überzeugen können sich Interessenten auf der KOMMUNALE 2023 in Halle 9 am Stand 9-115.

KOMMUNE-AKTIV wurde zusammen mit Städten und Gemeinden entwickelt und erfüllt dabei gezielt die Anforderungen aus der Praxis an eine intuitive Bedienung und übersichtliche Menüführung. Auch preislich kann das Gesamtpaket inklusive Rats- und Bürgerinformations-system punkten und ist so selbst für kleinere Kommunen eine realistische Option. Weitere nützliche Funktionen, wie die Aufgaben- und Beschlussverfolgung

oder die Digitale Akte, ergänzen das Paket und helfen Verwaltungen, den täglichen Workflow rund um die Beschlussumsetzung perfekt zu organisieren.

„Unser Anspruch an die Benutzerfreundlichkeit fängt schon bei der Installation an. Hierfür sind keine großen Vorarbeiten oder Investitionen in die Serverinfrastruktur erforderlich. Das Programm ist innerhalb von kürzester Zeit einsatzbereit und führt so schnell zu einer enormen

Arbeitsentlastung im Rathausalltag“, ergänzt Jochen Goßmann, Geschäftsführer der multi-INTER-media GmbH.

Kurzportrait

Die multi-INTER-media GmbH entstand aus einer Einzelfirma, die bereits im März 1999 von Jochen Goßmann gegründet wurde. Im Mai 2000 erfolgte die Spezialisierung auf Software

Raycap FTTx Academy:

Teilnehmer erfolgreich zu FTTx-Experten ausgebildet

Die Experten für passive Telekommunikationsinfrastruktur von Raycap haben Anfang September gemeinsam mit ihren Partnern Faber, NetPeppers GmbH und VIAVI Solutions 20 Teilnehmer an ihrem Firmenstandort in Garching zur Raycap FTTx Academy begrüßt. Im Rahmen der ganztägigen Veranstaltung wurden die Teilnehmer über die Grundlagen und wichtigsten Technologien informiert und geschult.

Die Raycap FTTx Academy wurde von Raycap ins Leben gerufen, um gemeinsam mit weiteren Partnern aus der Telekommunikationsinfrastruktur Expertenwissen an Fachleute aus Städten und Gemeinden, von Verbänden und Netzbetreibern sowie an Monteure, Planer und Tiefbauer zu vermitteln. In Workshops und praxisnahen Präsentationen erfuhr die Teilnehmer alles über die Grundlagen der Glasfaser-Anschluss- und Verbindungstechnik, FTTx-Einsatz von Außengehäusen und deren Innenleben, zur Spleiß- und Messtechnik sowie dem Aufbau eines Mini-Pops für den Einsatz in Breitbandnetzen. So konnten die Teilnehmer ihr Wissen und ihre Fähigkeiten in Bezug auf FTTx-Systeme und -Technologien vertiefen, um den wachsenden Anforderungen im Arbeitsalltag erfolgreich begegnen zu können.

Im Rahmen der Veranstaltung informierte Volker Lange, Vice President Telecom Sales EMEA und Experte für Nachhaltigkeit in der Telekommunikationsbranche, in einer Keynote über die Herausforderungen und wachsende Bedeutung von nachhaltigen Lösungen in der Telekommunikationsinfrastruktur.

Ein Schwerpunkt seines Vortrags war die Verwendung von Aluminium als das ideale Material für die Herstellung von Außengehäusen für Telekommunikationsnetze. Aluminium zeichnet sich nicht nur durch seine außergewöhnliche Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Um-

für den kommunalen Bereich.

Neben der KOMMUNE-AKTIV Sitzungsmanagementsoftware als Schwerpunkt, umfasst das Softwareangebot der multi-INTER-media GmbH noch weitere Produkte: KOMMUNE-AKTIV CMS (Content Management Software für Websites von Städten und Gemeinden) und BUSINESS-AKTIV (Content Management Software für Unternehmen).

Solides Wachstum sowie eine erfahrene und seriöse Geschäftsführung zeichnen das Unternehmen aus und haben dazu geführt, dass die multi-INTER-media GmbH heute zu den führenden Anbietern im Bereich Sitzungsmanagementsoftware in Deutschland zählt. □

Fortschritt beim Pakt Digitale Infrastruktur

Kommunen und Mobilfunkunternehmen einigen sich auf vereinfachte Nutzung von kommunalen Liegenschaften für Mobilfunkanlagen

Die Kommunen im Freistaat Bayern haben sich mit den bundesweiten Mobilfunkbetreibern und Funkmastbetreibern (Tower Companies) auf einen gemeinsamen Mustervertrag sowie ein passendes Entgeltmodell für die Anmietung kommunaler Liegenschaften geeinigt. Damit kommen die Beteiligten bei der Umsetzung des Pakts Digitale Infrastruktur einen entscheidenden Schritt voran.

Der Netzausbau in Bayern macht große Fortschritte. Immer mehr Regionen sind mit einem schnellen Mobilfunknetz versorgt. Doch noch immer gibt es im Freistaat unterversorgte Gemeinden und weiße Flecken. Ein Nadelöhr ist nach wie vor die Standortsuche für Funkstationen, um eine flächendeckende Mobilfunkversorgung zu bieten. Zudem laufen immer wieder Pachtverträge für bestehende Mobilfunkstandorte aus. Der nun beschlossene Mustervertrag kann hier in vielen Fällen Abhilfe schaffen. Er bietet sowohl den bayerischen Kommunen als auch den Netzbetreibern und Tower Companies wertvolle Orientierung bei der Vertragsausgestaltung und Umsetzung. Damit wird ein zeitlich sehr aufwändiger Prozessschritt deutlich vereinfacht.

Stellungnahmen

„Mit dem ausverhandelten Mustervertrag kommt der Pakt Digitale Infrastruktur ein gutes Stück weiter voran. Er bietet eine wichtige Grundlage für den flächendeckenden Netzausbau in Bayern. Die zahlreichen Liegenschaften von Städten, Gemeinden und Landkreisen haben als potenzielle Standorte von Mobilfunksendeanlagen eine große Bedeutung“, so Nils Joachim, Director Partner, Financial & Performance Management bei O2 Telefónica, stellvertretend für die weiteren beteiligten Mobilfunkbetreiber Deut-

sche Telekom, Vodafone, 1&1 sowie die Funkmastbetreiber DFMG Deutsche Funkturm, Vantage Towers, American Tower Germany (ATC Germany) und 1&1 Towers.

Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags: „Einheitliche und juristisch ausgewogene Vertragsmuster erleichtern die Vertragsabschlüsse in den Kommunen erheblich.“

Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, betont, dass das empfohlene Entgeltmodell bei schwer erschließbaren Standorten im ländlichen Raum zur Herstellung der Wirtschaftlichkeit einen Abschlag vorsieht: „Damit können kleine Gemeinden einen freiwilligen Beitrag zur flächendeckenden Mobilfunkversorgung leisten.“

Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags: „Das Vertragsmuster ist ein sinnvolles und praxistaugliches Angebot an die Kommunen. Die Entscheidung im Einzelfall bleibt weiterhin vor Ort.“

Es ist von einer vierstelligen Zahl an Mietverträgen für Mobilfunkstandorte auszugehen, die in den nächsten Jahren in Bayern anzupassen oder neu abzuschließen sind. Dem zugehörigen Mustervertrag mit den bayerischen Kommunalverbänden kommt daher eine Leuchtturmfunktion zu. Die Mobilfunkbetreiber und Tower Companies bekräftigen ihre Ausbaubereitschaft bezüglich der Mobilfunkinfrastruktur. □

vbw Hauptgeschäftsführer Brossardt:

„203 Mrd. Euro Schaden durch Cyberangriffe im letzten Jahr“

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. diskutierte im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung mit IT-Sicherheitsexperten aus Unternehmen und Verbänden sowie des Landeskriminalamts darüber, wie sich Betriebe effektiv vor Cyberangriffen schützen können. „Der deutschen Wirtschaft sind durch Cyberattacken allein im vergangenen Jahr Schäden in Höhe von 203 Milliarden Euro entstanden. Hackerangriffe betreffen alle Branchen, Unternehmensgrößen und Firmenbereiche. Ohne Cybersicherheit ist die digitale Transformation deshalb nicht zu machen“, erklärte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Die vbw führte die Kooperation gemeinsam mit dem BVS – Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., dem Bundesverband der Sicherheitswirtschaft BDSW, der ISU – Interessengemeinschaft Selbständiger, Unternehmer und freiberuflicher Tätiger e. V. und Secure.Bayern e. V. durch.

Brossardt machte deutlich: „Das Risiko, Opfer krimineller Cyberattacken zu werden, ist zuletzt deutlich gestiegen. Denn Unternehmen sind wie Privatpersonen zunehmend vernetzt und gerade Betriebe, die auf innovative Produktionsmethoden setzen, unterliegen einem hohen Risiko. Zudem arbeiten immer mehr Menschen mobil. Dadurch steigt die Anzahl potenzieller Angriffspunkte.“

Die vbw und die bayerischen Metall- und Elektroarbeitgeberverbände bayme vbm bieten Unternehmen eine Reihe von Maßnahmen, um sie beim Aufbau einer sicheren IT-Infrastruktur zu unterstützen. „Neben Workshops und Leitfäden bieten wir einen sogenannten ‚Notfallplan IT-Sicherheit‘ an. Dar-

über hinaus haben wir das ‚Bayerische Wissensnetzwerk Digitale Infrastrukturen, IT-Sicherheit und Recht für Unternehmen 2.0‘ ins Leben gerufen, das sich speziell an kleine und mittelständische Unternehmen aus der bayerischen M+E Industrie richtet“, führte Brossardt aus.

Für eine bessere Sicherheit im digitalen Raum braucht es aus Sicht der vbw jedoch auch weitere staatliche Maßnahmen. „Erstens sind die Unternehmen auf eine kontinuierliche und zeitnahe Information über Cyber-Bedrohungslagen und geeignete Schutzmechanismen angewiesen. Zweitens brauchen wir eine Ausweitung staatlicher Förderprogramme, die auf die Einführung oder Aktualisierung von IT-Sicherheit ausgerichtet sind. Drittens brauchen wir eine zielgerichtete Forschungsförderung“, erläuterte Brossardt und ergänzte abschließend: „Wir müssen vor allem unser Bewusstsein gegenüber Cyberkriminalität schärfen und dürfen nicht nur reagieren, sondern müssen vorausschauend agieren.“ □

HAM und AKDB gehen gemeinsame Wege

Die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und die Hochschule für angewandtes Management (HAM) werden zukünftig kooperieren. Kern der Zusammenarbeit ist der von der HAM angebotene Bachelor-Studiengang „Wirtschaftsinformatik, Branchenfokus Soziale Sicherung“.

Die AKDB wird bereits zum Wintersemester 2023/24 dual Studierende in diesem Studiengang an der HAM ausbilden lassen. Als exklusiver Schwerpunkt innerhalb der Wirtschaftsinformatik können Studierende mithilfe des praxisorientierten Branchenfokus Soziale Sicherung zukünftig die Digitalisierung der Prozesse und die Gestaltung der Informationssysteme in den Verwaltungen der Organisationen zur sozialen Sicherung übernehmen. Der Studiengang hat den Abschluss „Bachelor of Science“ und eine Dauer von sieben Semestern – im innovativen Mix aus virtueller Lehre und Präsenzveranstaltungen, so dass eine berufsbegleitende Umsetzung für die teilnehmenden Unternehmen und Studenten möglich ist.

„Wir freuen uns sehr über die Zusammenarbeit mit der AKDB und darauf, die akademische Ausbildung der künftigen AKDB-Mitarbeiter maßgeblich zu gestalten. Unser individuell entwickelter Studiengang dient unseren Partnern der öffentlichen Verwaltung seit Jahren für qualifizierte Nachwuchs“, so Prof. Dr. Benedikt Schumm, Gründungsdekan der Fakultät Technologie und Medien der HAM.

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer dazu: „Die prozessorientierte Verwaltungsdigitalisierung ist unabdingbar

für unsere Zukunftssicherung und bietet Vorteile für Bürger, Unternehmen und Verwaltung. Unser Auftrag ist klar: Ein möglichst flächendeckendes Online-Dienste-Angebot zu schaffen, das Bürger und Verwaltungsmitarbeitende gleichermaßen entlastet und damit wirksam dem drohenden Fachkräftemangel in den Kommunen entgegenwirkt. Dafür suchen wir kreative und kluge Köpfe, die mit uns an der Realisierung arbeiten.“

Starker Partner

Die Zusammenarbeit zwischen der HAM und der AKDB wird darüber hinaus auch auf kommunikativer Ebene ihre Fortsetzung finden. Es ist geplant, gemeinsam Kampagnen und Veranstaltungen zu entwickeln und umzusetzen. Dr. Markus Ludwig, Leiter der Stabsstelle für Hochschulkooperationen bei der AKDB: „Mit der HAM haben wir einen starken Kooperationspartner, mit dem wir gemeinsam die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt adressieren. Wir wollen Menschen für die Digitalisierung Deutschlands begeistern und ihnen eine gute Ausbildung anbieten. Sie sollen dann durch die AKDB direkt unsere Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen und somit einen Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft leisten.“ □

KOMMUNE-AKTIV.de
Innovatives Sitzungsmanagement & Ratsinformationssystem

Setzen Sie Meilensteine.
Wir zeigen Ihnen wie.

NÜRNBERG
KOMMUNALE 18. - 19.10.2023
Halle 9, Stand 9-115

Die innovative Software KOMMUNE-AKTIV ist Ihr entscheidender Meilenstein für den Bereich Sitzungsmanagement und Verwaltungsorganisation.

Lernen Sie KOMMUNE-AKTIV kennen - wir laden Sie zu einer **unverbindlichen Kurzpräsentation an unseren Messestand ein.**

Von Kommunen für Kommunen. Für die Zukunft.

Kostenfreier Eintritt zur Messe:
Fragen Sie uns nach
unserem Firmen-Code
Tel. 09352 500995-0

Nicht auf der Messe? Jetzt Termin für eine Online-Präsentation vereinbaren:
multi-INTER-media GmbH - KOMMUNE-AKTIV
Lohr a.Main, Tel. 09352 500995-0
info@kommune-aktiv.de www.kommune-aktiv.de

(Die Grafik wurde unter Verwendung von Ressourcen von Paficon.com erstellt.)

8. Netzwerktreffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland:

Klimaneutrale Fahrzeuge für Kommunen

Wie gelingt der Umstieg auf Elektromobilität in Kommunen?
Welche Fördermöglichkeiten gibt es dabei?

„Wie kann ich das Auto starten? Ich höre keinen Motor.“, dieser Hilferuf ging bei der 17er Oberlandenergie ein, als ein Kunde beim Carsharing ein E-Auto mieten wollte. Zu diesem Zeitpunkt war das Auto des Kunden aber bereits lautlos gestartet und fahrbereit.

Beim achten Netzwerktreffen am 19. Juli in Otterfing ging es vor allem um das Thema Elektromobilität in der Verwaltung und im Bauhof. Ein Blick auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen zeigt, dass der Verkehrsbereich den größten Aufholbedarf aufweist, um die Klimaschutz-Ziele der Bundesregierung noch erreichen zu können. Die eingeladenen Referenten aus Berlin und Nürnberg waren sich einig: Nur die Elektrifizierung des Verkehrs kann mittelfristig zu einer Reduzierung der Emissionen führen.

Doch das ist in der Realität und Zeiten knapper Haushalte oft nicht so leicht für Kommunen umsetzbar. Daher widmete sich das Treffen in den Vorträgen nicht nur grundsätzlichen

Entwicklungen und Notwendigkeiten, sondern zeigte konkrete Maßnahmen auf, in welchen Bereichen der Einsatz von E-Fahrzeugen in der Verwaltung und im Bauhof sinnvoll und mit Hilfe von Fördermitteln wirtschaftlich darstellbar ist.

Schlüsselrolle der Kommunen

Kommunen können vor Ort eine Schlüsselrolle für die Einführung und Verbreitung der Elektromobilität darstellen. So ist neben der Umstellung der eigenen kommunalen Flotte auch wichtig, dass Kommunen Plätze für Ladeinfrastruktur und regionale E-Carsharing-Angebote schaffen. Insbesondere E-Carsharing-Angebote können eine Möglich-

keit bieten, Elektromobilität vor Ort zu erfahren und auszuprobieren. Florian Appel (E-Werke Tegernsee) und Klaus Hochwind (17er Oberlandenergie) waren sich einig: „Die Nachfrage nach E-Carsharing bei Kommunen im Oberland ist aktuell sehr hoch und wird voraussichtlich weiter steigen.“ E-Werk Tegernsee und 17er Oberlandenergie bieten Kommunen die Möglichkeit, E-Carsharing im ländlichen Raum aufzubauen. „Alles was wir brauchen, ist ein Stellplatz und einen Anschluss für die Wall-Box“, so die beiden Fachmänner.

Seit dem letzten Netzwerktreffen sind in vielen Kommunen weitere Projekte, wie die Implementierung eines Energiemanagementsystems, angestoßen worden. „Somit konnte schon ein Drittel des gesetzten Netzwerkziels zur Einsparung der Endenergie erreicht werden“, so Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Ener-

gieversorgung (INEV). Zum Start in das dritte Netzwerkjahr ermutigte er die NetzwerkteilnehmerInnen die beschlossenen und geplanten Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen, um das Netzwerkziel von 1.727 Tonnen CO₂ pro Jahr zu erreichen.

Zum Abschluss des Netzwerktreffens konnten auf dem Gelände des ArcheHofs Schlickerrieder elektrisch betriebene Bauhoffahrzeuge sowie E-Carsharing-Fahrzeuge getestet werden.

Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen im Oberland

Im Energieeffizienznetzwerk setzen sich während drei Jahren zwölf Gemeinden sowie ein Landkreis aus dem Oberland gemeinsam intensiv mit dem Thema Energieeffizienz auseinander und tauschen Erfahrungen aus. Beteiligt sind Benediktbeuern, Bernried, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Markt Holzkirchen, Otterfing, Pähl, Polling, Tutzing, die Stadt Tegernsee sowie der Landkreis Miesbach.

Begleitet wird das Netzwerk fachlich vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) an der Technischen Hochschule Rosenheim und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland. Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagementsystemen oder die Unterstützung bei Nahwärmenetzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität vorangebracht. Parallel zu den Netzwerktreffen erhalten die Kommunen individuelle fachliche Beratung bei der Umsetzung der Projekte. □

Energiewende in der Oberpfalz

Regierung der Oberpfalz unterstützt Energiecoaching von Kommunen mit 230.000 Euro

Es ist ein neuer Rekord – die Regierung der Oberpfalz unterstützt in diesem Jahr über 20 Oberpfälzer Kommunen auf ihrem Weg zu einer erfolgreichen Energiewende mit einer Summe von insgesamt 230.000 Euro. Die Bewerbungen für das sogenannte „Energiecoaching_Plus“ haben alle Erwartungen übertroffen. Immer mehr Kommunen in der Oberpfalz sehen, wie wichtig eine Reduzierung des Energieverbrauchs, die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau von erneuerbaren Energien ist.

Niederschwellig, individuell und gezielt

Das „Energiecoaching_Plus“ unterstützt gezielt kleine und mittlere Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort mit bedarfsorientierten Beratungen durch einen fachlich qualifizierten Energiecoach und ist damit niederschwellige, individuelle und gezielte Unterstützung.

Die Inhalte der Beratungen reichen von der energetischen Sanierung und Optimierung kommunaler Liegenschaften, der Einführung eines kommunalen Energiemanagements, der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Energie bis hin zur Beantragung von Förderungen oder Ausschreibungen und Vergaben zur Umsetzung der Energiewende vor Ort.

Als Energiecoaches konnten wie in den Vorjahren die Energieagentur Regensburg e.V. und das Energie-Technologische Zentrum Nordoberpfalz GmbH für die professionelle Beratung zu den energetischen Potentialen vor Ort gewonnen werden.

Die Mittel für diese fachlich kompetente und unabhängige Beratungsdienstleistung stellt der Bayerische Landtag bereit, sie werden den Regierungen vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zugewiesen.

Energiecoaching in der Oberpfalz

In der Oberpfalz wurden seit 2012 rund 169 Beratungen im Gesamtwert von über 1 Million Euro erfolgreich durchgeführt. Viele Gemeinden ließen sich seitdem beraten und werten die Ergebnisse sehr positiv.

In der jetzt anlaufenden Förderrunde sind manche – mit jeweils unterschiedlichen Projekten – deswegen schon zum vierten Mal dabei. Aktuell können Kommunen pro Förderperiode Beratungsleistungen im Wert von bis zu 10.000 Euro erhalten. Ansprechpartner für das „Energiecoaching_Plus“ sind die Energiekoordinatoren an den Bezirksregierungen. □



Vertreterinnen und Vertreter aus den Netzwerk-Kommunen während der Abschlussveranstaltung am 20. September vor der Stadthalle Garching. Bild: Energieagentur Ebersberg-München gGmbH

KEEN – Kommunales Energieeffizienz-Netzwerk Ebersberg-München:

Feierlicher Abschluss von 3 Jahren Netzwerkarbeit

Die Gemeinden Anzing, Baierbrunn, Feldkirchen, Grafing, Gräfelfing, Grasbrunn, Haar, Kirchheim, Kirchseeon, Neubiberg, Neuried, Poing, Schäftlarn und Zorneding haben die letzten drei Jahre genutzt, um in ihren Kommunen die Energieeffizienz voranzubringen.

Organisiert waren sie dafür im Kommunales Energieeffizienz-Netzwerk Ebersberg-München, das im Rahmen einer feierlichen Abschlussveranstaltung in der Stadthalle Grafing erfolgreich zu Ende gegangen ist.

Ziel übertroffen

128,3 Prozent Zielerreichung bei der Einsparung von Endenergie, 158,1 Prozent Zielerreichung bei der Einsparung von Primärenergie und 188,2 Prozent bei der Einsparung von CO₂-Emissionen – das sind die beeindruckenden Zahlen, die die beteiligten Kommunen gemeinsam erreicht haben. In absoluten Zahlen: Bei der Endenergie hatten sich alle Teilnehmer zusammen eine Einsparung von 2.874 Megawattstunden pro Jahr als Ziel gesetzt, tatsächlich wurden 3.686 Megawattstunden erreicht. Bei Primärenergie lautete das Netzwerkziel 4.990 Megawattstunden Einsparung im Jahr, hier haben die Gemeinden einen Wert von 7.888 erreicht. Für die CO₂-Einsparung schließlich waren 1.331 Tonnen pro Jahr angepeilt, auch hier liegt das Ergebnis mit 2.505 Tonnen pro Jahr deutlich darüber.

Kleine Maßnahmen, großer Erfolg

Dafür verantwortlich sind zum einen die „kleinen“ Maßnahmen, die dann oft doch große Erfolge bringen: etwa der Austausch

veralteter Wärmeerzeuger oder Fenster in kommunalen Gebäuden; das Auflegen von Förderprogrammen, mit denen die Bürger bei der Anschaffung von Balkon-Solaranlagen unterstützt werden; die Optimierung der Heizungssteuerung in den kommunalen Liegenschaften oder die Umstellung des gemeindlichen Fuhrparks auf E-Autos.

Als besonders wirksam, darüber waren sich die bei der Abschlussveranstaltung anwesenden Bürgermeister, Klimaschutzmanager und Bauamtsvertreter einig, erwiesen sich die Umrüstung von Straßenbeleuchtung und sonstigen Beleuchtungsanlagen auf LED, die Installation von PV-Anlagen auf kommunalen Dächern sowie der konsequente Anschluss kommunaler Liegenschaften an nachhaltige Wärmenetze.

Unterstützt wurde das kommunale Energieeffizienz-Netzwerk während der gesamten drei Jahre Netzwerkarbeit durch die Energieagentur Ebersberg-München sowie das Institut für nachhaltige Energieversorgung in Rosenheim (INEV). Die beteiligten Kommunen und ihre energetischen Berater setzen alles daran, den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß signifikant zu senken. Insgesamt 72 Liegenschaften wurden auf ihren Energieverbrauch und ihre energetischen Potenziale hin überprüft, 578 Maßnahmen zur Umsetzung ausgewählt.

Am jetzigen Ende der Netzwer-

arbeit, sind bereits 101 Maßnahmen umgesetzt, 167 Maßnahmen in der Umsetzung befindlich und weitere 48 Maßnahmen bereits beschlossen.

Zusammen haben die 14 beteiligten Kommunen einen bemerkenswerten Beitrag zur Energiewende geleistet. Und das soll so weitergehen: Für das nächste Jahr ist ein Nachfolge-Netzwerk geplant. Die Energieagentur Ebersberg-München gGmbH: Die durch die beiden Landratsämter Ebersberg und München getragene, gemeinnützige Organisation ist bei allen Fragen rund um Energiesparen, Energieverbrauch und erneuerbare Energien die erste Ansprechpartnerin für Privathaushalte, Kommunen und Unternehmen in der Region. Denn das Ziel der Energieagentur ist, die Energiewende direkt vor Ort in den Landkreisen umzusetzen. Die Energieagentur berät, entwickelt Lösungen, baut Netzwerke auf, unterstützt Modellvorhaben und informiert die Öffentlichkeit.

INEV

Das Institut für nachhaltige Energieversorgung an der Technischen Hochschule Rosenheim steht unter der Leitung von Prof. Dr. Dominikus Bucker. INEV unterstützt Kommunen und Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen zur nachhaltigen und effizienten Nutzung von Energie sowie zum Klimaschutz und bietet Beratung und Zertifizierung in den Schwerpunkten Klimaneutralität, Energieeffizienz und Energieversorgung an. □

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank.

Zinsgünstige Realisierung kommunaler Investitionen mit der BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern. Besuchen Sie uns am Messestand! **(Halle 9, Stand 9-443)**

#HEIMATFÖRDERER

Bayern Labo

Bayernwerk:

Ausgezeichnete Energiewende-Projekte

Verleihung der Bürgerenergiepreise Oberbayern und Niederbayern

In Kooperation mit den entsprechenden Bezirksregierungen hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) die Bürgerenergiepreise Oberbayern und Niederbayern verliehen. „Wir freuen uns, mit dem Bürgerenergiepreis denjenigen öffentlich danken zu können, die sich mit viel Engagement um Klima und Umwelt kümmern“, betonte Markus Leczycki, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk Netz GmbH, bei der Übergabe der Auszeichnungen in München bzw. Altdorf bei Landshut. Die sechs Preisträger wurden mit insgesamt 20.000 Euro Preisgeld bedacht.

Oberbayern

„Die Preisträgerinnen und Preisträger Jürgen Leiner aus Fuchstal (Landkreis Landsberg am Lech), der Verein „Grafiing Goes Green“ (Landkreis Ebersberg) und der Verein „Solarfreunde Moosburg“ (Landkreis Freising) spielen eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Energiezukunft. Sie zeigen eindrucksvoll auf, dass jeder Einzelne vor Ort seinen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten kann und sind damit auch Vorbilder für Oberbayern und unsere Gesellschaft“, hob Regierungspräsident Dr. Konrad Schober im Maximiliansaal in München hervor.

Gemeinsam mit seiner Frau hat Jürgen Leiner den alten Welda-

nen Hof in Fuchstal umweltschonend und ökologisch umgebaut. Sie bewirtschaften ihn jetzt nachhaltig. Dafür hat das Ehepaar zunächst das Gebäude entkernt. Sie haben Treppen und Ziegelwände saniert und diese größtenteils im Originalzustand wieder eingebaut. Außerdem wurde das Dach isoliert und ein Vollwärmeschutz eingebaut. Erdwärmeheizung, Photovoltaik-Anlagen, Batterie-Speicher und eine Wallbox zum Laden der Elektroautos vervollständigen das Konzept.

Auf dem Grundstück werden jetzt bedrohte Nutztierarten gehalten. Zudem hat das Paar einen Selbstversorgergarten angelegt. Tiere und Garten werden unter anderem mit gesammeltem Re-

genwasser versorgt. Familie Leiner bietet auch Lamawanderungen an, bei denen Interessierte viel zu nachhaltigem Umbau und Landwirtschaft erfahren. Überdies wollen sie in Zukunft weiteren Wohnraum schaffen, in dem Gemeinschaften zusammenleben.

Mit dem Projekt „Grafiing Goes Green“ verfolgen ehemalige Schüler und Studenten seit 2019 das Ziel, Plastikverpackungen zu reduzieren. Dafür haben sie ein Stempelkartensystem entwickelt. Jeder, der beim Einkauf auf eine Verpackung verzichtet – etwa durch ein mitgebrachtes Gefäß –, erhält einen Stempel. Dadurch wird der Anreiz geschaffen, plastikfrei einzukaufen. Viele Geschäfte haben die Idee positiv aufgenommen. Außerdem informiert die Initiative in sozialen Medien über nachhaltigen Konsum und darüber, wie man Verpackungen beim Einkaufen reduzieren kann. Die Öffentlichkeitsarbeit soll künftig noch weiter intensiviert werden. Das Projekt wurde bereits nach Zorneding und Ebersberg ausgeweitet und



Die Preisträger des Bürgerenergiepreises Oberbayern 2023 mit Oberbayerns Regierungspräsident Dr. Konrad Schober und Markus Leczycki, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk Netz GmbH.

Bild: Rita Bartl, Regierung von Oberbayern/ Bayernwerk Netz GmbH

trägt das Motto: „Umweltschutz fängt im Kleinen bei den Bürgern an.“

Die Mitglieder des Vereins „Solarfreunde Moosburg“ bieten Informationsveranstaltungen und Videos zur energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden an. Sie haben insgesamt 26 Videos zu Grundlagen- und Fachthemen produziert, die seit diesem Jahr zu Änderungen z. B. im Bereich Finanzierung und Förderung aktualisiert werden. Die Bausern sind Ideen- und Impulsgeber für Hausbesitzer, insgesamt haben über 600 Teilnehmer die Aufzeichnungen live mitverfolgt.

Außerdem organisieren die Mitglieder des Vereins jährlich die „Moosburger Solartage“, die Leitmesse zur Nutzung erneuerbarer Energien in der Region. Auch an Schulen werden Aktionen zum Klimaschutz durchgeführt. Neben der Beratung bietet der Verein auch Hilfestellung bei der Umsetzung energetischer Maßnahmen.

Niederbayern

„Die Energiewende wird nicht auf dem Papier umgesetzt, sondern in der Praxis. Es kommt

auf jeden Einzelnen von uns an. Denn jeder kann etwas tun. Die Preisträger des Bürgerenergiepreises belegen das immer wieder aufs Neue. Mit ihren Ideen sind sie Energie-Vorbilder, an denen sich hoffentlich viele ein Beispiel nehmen“, stellte Regierungspräsident Rainer Haselbeck bei der Verleihung der niederbayerischen Bürgerenergiepreise im Altdorfer Bürgersaal fest. Ausgezeichnet wurden Wolfgang Wittmann aus Ergolding (Landkreis Landshut), der Kindergarten „Baumhauskinder“ aus Mengkofen (Landkreis Dingolfing-Landau) und die Schule am Weinberg in Regen.

Wolfgang Wittmann hat drei Wohnhäuser aus dem Familienbesitz in der Einöde Grandsberg energetisch saniert. Die Häuser werden jetzt mit einer Hack-schnitzelheizung versorgt, für die das Holz aus dem heimischen Wald kommt. Ein 250 Meter langes Nahwärmenetz verbindet die einzelnen Verbrauchsstellen und liefert warmes Wasser für die Pufferspeicher. Auch hat Wittmann zwei der Häuser mit Photovoltaikanlagen und jeweils einem Batteriespeicher ausgestattet. Daneben gibt es zwei Wallboxen

für die beiden Elektrofahrzeuge. Nachhaltig gestaltet die Familie auch ihren Alltag: So hat sie 5.000 Quadratmeter Ackerfläche in eine Streuobstwiese umgewandelt, auf der einheimische Obstsorten wachsen. Zudem fängt sie Regenwasser in einer Zisterne und Tonnen auf und gießt damit ihr angebautes Gemüse.

Energiebewusstes Handeln lernen

Im Kindergarten „Baumhauskinder“ Mengkofen lernen die Kinder energiebewusstes Handeln. Dazu zählt der sparsame Umgang mit Wasser und Strom ebenso, wie die effiziente Nutzung von Regenwasser. Dieses Wissen tragen die Kinder in ihre Familien und fungieren so als Multiplikatoren. Auch beim Neubau des Kindergartens wurden die Kinder mit einbezogen. Bei einem Ausflug in den Wald veranschaulichten die Erzieher, woher das Holz für den Innenausbau ihres Kindergartens stammt. Außerdem erfahren sie, warum auf lange Transportwege verzichtet wird. Auch Recycling und Solarenergie wurden thematisiert. So haben die Kinder in einem selbst

Energiewende macht kleine Fortschritte

Solarregion Freisinger Land legt aktualisierte Auflage ihrer Strombroschüre vor

Die Folgen des Klimawandels wirken global, viele Handlungsmöglichkeiten liegen aber in kommunaler Hand. Der Landkreis Freising und seine Gemeinden stellen sich dieser Herausforderung: Sie halten an ihrem Ziel fest, den gesamten Landkreis spätestens bis zum Jahr 2035 ausschließlich mit erneuerbaren Energien zu versorgen.

Laut Landrat Helmut Petz wird der Fuhrpark sukzessive auf E-Mobilität umgestellt. Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zum Umsteigen zu bewegen, soll der ÖPNV noch attraktiver gestaltet werden, beispielsweise durch ein Rufbus-System, das mit dem MVV getestet wird. Zudem sei der Bau einer schnellen Alltags-Fahrrad-Verbindung zwischen Freising und Garching durch eine attraktive Förderzusage des Ministeriums in greifbarer Nähe gerückt.

PFIFFIG-Studie

Bei der Umsetzung der Energiewende unterstütze der Landkreis Freising auch die Landkreismunicipalitäten nach Kräften, etwa durch Potenzialflächenanalysen für Photovoltaik und Windenergie, berichtet Petz. Die bei der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf beauftragte sog. PFIFFIG-Studie zeige, dass im Landkreis viele Flächen vorhanden sind, auf denen die Installation von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen natur- und landschaftsverträglich gestaltet werden oder sogar eine ökologische Aufwertung bewirken kann. Dank einer weiteren Potenzialflächenanalyse wüssten die Gemeinden nun auch, wo sie Windenergieflächen ausweisen können. Aktuell werde auch überlegt, „wie wir auf Kreisebene eine noch aktivere Rolle bei der Energieplanung und -erzeugung und beim Bau von Energieleitungen spielen und die Wertschöpfung in der Region halten können“.

Das Fundament für all diese Aktivitäten liefert die Solarregion Freisinger Land mit der überarbeiteten Neuauflage ihrer Broschüre „Strom aus Erneuerbaren Energien im Landkreis Freising“ (Autoren: Andreas Henze und Raimund Becher): https://www.kreis-freising.de/fileadmin/user_upload/Aemter/Energiewende/Startseite/Aktivitaeten/Broschuere_Strom_aus_EE_im_LK_FS_2023_Daten_2021.pdf

Die Publikation vermittelt der

Politik, aber auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein aktuelles Bild von der Energiewende im Landkreis und stellt eine wichtige Arbeitsgrundlage für ihre weitere Gestaltung dar.

2021 wurden 77,7 Prozent des Landkreis-Stromverbrauchs von Erneuerbaren Energien gedeckt. Dies ist ein Plus von 15 Mio. kWh gegenüber 2020. Dabei wurden 457.000 Tonnen CO₂ vermieden. Trotz schlechter Witterung stieg die EE-Einspeisung von PV-Strom in diesem Zeitraum um 5 Prozent (Anteil am Verbrauch: 24,2 Prozent). Mit 223 Mio. kWh (+28 Mio.) eroberte die Wasserkraft den Spitzenplatz (27,4 Prozent) zurück. Ihre Stromproduktion lag etwa beim Mittel von 2008 bis 2021. Die Bioenergie kam 2021 auf 24,9 Prozent und nahm damit um mehr als 10 Prozent ab. Der Anteil am Verbrauch der Windenergie betrug 1,2 Prozent.

Stromnachfrage nimmt zu

Nach Angaben des Solarregion-Teams wäre eine weitere Reduktion des Stromverbrauchs technisch möglich, sei jedoch erfahrungsgemäß nur in kleinen Schritten umsetzbar, zumal die Einwohnerzahl im Landkreis Freising bis 2040 auf rund 192.000 steigen soll. Auch die stark zunehmende Zahl an Elektrofahrzeugen aller Art und Wärmepumpen werde die Stromnachfrage erhöhen. Größere EE-Ausbaupotenziale seien nur bei Photovoltaik und Windenergie vorhanden. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik könne durch multifunktionale Freiflächenanlagen sowie Dach- und Parkplatzanlagen rasch stark gesteigert werden. Strom aus Bioenergie und Wasser seien dagegen weitgehend ausgeschöpft, schwankten von Jahr zu Jahr und nähmen durch den Klimawandel tendenziell ab.

Bei Windkraftanlagen sei aufgrund langer Realisierungszeiten ein schneller Einstieg in den Ausbau notwendig. Bei den Bioenergien könnten Kurzumtriebsplan-

tagen und Agroforstsysteme ausgeweitet werden. Die Altholznutzung wäre nur durch noch höhere Holzimporte zu steigern. Ein Zubau der Wasserkraft sei nur minimal möglich. Welche Potenziale die Geothermie (z.B. für Wärmepumpen) haben könnte, ist aus Expertensicht weiterhin ungeklärt.

Um künftige Engpässe zu vermeiden, müssten Stromnetze und -speicher unverzüglich ausgebaut werden. Bis zu einer regenerativen Vollversorgung sei es noch weit. Von 2008 bis 2021 stieg die Solar- und Windstromerzeugung um 186 Mio. kWh. Für eine vollständige Dekarbonisierung seien ca. 225 Prozent des Strombedarfs von 2019 notwendig. Dafür würden bis 2035 zusätzliche 1.222 Mio. kWh Solar- und Windstrom benötigt, da andere Erneuerbare Energien allenfalls kleine Zusatzmengen beitragen bzw. rückläufig sein werden.

„Insgesamt haben wir also in der Hälfte der Zeit erst ein Siebtel des notwendigen Zubaus geschafft. Umgerechnet bräuchten wir 87 Mio. kWh Zunahme pro Jahr oder 50 Mio. kWh pro Gemeinde. Daher ist es zu begrüßen, dass Landkreis und Gemeinden gezielte politische, planerische und unternehmerische Impulse setzen. Das wirtschaftliche Potenzial ist angesichts gestiegener Strompreise erheblich und weist entsprechende Arbeitplatzeffekte auf“, heißt es in der Publikation.

2021 ist die EE-Quote in neun Gemeinden gestiegen und in 15 Gemeinden gesunken. Die regionale Dynamik klafft weiterhin auseinander. Mit dem Prädikat „100 Prozent“ dürfen sich aktuell die Gemeinden Gammelsdorf, Haag a. d. Amper, Kranzberg, Rudelzhausen, Wang, Zolling, Attenkirchen, Fahrnzhausen, Hohenkammer, Kirchdorf, Moosburg a. d. Isar und Paunzhausen schmücken. Die Gemeinde Gammelsdorf produziert inzwischen 6,5mal so viel Solarstrom wie sie verbraucht. Zahlreiche weitere ländliche Gemeinden hätten das Potenzial hierfür und erhalten auf Wunsch Beratung und Unterstützung vom Landratsamt, von den Organisationen der Solarregion sowie von der Bundesförderung für effiziente Gebäude BEG. DK



Die Preisträger des Bürgerenergiepreises Niederbayern 2023 mit Regierungspräsident Rainer Haselbeck und Markus Leczycki, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk Netz GmbH.

Bild: Armin Weigel/Bayernwerk AG

Digitale Themenplattform Windenergie löst Bayerischen Windenergie-Erlass ab

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) hat im Energie-Atlas Bayern die Themenplattform zur Planung und Genehmigung für Windenergieanlagen online gestellt (Themenplattform Windenergie).

Die Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen (WEA) waren bislang im Bayerischen Windenergie-Erlass (BayWEE) vom 19. Juli 2016 zusammengefasst. Der BayWEE ist eine gemeinsame Bekanntmachung der bayerischen Staatsministerien mit Hinweisen und Verwaltungsvorschriften. Diese Bekanntmachung ist planmäßig am 31. August 2023 außer Kraft getreten.

Auf der Themenplattform finden sich, strukturiert nach den bisherigen Themenbereichen, die von den zuständigen Ressorts aktualisierten Hinweise und Verwaltungsvorschriften sowie er-

gänzende Informationen. Die Themenplattform bietet damit insbesondere eine umfassende und aktuelle Information über alle von den mit dem Thema Windenergie befassten Ressorts gegenüber ihren nachgeordneten Stellen erlassenen Verwaltungsvorschriften.

Informationstool

Diese digitale Bereitstellung hat den Vorteil, dass die Inhalte auch in einzelnen Bereichen schnell und zeitnah zu Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene auf den aktuellsten Stand gebracht werden können. □

gebastelten Solarofen Müsliriegel gebacken.

Klimaschutz, Mülltrennung und Recycling hat die Schule am Weinberg in Regen in ihren Schulalltag integriert. Sie vermittelt Tipps zum Energiesparen sowie einen sorgsamen Umgang mit Wasser und anderen Lebensmitteln. Die Schüler können dabei selbst zwei Gärten bewirtschaften. Sie haben zudem Schilder entwickelt, die helfen, Strom, Wasser und Heizenergie zu sparen. Auch der Stand auf dem Ostermarkt wurde nachhaltig gestaltet, dort gab es selbst hergestellte Reinigungsmittel, Seifen und Kerzen zu kaufen.

Darüber hinaus wurde ein Kleiderflohmarkt veranstaltet, bei dem auch Tipps zum nachhaltigen Umgang mit Kleidung gegeben wurden. Nachhaltigkeit thematisiert die Schule am Weinberg auch in ihrer Küche, wenn es darum geht, Spenden von Obst, Gemüse und Kräutern haltbar zu machen und zu verwerten. DK

„Die Energiewende wird vor Ort und nicht in Berlin entschieden“

GZ-Interview mit Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW

Prof. Dr. Gerald Linke ist Vorstandsvorsitzender des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW). Der promovierte Physiker arbeitete zunächst ab 1995 bei Ruhrgas, später im E.ON Konzern. Dort leitete er u.a. im Segment Fernleitungstransport die Betriebsregion Nord und übernahm danach die Steuerung des Kompetenz-Centers Gastechnik und Energiesysteme, das die Gasforschung beheimatete. Im Jahr seines Wechsels an die Spitze des DVGW wurde Gerald Linke zum Honorarprofessor der Ruhr-Universität Bochum berufen. Linke ist Bundesdeutscher Verbandsvertreter in der Internationalen Gas-Union. Von 2018 bis 2020 war er Präsident von MARCOGAZ, dem technisch-wissenschaftlichen EU-Verband der Gaswirtschaft. Seit Juni 2020 hat er die Präsidentschaft von ERIG (European Research Institute for Gas and Energy Innovation) inne. Mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel sprach Linke über das Gelingen der Wärmewende mit Hilfe von Wasserstoff und welchen Beitrag bestehende Gasverteilnetze dabei liefern können.

GZ: Herr Linke, der Deutsche Bundestag hat nach monatelangem Streit innerhalb der Bundesregierung das Gebäudeenergiegesetz verabschiedet. Sind jetzt alle Fragen zum Heizen beantwortet?

Gerald Linke: Ganz im Gegenteil. Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase, die mit Aufschluss darüber geben wird, wie in Deutschland zukünftig geheizt wird. Wir brauchen größtmögliche Technologieoffenheit, eine wissenschaftlich fundierte Diskussionsgrundlage statt ideologisch geprägter Gefälligkeitsgutachten. Konkret heißt das: Die Wärmepumpe mag da sinnvoll sein, wo zum Beispiel der Einfamilienhausbesitzer für sich Vorteile in dieser Technologie bei Sanierung oder Neubauplanung sieht. Beim Gebäudebestand von Mehrparteien in Ballungsgebieten führt jedoch kein Weg daran vorbei, die bestehende Gasinfrastruktur zu nutzen und diese fit für die Zukunft zu machen. Das betrifft nicht nur Gebäude mit Gasanschluss, sondern auch die Versorgung mit Fernwärme. Die Zukunft der Moleküle ist Wasserstoff, ebenso

wie andere grüne, also klimaneutrale Gase. Eine reine Elektrifizierung würde die Stromnetze überlasten. Um das Klimaschutzziel der CO₂-Neutralität bis 2045 zu erreichen, muss dem Gebäudesektor zentrale Beachtung gewidmet werden. Nirgendwo sonst in unserem Land ist das Einsparpotenzial von CO₂ so groß, wie beim Heizen. Rund 40 Millionen Haushalte emittieren mehr als 200 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Gases, das sind ca. 20 Prozent aller deutschen CO₂-Emissionen.

300 Milliarden Euro

Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen kann auf das Gasnetz, bestehend aus hunderttausenden Kilometern Verteil- und Fernnetzen, nicht verzichtet werden. Wir sprechen hier von einem Gesamtwert in Höhe von über 300 Milliarden Euro – über Jahrzehnte abgeschlossen, durchfinanziert, also bezahlt. Eine unserer Studien hat eindrucksvoll und vielbeachtet den Beweis erbracht, dass Stahlleitungen Wasserstoff weiterleiten und speichern können. Eine neue Generation von Gas-

thermen im Hausanschluss ist ebenso H₂-ready, also Wasserstofftauglich.

Wasserstoff über Gasverteilnetze nutzbar

GZ: Weshalb sind Sie so sicher, dass dies auch tatsächlich funktioniert?

Linke: Dass Einspeisung von Wasserstoff in bestehende Netze nicht nur auf dem Reißbrett, sondern auch in der Realität funktioniert, wird jüngst in der Gemeinde Hohenwart im Landkreis Pfaffenhofen eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Kolleginnen und Kollegen der Energie Südbayern haben mit dem Projekt H2Direkt, also der Umstellung eines bestehenden Erdgasnetzes auf 100 Prozent Wasserstoff, unterstrichen, dass die Energiewende vor Ort und nicht in Berlin – und auch nicht in Brüssel – entschieden wird. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Verantwortlichen in den Kommunen und Gemeinden wissen, was für die Menschen vor Ort das Beste ist. Der Gasnetzgebietstransformationsplan, kurz GTP, wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Es ist das zentrale Planungstool für den Einsatz von Wasserstoff – auch und insbesondere im Wärmemarkt. Der Grundgedanke ist, Wasserstoff über die Gasverteilnetze für alle nutzbar machen. Eine Umfrage unserer Initiative H2vorOrt hat ergeben, dass lediglich fünf Prozent der knapp 1.000 befragten Kommunen keinen langfristigen Einsatz von klimaneutralen Gasen sehen. Die Mehrheit, also beeindruckende 95 Prozent, setzt klar auf die Verwendung von Wasserstoff. Auch von Seiten der Industrie ist die Aussage deutlich: Von

knapp zweitausend befragten Großkunden setzen mehr als drei Viertel auf Wasserstoff. Im Übrigen ist der Anschluss an das Wasserstoffnetz ein wichtiger Standortfaktor für zukünftige Unternehmensansiedlungen, insbesondere beim wie hier in Bayern ausgeprägten Mittelstand. Eine Gemeinde, die sich heute gegen Wasserstoff entscheidet, wird morgen teuer dafür bezahlen. Ihre Flächen werden bei zukünftigen Unternehmensansiedlung schlichtweg keine Rolle mehr spielen.

Praxisleitfaden Wärmeplan

GZ: Stichwort Kommunale Wärmeplanung: Wie sehen hier die nächsten Schritte aus?

Linke: Zunächst einmal ist es gut, dass die Kommunale Wärmeplanung nun auch formal eng mit der Frage des Heizens verbunden ist. Unsere Branche hat hier den Gesetzgebungsprozess erfolgreich flankiert, so dass ursprüngliche Planungen der Bundesregierung korrigiert wurden. Auf dem weiteren Weg wird der DVGW alle an diesem Prozess beteiligten Entscheidungsträger mit seinem technischen Knowhow unterstützen. Wir sind mit einer Roadshow bundesweit unterwegs und informieren umfassend. Gemeinsam mit dem Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V. (AGFW) haben wir einen Praxisleitfaden entwickelt. Dieser gibt Orientierung und hilft den Kommunen der knapp 11.000 Gemeinden in Deutschland bei der Erstellung eines Wärmeplans und den folgenden Schritten auf dem Weg in eine klimaneutrale Energiezukunft. Wir sehen unseren Beitrag als zentralen Baustein der Energiewende vor Ort.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch.



DVGW-Chef Gerald Linke (r.) mit Staatsminister Hubert Aiwanger (m.) und dem bayrischen DVGW-Landesgruppenvorsitzenden Robert Scherer bei der Inbetriebnahme der Wasserstoffeinspeisung H2Direkt der Energie Südbayern im September in Hohenwart (Landkreis Pfaffenhofen).

Bild: DVGW/Wagner

Weitere Informationen

- Praxisleitfaden Kommunale Wärmeplanung: <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/leistungen/publikationen/leitfaden-kommunale-waermeplanung-dvgw-agfw.pdf>
- Hinweise zur Roadshow: <https://asue.de/termineveranstaltungen/asue-roadshow-kommunale-waermeplanung>
- <https://asue.de/sites/default/files/asue/termineveranstaltungen/2023/ASUE-kWP-Roadshow/230125-ASUE-kWP-Roadshow-Konzeptionierung.pdf>

Über den DVGW

Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) ist ein Verband mit über 13.600 Mitgliedern, der das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz fördert und die

allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser erarbeitet. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der DVGW ist die im Energiewirtschaftsgesetz benannte Institution für Wasserstoffinfrastrukturen. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. □

H2Direkt:

Feierliche Inbetriebnahme der Wasserstoff-Einspeiseanlage

Mit H2Direkt zeigen Energie Südbayern (ESB), Energienetze Bayern und Thüga, dass bestehende Gasnetze mit reinem Wasserstoff betrieben werden können. In Hohenwart werden ab der Heizperiode 2023/2024 zehn Kunden über das Ortsnetz mit 100 Prozent H₂ versorgt. Im September wurde die Wasserstoff-Einspeiseanlage offiziell in Betrieb genommen.

Der Startschuss ist gefallen: Mitte September wurde im innovativen Wasserstoffprojekt H2Direkt in Hohenwart (Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm) die Einspeiseanlage in Betrieb genommen. Ab der kommenden Heizperiode werden von dort aus zehn Kunden über ein umgewidmetes, bestehendes Gasnetz mit 100 Prozent Wasserstoff versorgt. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung – als Teil des Wasserstoff-Leitprojekts TransHyDE.

Bei der Feier zur Inbetriebnahme der Wasserstoff-Einspeisean-

lage sagte Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Die Umstellung eines Erdgasnetzes auf 100 Prozent Wasserstoff ist mit geringen technischen Umrüstungen machbar und der Betrieb ist sicher. Das wollen wir mit H2Direkt in Hohenwart beweisen. Mit diesem deutschlandweit einzigartigen Projekt schaffen wir eine Blaupause für eine klimafreundliche Energieversorgung.“ Gleichzeitig betonte er, dass der Hochlauf einer Wasserstoff-Wirtschaft weiter an Tempo aufnehmen müsse. Aiwanger: „Bayern geht voran und schafft gute Rahmen-

bedingungen für die Wasserstoffwirtschaft, bietet Vernetzung, Unterstützung und Förderung an.“

ESB, Energienetze Bayern und Thüga boten zur feierlichen Inbetriebnahme der Wasserstoff-Einspeiseanlage ein buntes Rahmenprogramm rund um die Bedeutung von Wasserstoff für die zukünftige Energieversorgung. Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung bei ESB, zeigt sich zur gelungenen Inbetriebnahme der Wasserstoff-Einspeisung höchst zufrieden: „Wasserstoff ist ein Schlüsselement der Energiewende. Durch unsere Projektidee gilt das in Hohenwart ab heute auch für den Wärmebereich. 100 Prozent erneuerbarer Wasserstoff im ehemaligen Gasnetz: H2Direkt zeigt, wie klimaschonende Wärmeversorgung in Zukunft aussehen kann.“ □



Inbetriebnahme der Wasserstoffeinspeisung für das Projekt H2Direkt mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, v.l.: Prof. Dr. Gerald Linke, DVGW; Manuel Gaßner, Energienetze Bayern; Marcus Böske, ESB; Dr. Elke Wanke, Energienetze Bayern; Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger; Michael Schneider, Energienetze Bayern; Jürgen Haindl, Bürgermeister Hohenwart; Dr. Christoph Ullmer, Thüga.

Bild: Ilona Stelzl für ESB



Fragen Sie nach, ob Ihr Arbeitgeber einen Zuschuss zur PlusPunktRente leistet!

Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Mit der PlusPunktRente der BVK Zusatzversorgung bestens abgesichert im Alter, zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente:

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

Wir sind auf der **NÜRNBERG KOMMUNALE** am 18./19. Oktober 2023. Besuchen Sie uns an unserem Stand Nr. 9-632.

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Kommunale Energieversorgung:

„Die Wertschöpfung bleibt bei uns“

Der Landkreis Regensburg treibt mit Gründung der KERL Projekt GmbH den Ausbau von Erneuerbaren Energien voran

Eine funktionierende Energieversorgung ist das A und O für den Erhalt von Arbeitsplätzen und damit auch von Wohlstand einer Region. Und am besten wird Energie – möglichst erneuerbar und umweltschonend – dort erzeugt, wo sie auch gebraucht wird. „So bleibt auch die Wertschöpfung des gesamten Produktions- und Erzeugungsprozesses dort, wo er entsteht“, erläutert Harald Hillebrand, Energiekoordinator des Landkreises Regensburg, die Strategie der Kommune im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

Dass das Thema Klimaschutz für den Landkreis Regensburg hohe Priorität hat, bestätigte der Regierungspräsident der Oberpfalz, Walter Jonas, bei der Ernennung des Landkreises zum Unterstützer im Team Energiewende Bayern: „Das Engagement im Bereich Klimaschutz startete schon vor zehn Jahren mit der Erstellung eines Energieentwicklungsplans und der Einstellung eines Klima-

schutzmanagers. Dem folgte eine lange Liste erfolgreich umgesetzter Klimaschutzprojekte. Angefangen von der konsequenten Umsetzung von PV-Dachanlagen auf landkreiseigenen Liegenschaften, der alljährlich stattfindenden Klimaschutzwoche und dem kostenlosen Klimaschutzbuch. Auch der Landkreis Regensburg bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern als Informationstools ein

Solarpotentialkataster und den Energie-Monitor. Im Bereich Verkehrswende gibt es das E-Carsharing-Angebot der KERL eG mit der Geschäftsführerin Maria Politzka, durch das der Landkreis, in Kooperation mit den jeweiligen Kommunen verteilt über das Landkreisgebiet inzwischen 14 E-Autos ausgeliehen werden können sowie ein Radverkehrskonzept, mit dem der Lückenschluss auf den Alltagswegen zwischen den Kommunen hergestellt werden soll. Der Landkreis lies für seine 41 Kommunen einen neuen Energienutzungsplan ausarbeiten, wodurch die Kommunen auf ihrem Weg hin zur Klimaneutralität unterstützt werden sollen. Der Landkreis Regensburg

Stadtwerke München richtet neuen Geschäftsbereich ein:

Neues zentrales Ressort für die regionale Energie- und Wärmewende

Dr. Karin Thelen ist Geschäftsführerin Regionale Energiewende

Erneuerbare Energien sind der Schlüssel für die Energiezukunft und müssen rasch verstärkt ausgebaut werden. Das Bewusstsein dafür wächst auch in Politik und Gesellschaft. Diesen Rückenwind nutzen die SWM, um die regionale Energiewende noch stärker zu fokussieren. Um der Bedeutung gerecht zu werden, sind die Aktivitäten zum weiteren Ausbau der Erneuerbaren in und um München nun in einem eigenen Geschäftsbereich vereint. Es ist das zentrale SWM Ressort für das Gelingen der regionalen Energie- und Wärmewende. Im Mai hat der Aufsichtsrat der SWM beschlossen, dass Dr. Karin Thelen die Führung dieses Bereichs übernimmt. Dieses Amt hat sie nun angetreten. Die GZ sprach mit der neuen Geschäftsführerin Regionale Energiewende.

GZ: Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und was ist Ihr beruflicher Werdegang?

Dr. Karin Thelen: Ich habe mein Amt am 1. Juli 2023 angetreten und bin derzeit dabei, mein Ressort mit gut 1.000 Mitarbeitenden aufzubauen und zu vernetzen. Mein Werdegang: Ich bin promovierte Biologin, arbeite seit 12 Jahren bei den SWM und habe in dieser Zeit berufsbegleitend ein wirtschaftswissenschaftliches MBA-Studium abgeschlossen. Bis Ende Juni habe ich mehrere Jahre lang die Technische Qualitätssicherung mit rund 100 Beschäftigten geleitet. Damit war ich in alle relevanten technischen Prozesse der konventionellen und regenerativen Energieerzeugung sowie der Netze eingebunden, für deren Qualität und tägliche Betriebsstabilität mitverantwortlich. Zudem war ich bei Planung, Bau und Weiterentwicklung der erneuerbaren Energieerzeugung involviert.

Energiewende gelingt nur gemeinsam

GZ: Die Leserschaft der Bayerischen Gemeindezeitung sind die kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bayern, also Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie Mitarbeiter in den Verwaltungen. Warum ist dieser Personenkreis wichtig für die regionale Energiewende?

Thelen: Ganz einfach, die Energiewende kann nur gemeinsam gelingen, deshalb braucht es kommunale Partnerschaften auf Augenhöhe in der Region. Nur so können wir gemeinsam genug Erzeugungskapazität schaffen, um die Energiewende spürbar voranzutreiben. Schon seit Jahren pflegen wir starke Kooperationen in der Region und bringen unser Know-how und unsere Expertise ein. Diese wollen wir nun systematisch weiter ausbauen. Unsere Ansprechpartnerinnen und -partner sind dabei die kommunalen Entscheidungsträgerinnen und

-träger, aber auch die Mitarbeitenden in den Verwaltungen oder in kommunalen Gesellschaften.

100 Prozent kommunal

GZ: Als Geschäftsführerin Regionale Energiewende bei einem großen aber immer noch kommunalen Unternehmen, welches Angebot machen Sie den bayerischen kommunalen Akteuren?

Thelen: Gemeinsam, als Partner, meistern wir die großen Herausforderungen, die vor uns liegen: mit der gebündelten Expertise der Akteure vor Ort sowie den Erfahrungen der SWM als kommunalem Energieversorger. Wir haben jetzt die Riesenchance, unsere Zukunft und die nachfolgender Generationen zu gestalten. Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger sind hier



Dr. Karin Thelen, SWM Geschäftsführerin Regionale Energiewende.

Bild: Marek&Beier

gleichermaßen gefragt, denn dieses große Ziel gelingt nur, wenn wir alle zusammenarbeiten. Auch wenn wir vielleicht nicht gleich im ersten Anlauf alles erreichen, was wir uns vornehmen – hochgesteckte Ziele sind wichtig, damit wir uns als Gesellschaft bewegen. Und auch die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte in Bayern ist entscheidend verknüpft mit dem Gelingen der Energie- und Wärmewende. Die SWM sind für Kommunen hier ge-

nau der richtige Partner: 100 Prozent kommunal und erfahren in Planung, Bau und Betrieb von erneuerbaren Erzeugungsanlagen.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

GZ: Warum sind die Stadtwerke München an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit interessiert?

Thelen: Die Energie wird künftig überwiegend an dezentralen Standorten erzeugt und zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern transportiert. Somit sind viel mehr Menschen mit diesen Erzeugungsanlagen konfrontiert und wollen verständlicherweise auch über die Art und den Ort der Erzeugungsanlagen mitentscheiden. Wir sind überzeugt, dass hierfür eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, wie sie die SWM immer schon gelebt haben, der richtige Weg ist.

GZ: Stichwort Wertschöpfung vor Ort: Welchen Nutzen bringt den bayerischen Kommunen die Investition in den Ausbau einer Energieversorgung durch Erneuerbare Energien vor Ort?

Thelen: Der übergeordnete Nutzen liegt für mich auf der Hand: Regenerative Energieerzeugung spart CO₂ ein, dient dem globalen Klimaschutz und sichert den Industriestandort Bayern und somit unser aller Zukunft. Vor Ort schaffen Erneuerbare-Energien-Anlagen für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, unmittelbar Ökostrom und Ökowärme zu beziehen, und sie erhöhen nicht zuletzt auch die eigene Versorgungssicherheit. Die Kommune bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern damit Lösungen an, die Vorgaben des Gesetzgebers regional mitzugestalten. Zudem entstehen Arbeitsplätze beim Infrastrukturausbau sowie im Umfeld der Anlagen. Und nicht zu vergessen: Erneuerbare-Energien-Anlagen generieren auch kommunale Einnahmen.

Bürgerbeteiligung stärkt Akzeptanz

GZ: Wenn sich eine Kommune entscheidet mit den SWM zusammenzuarbeiten: Wie sieht eine mögliche Beteiligung der Bürger aus?

Thelen: Wir empfehlen den Kommunen grundsätzlich, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in die Projekte mit einzubeziehen. Wir unterstützen dabei mit Rat und Tat. Beteiligte Bürgerinnen und Bürger sind eher Befür-

gehörte vor über zehn Jahren zu den Gründungsmitgliedern der Energieagentur Regensburg e. V. und unterstützt diese weiterhin. Zudem ist der Landkreis Regensburg der erste Landkreis unseres Regierungsbezirks, der am European Energy Award, einem strengen Zertifizierungsverfahren, teilgenommen hat.“

Mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) wird den Landkreisen und Bezirken „erstmalig die Befugnis erteilt, über den eigenen und örtlichen Bedarf hinaus, Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien zu errichten und zu betreiben. Durch den Wegfall der Beschränkungen können kommunale Allianzen hohe Investitionskosten und -risiken künftig gemeinsam schultern“, heißt es auf der Seite des Bayerischen Umweltministeriums.

Kommunale Energieerzeugung

Im Landkreis Regensburg ist diese Idee schon sehr weit vorangeschritten und geht mit der Gründung der KERL Projekt GmbH in die Umsetzung. Basis für die KERL Projekt GmbH ist die Kerl eG, eine Genossenschaft, in der bereits alle 41 Kommunen des Landkreises Mitglied waren und die sich bislang um das landkreisweite E-Carsharing gekümmert hat. „Eine Genossenschaft, in der alle Landkreiskommunen bereits Mitglied sind, das ist ein Pfund, das man nicht mehr aus

der Hand geben sollte“, sagt Hillebrand.

Mit der KERL Projekt GmbH nimmt der Landkreis Regensburg nun die Erzeugung Erneuerbarer Energien selbst in die Hand. Dafür wurden Maximilian Köckritz und Béla Szabó als Geschäftsführer der KERL Projekt GmbH verpflichtet. Die GmbH bildet den Überbau für diverse GmbH und Co. KGs, die sich aus den Stakeholdern vor Ort (Kommunen, Grundstückseigentümer, Genossenschaften) zusammensetzen, um bestimmte Projekte im Bereich Erneuerbare Energien voranzutreiben. Die KERL Projekt GmbH erledigt zukünftig für die Kommunen Aufgaben wie die Flächensicherung für erneuerbare Energieanlagen, sie unterstützt bei Wärme- und EE-Projekten und schafft Grundlagen für die Planung, die Finanzierung, die Projektierung, den Bau und Betrieb von EE-Anlagen und Wärmenetzen, die dann gemeinsam mit regionalen Kooperationspartnern in den Standortkommunen umgesetzt werden. Dabei sollen den Bürgerinnen und Bürgern, finanzielle Beteiligungen (z.B. über Bürgergenossenschaften) ermöglicht werden.

Gute Grundlagen bereits geschaffen

Große Erleichterung in der Umsetzung verschafft dabei der Kommune, dass auf Instrumente wie den inzwischen fertige-

stellten Digitalen Energienutzungsplan, das Solarpotentialkataster und den Energiemonitor zurückgegriffen werden kann. Konkrete Handlungsmöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen und die technischen Ausbaupotenziale für Erneuerbare Energien (Aufdach-Photovoltaik, Solarthermie, Freiflächen-Photovoltaik, Wind, Biogas, Wasserkraft, Umweltwärme und Biomasse/Holz) bis 2040 wurden bereits identifiziert.

Zusammenarbeit

Mit bestehenden Energiegenossenschaften (Bürger Energie Region Regensburg (BERR) eG, Jurenergie eG aus Neumarkt i.d. OPF., Neue Energien West (NEW) eG aus Grafenwöhr, BEN Bürgerenergie Niederbayern und der Bengel-KEH eG aus Kelheim) wurden Kooperationen vereinbart. „Wir arbeiten mit einem bestehenden Netzwerk zusammen, das über immense Erfahrung verfügt“, so Hillebrand. Diese Genossenschaften haben gemeinsam ca. 5.000 Mitglieder und sind in ca. 80 Kommunen vertreten. Deren bestehende Anlagen umfassen sieben Windanlagen mit 15 MW, 74 Dachanlagen mit 5,5 MW und 25 Freiflächen PV mit 69 MW. In konkreter Planung sind nun weitere sieben Windräder mit 40 MW und 13 Freiflächen PV-Anlagen mit 269 MW. „Gemeinsam kommen wir Schritt für Schritt voran“, sagt Hillebrand abschließend. **CH**



Die Kerl eG v.l.: Aufsichtsrätin Barbara Wilhelm, Bürgermeisterin Gemeinde Pentling, stv. Aufsichtsratsvorsitzende Elisabeth Kersch, Bürgermeisterin Gemeinde Wiesent, stv. Vorstandsvorsitzender Christian Kiendl, Bürgermeister Markt Schierling, Vorstandsvorsitzende Tanja Schweiger, Landrätin Landkreis Regensburg, Aufsichtsrat Rudolf Graß, Bürgermeister Gemeinde Obertraubling, Aufsichtsratsvorsitzender Karl Söllner, Bürgermeister Gemeinde Brunn, Aufsichtsrat Josef Schindler, Bürgermeister Markt Regensburg, Vorstand Max Kollmannsberger, Bürgermeister Gemeinde Tegernheim. Bild: Natascha Meier / LRA Regensburg

Neue Betreibergesellschaft für Uniper-Wasserkraftwerke

Bayern fordert Bund zu Gesprächen auf

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber fordert in einem Schreiben an das Bundesfinanzministerium den Bund zu konkreten Gesprächen über die Zukunft der Uniper-Wasserkraftwerke auf: „Wir müssen die historische Chance nutzen. ... Mein Ziel ist eine gemeinwohlorientierte, ökologisch nachhaltige und verlässliche Nutzung der Wasserkraft. Die Uniper-Wasserkraftwerke müssen dauerhaft der öffentlichen Hand gehören. Wir streben die Übernahme der gesamten bayerischen Uniper-Wasserkraftwerke in eine landeseigene Betreibergesellschaft an. Auch eine gemeinsame Betreibergesellschaft mit dem Bund ist möglich. Denn es bestehen Heimfallrechte nicht nur zugunsten Bayerns, sondern an den zur Bundeswasserstraße ausgebauten Abschnitten von Donau und Main teilweise auch des Bundes. Damit können wir... die Energieversorgung in die eigene Hand nehmen und Maßnahmen zur Hochwassersicherheit an den Kraftwerken umsetzen.“ Durch eine neue Betreibergesellschaft könnten die Strukturen der Uniper-Wasserkraftsparte dauerhaft bestehen bleiben und auch das Betriebspersonal übernommen werden.

Ab 2030 laufen die Bewilligungen der Uniper-Wasserkraftwerke an Isar, Lech, Donau und Main schrittweise aus und die künftige Betreibergesellschaft zur Durchführung der Neubewilligungsverfahren muss rechtzeitig gebildet werden. Das Auslaufen der Bewilligungen eröffnet dem Freistaat in den meisten Fällen – ausgenommen sind die Pumpspeicherwerke Happurg und Langenprozelten sowie das Speicherkraftwerk Walchensee – die Möglichkeit, den sogenannten Heimfall zu erklären. Der Freistaat würde dann gegen Zahlung einer Abgeltungssumme wieder Eigentümer der Anlagen.

Bei der Übernahme der Was-

serkraftwerke der Uniper Kraftwerks GmbH geht es in Bayern um 97 Wasserkraftanlagen mit zusammen rund 970 Megawatt Leistung und rund 4.800 Gigawattstunden Stromertrag pro Jahr in den Kraftwerksgruppen Donau, Isar, Lech und Main sowie zwei Pumpspeicherwerke. Die Wasserkraftanlagen erzeugen rund ein Drittel der bayerischen Stromproduktion aus Wasserkraft. Darüber hinaus haben die Anlagen der Uniper Kraftwerke GmbH maßgebliche Bedeutung für die Hochwassersicherheit, die ökologische Entwicklung und die Sozialfunktion an den großen bayerischen Flüssen Isar, Lech und Donau. **□**

Aktive Menschen und Kommunen gestalten den Klimaschutz

Die Webseite KlimaChancen der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung

Der Klimawandel ist heute schon spürbar, auch in Bayern. Seien es steigende Durchschnittstemperaturen, verstärkt auftretende Extremwetterereignisse wie Hitze und Dürre oder der sinkende Grundwasserspiegel. Umso wichtiger, dass es bereits viele aktive Menschen und Kommunen gibt, die zeigen – es geht. Einige davon werden auf der Webseite „KlimaChancen“ der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung vorgestellt.

Klar ist, wir müssen schnell handeln, den Ausstoß von Treibhausgasen senken und uns an die Folgen des Klimawandels anpassen. Das ist herausfordernd, bietet aber auch Chancen – gerade für den ländlichen Raum. Investitionen in erneuerbare Energien können zu einer regionalen Wertschöpfung beitragen. Begrünte Dörfer und weniger Autoverkehr verbessern die Lebensqualität der Bewohner. Abwechslungsreiche Landschaften stärken die Artenvielfalt.

Von der Herausforderung zur Chance

Den Fokus mehr auf diese Chancen zu legen, ist Ziel der Webseite „KlimaChancen“ der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung. Seit März 2022 stehen dort die Macherinnen und Macher im Vordergrund, also genau die Menschen (und Kommunen), die bereits heute aktiv Klimaschutz und die Energiewende in Bayern umsetzen. Die Beiträge auf „KlimaChancen“ sollen so auch andere zum Mit- und Nachmachen inspirieren. Neben der Motivation der Akteure und den Erfolgsfaktoren von Pro-

jekten werden ebenso Hürden bei der Umsetzung ehrlich benannt. Es wird eine große Bandbreite an Themen behandelt – von der gemeinschaftlichen Versorgung mit Strom und Wärme über bedarfsgerechte Mobilitätsangebote und nachhaltiges Bauen bis hin zu Konzepten und Maßnahmen der Klimaanpassung.

Drei der vielen guten Projekte stellen wir im Folgenden kurz vor.

Wärmenetz in der Gemeinde Moosach

In der 1.500-Einwohner-Gemeinde Moosach im oberbayerischen Landkreis Ebersberg versorgt ein Nahwärmenetz mittlerweile knapp 80 Haushalte mit Wärme aus Solarthermie und Hackschnitzeln. Dank dieser Kombination kann das Wärmenetz ganzjährig zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien geheizt werden, selbst zu Spitzenlastzeiten. Nur im Winter werden Hackschnitzel aus maximal 40 km Umkreis verwendet, in den Sommermonaten deckt die Solarthermie den kompletten Bedarf, insbesondere für Warmwasser, ab. Das Heizwerk gehört der Firma Naturstrom, das Netz

selbst ist in Gemeindehand und an Naturstrom als Betreiber verpachtet. Die Investition zahlt die Gemeinde über die Pachteinnahmen ab.

Knapp acht Jahre dauerten Planung und Bau insgesamt. Initiiert wurde das Projekt durch den Bürgerarbeitskreis für erneuerbare Energien, dessen Mitglieder dank ehrenamtlicher Arbeit, Informationsveranstaltungen und vielen Gesprächen mit möglichen Anschlussnehmern maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung beitragen. Mindestens 70 Anschlussnehmer mussten gefunden werden, um das Wärmenetz wirtschaftlich zu betreiben. Das wurde anhand eines Quartierskonzepts, gefördert durch das Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, ersichtlich.

Die Unterstützung durch die Gemeinde war, neben der frühen Einbindung der Bürgerschaft, ein wichtiger Erfolgsfaktor. So konnte von Beginn an Vertrauen in das Projekt geschaffen werden.

Bürgerbus der Kommunalen Allianz NorA

Querverbindungen zwischen den knapp 100 Ortsteilen der fünf Gemeinden der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) NorA im nördlichen Landkreis Ansbach konnten bisher ausschließlich mit dem PKW zurückgelegt werden. ÖPNV-Verbindungen bestanden nur sternförmig zur Kreisstadt Ansbach. Seit

Ende 2019 fährt nun ein Bürgerbus, der diese Lücken schließt und Mobilität für Personen ermöglicht, die nicht (mehr) selbst Autofahren können oder wollen. Das Fahrzeug wurde über den NorA-Bürgerwindpark und Sponsoren finanziert, die Fahrerinnen und Fahrer sind ehrenamtlich tätig.

Fahrgäste können für die ansonsten kostenlose Fahrt etwas spenden, wovon wiederum Aufmerksamkeiten wie Essensgutscheine für die Fahrer besorgt werden. Die bunt gemischte Gruppe von mittlerweile 18 Ehrenamtlichen – einige sind noch berufstätig, andere bereits in Rente – wurde inzwischen eine richtige Gemeinschaft und unternimmt auch mal gemeinsame Ausflüge.

Genutzt wird das Angebot vor allem von älteren Fahrgästen, die so nicht mehr auf die Fahrdienste von Freunden oder Familie angewiesen sind, um zum Arzt oder Supermarkt zu gelangen. Bei einer Bürgerbefragung in den ILE-Kommunen hat sich entsprechend gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger den Bus wollen: dort wurde er als Leuchtturmprojekt der ILE herausgehoben.

Kommunaler Solarpark im Markt Wiggensbach

Nachdem im Jahr 2019 der gesamte Landkreis Oberallgäu als landwirtschaftlich benachteiligtes Gebiet ausgewiesen wurde, beschloss der Gemeinderat, eine Photovoltaik-Freiflächenanlage im Gemeindegebiet zu bauen. Seit Ende 2022 versorgt diese nun das Oberallgäu mit Sonnenstrom. Die Anlage, geplant und betrieben unter kommunaler Federführung, liegt rund 1,5 Kilometer vom Ortskern des Marktes



Von der Photovoltaik-Anlage im Markt Wiggensbach profitieren indirekt alle 5.000 Einwohner, da die Einnahmen in die Gemeindekasse fließen.

Bild: Philip Herzhoff

Wiggensbach entfernt. Gemeinsam mit der Solarenergie Allgäu gründete die Kommune eine Betriebsgesellschaft, die zu 40 Prozent in Hand des Marktes Wiggensbach ist, da 40 Prozent der PV-Anlage auf Gemeindegrund liegen. Die restlichen 60 Prozent der Gesellschaft gehören der Solarenergie Allgäu, die wiederum ein Zusammenschluss aus dem Zweckverband Abfallwirtschaft Kempten und den Allgäuer Überlandwerken ist. Damit ist die Anlage direkt oder indirekt komplett in kommunalen Händen.

In Wiggensbach entschied man sich bewusst gegen eine direkte Bürgerbeteiligung, etwa in Form einer Energiegenossenschaft. Der Grund: alle Menschen in Wiggensbach, unabhängig von ihren finanziellen Spielräumen, sollten beteiligt werden. Da die Einnahmen aus der Stromerzeugung an die Gemeinde gehen, profitieren mittelbar auch alle 5.000 Einwohner. So soll langfristig die Akzeptanz für erneuerbare Energien gesichert werden.

Neue Denkanstöße und Inspiration

So vielfältig die Herausforderungen und Regionen in Bayern sind, so unterschiedlich sind die Projekte und Menschen, die dahinterstehen. Was sie vereint, ist die Motivation, ihre Heimat, die Energiewende und den Klimaschutz mitzugestalten. Um dies zu erleichtern, finden sich auf den „KlimaChancen“ neben bereits umgesetzten Projekten und aktuellen Neuigkeiten weiterführende Informationen, Ansprechpartner, Fördermöglichkeiten und Umsetzungshilfen. Auf einer interaktiven Karte sind auf einen Blick Initiativen aus der eigenen Region zu finden. Und wer selbst aktiv ist, kann sein Projekt gerne auf der Webseite präsentieren. Wir hoffen, dass die „KlimaChancen“ neue Denkanstöße und Inspiration liefern können, wie der ländliche Raum in Bayern klimafreundlich und lebenswert entwickelt werden kann. <https://klimachancen.bayern/>

Glaube an die Zukunft:

Bayerns erste PV-Anlage auf einem Großdenkmal

Mit 20.000 Solarziegeln hat die Kongregation der Schwestern des Erlösers ihr Mutterhaus in der Würzburger Altstadt fit für die Zukunft gemacht. Ein Projekt mit Vorbildfunktion: 20.000 Solarziegel, 1.530 Quadratmeter Dachfläche. Die neue Photovoltaikanlage ist einer der wichtigsten Bausteine im Zuge der Komplexsanierung des Klosterareals. Bis Ende des Jahres 2023 sollen weite Teile der Anlage mitten in der Würzburger Altstadt durch erneuerbare Energien versorgt werden. Der historische Gebäudekomplex, eine im Kern barocke Vierflügelanlage, ist seit mehr als 170 Jahren Sitz der Kongregation der Schwestern des Erlösers. Eine denkmalverträgliche und gleichzeitig nachhaltige Lösung zu finden, war von Beginn an das Ziel – und die Herausforderung.

„Bereits 2019 haben wir entschieden, dass alle Einrichtungen der Kongregation weltweit bis 2037 klimaneutral werden sollen. Die Installation einer Photovoltaik-Anlage auf den Gebäuden des ersten Bauabschnittes ist ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen“, so die Generaloberin der Kongregation der Schwestern des Erlösers Sr. Monika Edinger.

Unterstützt worden sind die Ordensschwestern dabei von

den Spezialistinnen und Spezialisten für energiebewusstes Bauen des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (BLfD) und der Stadt Würzburg. Mittlerweile sind die Dachdecker fast fertig, die Kongregation ist gut gerüstet für Wind und Wetter. Doch nicht nur das, denn was am Boden kaum jemand ahnt: Über den Köpfen der Schwestern ist Bayerns erstes Solarkraftwerk auf einem stadtbildprägenden Denkmalkomplex entstanden.

„Denkmalschutz mit Vorbildfunktion: Nachahmen ausdrücklich erwünscht! Das Modellprojekt der Erlöserschwestern in Würzburg zeigt, wie Denkmalschutz und erneuerbare Energien zeitgemäß miteinander in Einklang gebracht werden können. Das neue Bayerische Denkmalschutzgesetz erleichtert den Einsatz regenerativer Energien im Denkmalsbereich und zeigt neue Perspektiven für unsere Kulturgüter auf. So sieht Denkmalschutz der Zukunft aus! Ich freue mich, dass wir die Maßnahme in Würzburg mit 420.000 Euro aus staatlichen Fördermitteln unterstützen können“, betont Kunstminister Markus Blume.

Denkmalverträglicher Umbau

Auf dem barocken Kongregationshaus sind Indach-Solarmodule in eine neue Dachdeckung integriert worden. Diese kleinteiligen Dachsteine ähneln dem historischen Bestand und fügen sich gut in die ziegelrote Dachlandschaft der als Ensemble geschützten Würzburger Altstadt ein. So kann das Kongregationshaus künftig Pate für den denkmalverträglichen Umbau anderer Altstädte in Bayern stehen, der vom Freistaat mit Fördergeldern unterstützt wird.

„Nachhaltigkeit ist ein Kerngedanke der Denkmalpflege. Das Vorhaben der Erlöserschwestern ist wirklich spannend, da das große Dach als Testfläche für die Effizienz solcher Anlagen dienen kann. Was aus denkmalpflegerischer Sicht besonders schön ist, dass sich die modernen Module wunderbar in die einzigartige Stadtsilhouette Würzburgs einfügen“, sagt Prof. Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.



Würzburg: Dach des Klosters der Schwestern des Erlösers, Neueindeckung mit Solarmodulen.

Bild: Matthias Hofner, BLfD

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Forellen und Äschen bekommen freie Bahn am Großhesseloher Isarwehr

Nach jahrelangen Diskussionen und Planungen entsteht im Zuge der Wehrsanierung auch eine moderne Fischwanderhilfe

Baggerarbeiten befördern NS-Verbrechen aus dem Flussbett

Bei hochsommerlichen Temperaturen war es soweit: Mit einem symbolischen 1. Spatenstich läuteten Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer, Dr. Christoph Rapp, Leiter Wasserkraft, und Projektleiter Lukas Mas-Zehetbauer (alle drei Stadtwerke München) die seit Mai 2023 laufenden Neu- und Umbauarbeiten am 115 Jahre alten Großhesseloher Isarwehr ein. Nach intensiven Vor- und Umplanungen wird die zum Teil unter Denkmalschutz stehende Anlage nun bis Herbst 2024 entsprechend den gestiegenen Anforderungen an Ökologie und Hochwasserschutz umfassend saniert bzw. neu gebaut und ökologisch aufgewertet. Denn parallel zur neuen Wehranlage entsteht eine nach heutigen Erkenntnissen wirksame Fischwanderhilfe. Sie ermöglicht den im Oberlauf der Isar heimischen Lachsartigen (Salmoniden) wie Forelle, Renke und Äsche, ihren Lebensraum in der Isar und dem dazugehörigen Isarkanal zu erweitern.

Geschäftsführer Helge-Uve Braun betonte, dass die bereits 2008 mit dem ‚Isarplan‘ zwischen der Stadt und den Stadtwerken München vereinbarte ökologische Aufwertung der Anlage in einem Flora-Fauna-Habitat und Landschaftsschutzgebiet nun bestmöglich umgesetzt werde. Künftig wird die vereinbarte Mindestwasserabgabe in die Isar vollautomatisch erfolgen. Die anspruchsvolle ökologische Vernetzung von Isar und Werk-

kanal soll mit der neuen Wehranlage noch besser funktionieren. Wenn sich die Wassertemperatur der Isar in den künftig zu erwartenden Hitzeperioden stärker erwärmt, findet die vielfältige Wasserfauna im fast zehn Meter tiefen Werkkanal die überlebenswichtige Kühle. Ein echter ökologischer Mehrwert ist der Neubau der hochwirksamen technischen Fischaufstiegsanlage. Ihre versetzten Schlitzkammern, deren Wasserstände um jeweils etwa zehn Zentimeter übereinander liegen, ermöglichen den Wasserlebewesen ein energiesparendes Durchschwimmen. Die alte Fischtreppe am rechten (östlichen) Isarufer war mit Abstufungen von rund 50 Zentimetern und aus strömungstechnischer Sicht

eine weitgehend funktionsunfähige Fehlkonstruktion. Helge-Uve Braun ist sich sicher, dass mit der Sanierungsmaßnahme die Anlage für die nächsten hundert Jahre fit für aktuelle und zukünftige Anforderungen sein wird.

Denkmal-, Hochwasserschutz und Flussökologie

Wasserkraftchef Dr. Christoph Rapp zeigte sich zufrieden, dass die Planungen, zu denen zahlreiche Beteiligte wie Flößer, Kanusportler, Fischereisachverständige und Denkmalschutzexperten gehört wurden, nun zur Baugenehmigung und Umsetzung geführt haben. Galt es doch, Denkmalschutz, Flussökologie mit Flora und Fauna sowie das Bauen in einem ökologisch hochsensiblen Raum unter einen Hut zu bringen.

Das alte viertorige vertikale Wehr wird durch zwei optisch ansprechendere Wehrklappen ersetzt. Die Wehranlage ist für den Hochwasserschutz der Stadt von großer Bedeutung. Sie re-



Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer (m.), Dr. Christoph Rapp, Leiter der Wasserkraftsparte (l.), und Projektleiter Lukas Mas-Zehetbauer (alle Stadtwerke München) beim symbolischen 1. Spatenstich zur Sanierung des Großhesseloher Wehrs in der Isar südlich von München.

Bild: Jan Kiver / 2023

guliert die Wasserführung zwischen dem Werkkanal und der Isar. Zugleich regelt sie den Wasserzulauf für vier Wasserkraftwerke mit ihrer regenerativen Stromerzeugung und den unverzichtbaren Kühlwasserzufluss für das Heizkraftwerk Süd mit seiner Strom-, Fernwärme- und Kälteerzeugung. Darüber hinaus speist der Werkkanal die Floßlande und die Münchner Stadtbäche. Die beiden neuen Wehrklappen arbeiten vollautomatisch. Sie regulieren einerseits den Wasserstand und erlauben andererseits durch das Absenken der Wehrklappen den Abfluss des Treibguts in der Isar, so dass die Wehrfelder bei Hochwasser nicht blockiert werden. Die hydraulisch gesteuerte Wehrklappe, die direkt an die Fischaufstiegsanlage grenzt, wird im Normalbetrieb kontinuierlich überströmt werden und den ständigen Wasserabfluss in die Isar regulieren. Die sich anschließende zweite Wehrklappe wird über Luftkissen gesteuert und nur bei Hochwasser abgesenkt, um einen erhöhten Abfluss zu ermöglichen. Mit der Luftkissenteknik ist die Betriebssicherheit auch bei einem Stromausfall oder einem 100-jährigen neuen Zuschuss in Höhe von 91,6 Millionen Euro vom Europäischen Innovationsfonds.

Floßrutsche bleibt erhalten

Durch die überarbeiteten Planungen kann die alte Floßrutsche als Technik-Denkmal ebenso erhalten bleiben wie die Rückstauschleuse im Kanal und das weithin sichtbare historische Schleusenwärterhäuschen. Schließlich muss zwischen dem neuen Wehr und dem bestehenden Betriebsgebäude bzw. dem Schleusenwärterhäuschen die neue, nach dem Stand von Wissen und Technik konzipierte Fischwanderhilfe untergebracht werden.

Gesprenzt, versenkt, wieder aufgetaucht

Weltweites Aufsehen erregte der Fund der Trümmer der ehemaligen Münchner Hauptsynagoge. Bei Baggerarbeiten im Rahmen des Sanierungsprojekts Großhesseloher Wehr wurden seit dem 28. Juni 2023 rund 350 Tonnen Abbruchmaterial der Synagoge aus einer Tiefe von zwei bis acht Metern aus der Isar geborgen. Der Fund aus der un-

rühmlichen NS-Vergangenheit der Hauptstadt der Bewegung war dahingehend eine Sensation, als man bisher davon ausging, dass die Abbruch- und Sprengarbeiten einer regimetreuen, renommierten Münchner Baufirma so gründlich gewesen sind, dass keine Reste der Hauptsynagoge mehr vorhanden waren. Der Fund im Isarbett ist daher von unschätzbarem Wert für die weitere Aufarbeitung dieser dunklen Zeit. An dieser Aufarbeitung will die heutige Geschäftsführung der Nachfolgefirma mitwirken.

Eindeutig identifiziert

Denn was haben Geschichte und Internet gemeinsam? Beide vergessen nie, selbst wenn sie im WorldWideWeb bzw. in den Tiefen eines reißenden Flusses verschwinden sollen. Das zufällige Wiederauftauchen rührt an verarbeitete Wunden, die dann wieder schmerzen. Auf Befehl Hitlers wurde das jüdische Gotteshaus bereits am 9. Juni 1938 in einem Akt der Barbarei und noch vor der Reichsprognostik (9. November 1938) als erste Synagoge im Dritten Reich überhaupt dem Erdboden gleichgemacht. Das durch hebräische Inschriften eindeutig identifizierbare Abbruchmaterial (z.B. eine weitgehend unbeschädigte Gesteinstafel aus Marmor mit den Zehn Geboten) wurde auf firmeneigenen Flächen gelagert. Als Mitte der 1950-er Jahre Sanierungsarbeiten beim Großhesseloher Wehr an eben diese Baufirma vergeben wurden, boten sich die historisch belastenden Trümmer der Synagoge als Schüttmaterial perfekt an, um sie endgültig verschwinden zu lassen. Sie wurden zur Auffüllung einer Ausspülung (eines Kolks) am Wehr Großhesselohe in die Isar nach dem Motto „Aus den Augen aus dem Sinn“ entsorgt. Die so von belastendem Material freigeräumten Lagerflächen wurden in den 1970-er Jahren von der Stadt München für die Bundesgartenschau erworben und bilden heute großteils den Münchner Westpark. Ob sich unter dem Westparkgelände noch weitere Synagogenruinen befinden, ist unklar.

Die aus der Isar geborgenen Relikte der Synagoge lagern derzeit bei den Stadtwerken München und sollen in den nächsten zwei Jahren unter der Leitung des Landesamtes für Denkmalpflege unter anderem von Experten des Jüdischen Museums München wissenschaftlich untersucht und katalogisiert werden. JK

Stadt Geretsried:

Weltweit erster kommerzieller Eavor-Loop™

Loop-Technologie als Gamechanger für die Wärmewende

Spitzenpolitiker der Bundesregierung und der bayerischen Landesregierung zeigten starkes Interesse an der innovativen Geothermie von Eavor. Bundeskanzler Olaf Scholz, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger haben sich im bayerischen Geretsried über die Technologie und den Stand der Bohrarbeiten informiert. Eavor™ baut dort ein erstes kommerzielles Geothermiekraftwerk mit der neuartigen Loop-Technologie, einem geschlossenen unterirdischen Kreislauf. Ohne Fündigkeitsrisiko und standortunabhängig können mit der Loop-Technologie überall in Deutschland und weltweit strom- und wärmefähige Geothermiekraftwerke entstehen, als grundlastfähige Ergänzung zu Sonne und Wind. Geothermie kann damit zur dritten Säule der erneuerbaren Energieversorgung werden. Scholz hob die Bedeutung von Innovationen für die Energie- und Wärmewende in Deutschland hervor.

„Auch Erdwärme kann die Energiewende voranbringen. Sie sollte eine bedeutendere Rolle spielen als bisher. Wenn wir neuen Ideen und Projekten für die Nutzung von Erdwärme eine Chance geben, wird daraus neu-

er Wohlstand entstehen. Deshalb wünsche ich Ihnen und uns allen, dass Deutschland das erste Land in Europa wird, in dem der Eavor-Loop in einem nennenswerten Maßstab funktioniert,“ sagte Scholz anlässlich des Festakts für



v.l.: Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger.

Bild: Roland Horn

die Projekteinweihung für den ersten kommerziellen Eavor-Loop™. Gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder hatte Scholz zuvor den Bohrplatz in Geretsried besichtigt. Die Gäste aus der Politik wurden von Daniel Mölk, Europachef von Eavor™, sowie von John Redfern, Präsident und CEO Eavor™ Technologies Inc., über den Bohrplatz geführt. Wichtiges Thema war das Potenzial der neuen Technologie.

Lösung für viele Akteure

„Mit unserer Art der geothermischen Energiegewinnung sinken die Anforderungen an die Standorte. Wir benötigen kein Thermalwasser. Wir sind die Lösung für sehr viele Akteure. Mit uns wird die skalierbare Geothermie zur dritten Säule der erneuerbaren Energien, nach Wind und Solar. Wir haben das Potenzial mit unserer Technologie zum Gamechanger zu werden“, erklärte Daniel Mölk.

Der CEO des kanadischen Mutterunternehmens Eavor™ Technologies Inc. John Redfern, betonte die globale Bedeutung der Technologie. „Eavor beendet global die Abhängigkeit von Energieimporten. Jedes Land kann mit unserer Technologie unabhängig werden. Das wird nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch geopolitisch die Beziehungen gravierend verändern.“

Eavor™ ist mit Stadtwerken mehrerer großer deutscher Städ-

te über Partnerschaften für die Wärmewende im Gespräch.

Das Projekt des Eavor-Loop™ in Geretsried ist auch im Fokus der Förderaktivitäten der EU-Kommission. Das Vorhaben erhält einen Zuschuss in Höhe von 91,6 Millionen Euro vom Europäischen Innovationsfonds.

Beim Bau des Eavor-Loop™ in Geretsried arbeitet Eavor™ mit zwei parallel betriebenen Bohrtürmen. Diese bohren zunächst vertikal bis in eine Tiefe von ca. 4.500 Metern. Dort werden die Bohrungen horizontal aufgefächert. Es entstehen mehrere parallele Abzweigungen, die jeweils ca. 3.300 Meter lang sind. Die Besonderheit besteht darin, dass Eavor™ in der Tiefe die Bohrungen miteinander verbindet und versiegelt, so dass unterirdische Wärmeschleifen entstehen. Eine Verbindungsstelle ist dabei nicht größer als ein DIN-A4-Blatt Papier.

Der Eavor-Loop™ ähnelt in der Funktionsweise einem unterirdischen Wärmetauscher. Es zirkuliert selbstständig ein Wärme-medium im Tiefengestein. Damit können Geothermieprojekte dort entwickelt werden, wo keine Thermalwasservorkommen vorhanden sind. Ein Eavor-Loop™ kann praktisch überall entstehen. Weil kein Thermalwasser nötig ist, gibt es kein Fündigkeitsrisiko. Wo gebohrt wird, fließt hinterher auch Energie.

In Geretsried wird diese erneuerbare Energieform zukünftig die gesamte Region mit Fernwärme und Elektrizität versorgen. □

dena-Analysen:

Bioenergie im Blickpunkt

Einen umfassenden Einblick in die Entwicklung und Geschäftslage des Bioenergiemarktes bieten die von der Deutschen Energie-Agentur (dena) jüngst veröffentlichten Analysen „Marktmonitoring Bioenergie Teil 2“ und „Branchenbarometer Biomethan“. Die Ergebnisse zeigen: Künftig steht die Bioenergiebranche vor neuen Herausforderungen und Möglichkeiten. Die Marktteilnehmer sehen vor allem Prozesswärme, flexible Stromerzeugung und Biokraftstoffe als prioritäre Einsatzfelder der Bioenergie. Doch wechselnde regulatorische Rahmenbedingungen sorgen für Zurückhaltung bei Investitionen.

Konkret hat die Bioenergie als zentraler Baustein der deutschen Energiewende dena zufolge im Jahr 2022 74 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente im Vergleich zu fossilen Energieträgern eingespart.

Rückgang kurzfristiger Nutzung

Zwei Drittel der insgesamt erzeugten Energie aus Biomasse, also etwa 169 von insgesamt 253 Terrawattstunden (TWh), wurden zu Wärmeecken eingesetzt, ca. 50 TWh für Strom und ca. 34 TWh als Kraftstoff im Verkehrssektor. Obwohl einige Regelungen zur Bioenergienutzung während der Energiekrise vorübergehend gelockert wurden, ging die kurzfristige Nutzung im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht um 3 TWh zurück.

Hersteller stark unter Druck

Die jeweiligen Anwendungsbereiche sahen sich dabei diversen Schwierigkeiten ausgesetzt. Negativ beeinflusst wurde die Biokraftstoffbranche laut Analyse vor allem durch den Import von vermeintlich fortschrittli-

chen und günstigen Biokraftstoffen aus China, die das Geschäftsmodell deutscher Hersteller nach wie vor stark unter Druck setzt. Auch die weitergehende Debatte um den Ausschluss von nachwachsenden Rohstoffen trübe die Zukunftsaussichten zusätzlich, stellt die Deutsche Energie-Agentur fest.

Positive Entwicklung

Eine Steigerung erfuhr die Nachfrage nach gasförmiger Bioenergie. Bei Biomethan führte dies nach dena-Angaben dazu, dass vereinbarte Mengen teilweise nicht mehr geliefert werden können, da nur noch geringe ungebundene Mengen im Markt verfügbar sind und Neuverträge daher nur schwer zu bedienen sind. Ausschlaggebend für das Allzeithoch sind die stetige positive Entwicklung im Kraftstoff- und Wärmemarkt sowie die steigenden internationalen Handelsaktivitäten. Aufgrund des perspektivischen Anstiegs der CO₂-Preisung im Zuge des Brennstoffemissionshandlungsgesetzes nimmt die Wettbewerbsfähigkeit von Biomethan gegenüber Erdgas perspektivisch weiter zu. DK



Das bisherige Großhesseloher Wehr und die Anlage nach dem Umbau mit der Fischtreppe (am Ufer rechts).



Bild: cam.p-solutions

Windenergie:

Mögliche Suchflächen identifiziert

RPV beschließt Steuerungskonzept zur Windenergienutzung und präsentiert Regionskarte mit potenziellen Suchflächen

Der Regionale Planungsverband München (RPV) stellt ein Steuerungskonzept zur Windenergienutzung im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans auf. Mit diesem Beschluss leiten die Mitglieder auf ihrer Sitzung im Münchner Rathaus das Verfahren formal ein. Bestandteil des Konzepts sind regionale Vorranggebiete für Windenergie. Der RPV präsentierte eine erste Karte mit möglichen Suchflächen in der Region München, die etwa 7,4 Prozent der Regionsfläche betragen. Mit diesen Flächen gilt es, ein landschaftsbildverträgliches Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Die vorgestellte Karte liefert einen Überblick über die Flächenpotenziale, die grundsätzlich für Windenergieanlagen in Frage kommen, und deren Verteilung in der Planungsregion München. Insgesamt sind das rund 400 Quadratkilometer (7,4 Prozent) bei einer Regionsfläche von 5.501 Quadratkilometer. Zusammenhängende, teils sehr große Flächen, liegen im Süden und im Südosten der Region, in den Landkreisen Landsberg am Lech, Starnberg, München und Ebersberg. Dies sind überwiegend große Waldgebiete. Zudem enthält die Karte kleinere Flächen ab einer Größe von zwei Hektar, die über die Region verteilt liegen. Die Karte bildet die Basis für die Ausweisung konkreter Vorranggebiete.

Nicht alle Flächen gleich gut geeignet

Nicht alle der ausgewiesenen Flächen eignen sich gleich gut für Windenergie. Einige Flächen sind mit Hindernissen versehen, zum Beispiel hinsichtlich des Artenschutzes, ziviler Luftfahrt und militärischer Restriktionen sowie Trinkwasserschutz. Ob diese Flächen für Windenergieanlagen herangezogen werden können, ist noch zu klären, da noch nicht alle Informationen vollständig vorliegen. „Wir wollten die Flächen nicht von vornherein für die Nutzung von Windenergieanlagen verbieten. So haben wir mehr Spielraum, um die vorgegebenen Flächenziele zu erreichen, denn das wird noch ein herausfordernder Abstimmungsprozess“, führt RPV-Geschäftsführer Marc Wißmann aus.

Markt Indersdorf:

Energie-Kommune des Monats August

Die Agentur für Erneuerbare Energien hat den oberbayerischen Markt Indersdorf als Energie-Kommune des Monats August ausgezeichnet. Laut AEE geht der Ausbau des privaten Wärmenetzes Hand in Hand mit Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt. Kommunalpolitik, lokale Betriebe und Bürger gestalten die Entwicklung der Gemeinde und damit auch den Klimaschutz sowie die Energiewende vor Ort gemeinsam. Allein durch ein zusätzliches Fernwärmenetz für 120 Haushalte würden jährlich 750 Tonnen CO₂ eingespart.

Bereits seit 2016 wird in der ländlich geprägten Kommune im Landkreis Dachau bilanziell etwa so viel erneuerbarer Strom produziert, wie auch verbraucht werden kann. Seitdem werden gerade im Bereich Solar- und Bioenergie die Kapazitäten konsequent erweitert.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz

Neben dem Ausbau der umweltschonenden Wärmeinfrastruktur und der Produktion von erneuerbarem Strom setzt die Verwaltung auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Kommune um. Entsprechend eines Beschlusses des Marktgemeinderats und gefördert über das Förderprogramm Kommunalrichtlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz wird im Markt seit 2022 der Neubau eines Vorklärbeckens sowie einer Faulung mit angeschlossenem Blockheizkraftwerk realisiert.

Das sich im Faultrum bildende

Herausforderung Landschaftsbild

Eine besondere Herausforderung der Regionalplanfortschreibung sieht Wißmann in der Aufgabe, ein mit dem Landschaftsbild der Region München verträgliches Gesamtkonzept zu erarbeiten. „Wir möchten eine Zersiedelung unserer Landschaft durch Windenergieanlagen und eine Umzäunung von Dörfern verhindern. Standorte, die für Windenergie vorteilhaft scheinen, sind dies nicht unbedingt für das Landschaftsbild und die Menschen. Daher brauchen wir ein räumliches Konzept, das neben Aspekten wie Arten-, Natur- und Denkmalschutz auch Blickrichtungen in Wohngebieten und die Sichtbeziehung zu den Alpen berücksichtigt“, erläutert Wißmann.

Das Steuerungskonzept zur Windenergienutzung entsteht durch die Auswahl von Vorranggebieten für Windenergie aus den potenziellen Suchflächen. Dies erfolgt anhand von Abwägungskriterien etwa hinsichtlich Landschaftsbilds, Relief, räumlicher Verteilung der Vorranggebiete sowie Naturschutz, Wasserwirtschaft und kommunaler Projektplanungen der RPV-Mitglieder. Weiterhin gehen Meldungen der Mitglieder beim RPV ein.

Ausschlusskriterien

Thomas Bläser, Regionsbeauftragter für die Region München bei der Regierung von Oberbayern, erläuterte die Vorgehensweise bei der Erstellung der Karte. Herausgenommen wurden anhand bestimmter Kriterien

alle Flächen, die für Windräder ungeeignet sind. Neben Flächen mit wenig Windpotenzial (Windhöflichkeit) gehören dazu beispielsweise Naturschutzgebiete, Biotope, Fließ- und Standleichgewässer, Wasserschutzgebiete der Zonen I und II sowie Naturwaldflächen ebenso wie Abstände zu Siedlungsgebieten, zu militärischen Liegenschaften, zu Infrastrukturen wie Straße und Strom, Bahn, zu Flughäfen und zu geschützten Denkmälern und wissenschaftlichen Messstationen. Diese Abstände hat der RPV in Abstimmung mit dem eingesetzten Beirat auf Basis einer Referenzwindenergieanlage mit einer maximalen Gesamthöhe von 266,5 Metern ermittelt.

Erhöhte Mindestabstände zu reinen Wohngebieten ohne Kleingeschäfte sowie zu Krankenhäusern können nicht berücksichtigt werden. Den Lärmschutz garantiert jedoch im Einzelfall ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz, das beim geplanten Bau eines Windrads gefordert ist.

Nächste Schritte

Die Phase der Identifizierung ist abgeschlossen; das Ergebnis ist die Regionskarte möglicher Suchflächen. RPV-Geschäftsführer, Regionsbeauftragter und Beirat erarbeiten auf dieser Basis anhand der Abwägungskriterien ein Steuerungskonzept zur Windenergienutzung, das konkrete Vorschläge für Vorranggebiete ausweist. Im Rahmen einer informellen Vorklärung sollen alle RPV-Mitglieder und einzelne Träger öffentlicher Belange frühzeitig eingebunden werden, um einen politischen Konsens zu schaffen.

Im nächsten Schritt, frühestens 2024, startet das formale Beteiligungsverfahren, gefolgt von einer zweiten Anhörung. Am Ende steht die verbindliche Erklärung zur Änderung des Regionalplans hinsichtlich der Teilfortschreibung.

tenvielfalt vor Ort. Konkret heißt das, dass neben rund drei Hektar Blühstreifen entlang der Maisfelder auf weiteren 15 Hektar Pflanzen angebaut werden, die zahlreichen Insekten als Nahrungsquelle und Rückzugsort dienen. Nach der Ernte im September werden die Pflanzen zur Herstellung von Biogas genutzt. Die Gärreste können im Folgejahr wieder auf den Feldern als Dünger zum Einsatz kommen.

In den nächsten Jahren ist keine Trendwende dieser dynamischen Entwicklung in Sicht. Im März 2023 wurde etwa mit der Bürgerenergiegenossenschaft „Dachauer Land“ als Gemeinschaftsprojekt der Gemeinden Altomünster, Markt Indersdorf und Hilgertshausen das Fundament für eine noch größere Beteiligung an der Energie- und Wärmewende gelegt. Hier ist u.a. der Markt Indersdorfer Bürgermeister Franz Obesser als stellvertretender Vorsitzender beteiligt. In Zukunft können Bürger des Landkreises über den Erwerb von Geschäftsanteilen zum Stückpreis von lediglich 100 Euro die lokale Energiewende mitgestalten und von dieser profitieren.

An Zukunftsprojekten made in Markt Indersdorf mangelt es nicht: Neben der Errichtung zweier Blockheizkraftwerke ist außerdem ein Solarpark für die Produktion von grünem Wasserstoff geplant. **DK**

Die Gesetzeslage

Bis Ende 2027 muss der RPV mindestens 1,1 Prozent seiner Regionsfläche als Vorranggebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen ausweisen. Das sind 60 Quadratkilometer. Bis Ende 2032 muss der Freistaat Bayern in Summe bayernweit 1,8 Prozent seiner Landesfläche ausweisen. Wie das auf die 18 bayerischen Planungsregionen verteilt wird, ist noch offen. Die Ausweisung regionaler Vorranggebiete für Windenergie regelt der Freistaat Bayern im Landesentwicklungsprogramm (LEP). Dessen Novellierung trat am 1. Juni 2023 in Kraft und bildet für den RPV die rechtliche Grundlage, den Regionalplan für Windenergie fortzuschreiben.

Suchflächen Windenergie

Die Karte steht zum Download unter: https://www.region-muenchen.com/fileadmin/region-muenchen/Dateien/Pdf/Downloads/Pressemitteilungen/RPV_Suchflaechen_Windenergie.pdf.

Erläuterung Karte: Die Karte weist mögliche Suchflächen für Windenergieanlagen und deren Verteilung in der Planungsregion München aus: dunkelblau für Flächen größer zehn Hektar; hellblau für Flächen zwischen zwei und unter zehn Hektar. Herausgenommen sind Flächen, die für Windenergieanlagen überhaupt nicht in Frage kommen. Die dunkelgrün schraffierten Flächen enthalten besondere Hindernisse für Windenergieanlagen hinsichtlich Artenschutz, Flugsicherung und Trinkwasserschutz.

Kartengrundlage: ALKIS-Verwaltungsgebiete des BYLFS, 2023; Datenverarbeitung und Darstellung: Thomas Bläser, Regierung von Oberbayern. **□**



Neue Nationalgalerie, Berlin.

Bild: SEW

Neuen Nationalgalerie, Berlin:

Effizient durch Nachrüstung

Die modulare Einbringung der GSWT®-Technologie, ohne zusätzliche bauseitige Öffnungen in der Lüftungszentrale und im Museumsbau, ist die Herausforderung in der Neuen Nationalgalerie in Berlin gewesen. Diese erfolgreiche Umsetzung zeigt, wie durch geschickte Planung und Anpassung der Technologie, an die bestehende Infrastruktur, erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden konnten und eine energetische Sanierung im Bestand reibungslos funktionierte.

Dank des innovativen Kreislaufverbundsystems von SEW® konnte die Neue Nationalgalerie in Berlin signifikante Leistungseinsparungen erzielen. Bei einer Außenluftleistung von 55.000 m³/h verbesserte sich die Energieeffizienz, zudem wurden Platz und Aufwand reduziert.

Eine Besonderheit dieser energetischen Sanierung im Bestand ist, dass keine zusätzlichen bauseitigen Öffnungen für die Installation erforderlich waren. Dies bedeutet, dass die Nationalgalerie ihre Lüftungstechnischen Anlagen erheblich verbessern konnte, ohne die bestehende Infrastruktur zu verändern. Gerade dies war bei der Sanierungsplanung, bei dem bedeutenden Museumsbau des Architekten Ludwig Mies van der Rohe, ein zentraler Punkt.

Der Einbau musste in bestehende und gemauerte Lüftungskammern erfolgen. Die GSWT-Module wurden individuell an die örtlichen Gegebenheiten angepasst (zum Beispiel zwischen den Betonstützen) und konnten in einzelne Schichten bzw. in vormontierte Rahmen eingestülpt werden, passend zur Größe der beengten Einbringwege.

Die eingebrachte Wärmerückgewinnung von SEW erfolgt aus zwei Abluftkammern, die gemeinsam über ein Kreislaufverbundsystem verbunden wurden. Auch die Verbindung der Kammern erfolgte problemlos über eine längere Entfernung im Gebäude. Virtuelles Modell:

www.sew-kempen.de/nng **□**

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben



Landrätin Rita Röhl mit den Bürgermeistern, Referenten und den Teilnehmern aus der Verwaltung.

Bild: Iris Gehard / Landratsamt Regen

Landkreis Regen:

Strategietag auf dem Harlachberg

Landrätin Rita Röhl und Landkreis-Bürgermeister thematisieren Gesundheitsversorgung, Verwaltungsdigitalisierung und Erneuerbare Energien

Bodenmais. Auf Initiative von Landrätin Rita Röhl und Bodenmairer Bürgermeister Joli Haller als Kreisvorsitzender des Gemeindetages trafen sich alle Bürgermeister im Landkreis Regen mit der Landrätin und den Fachstellen des Landratsamts zu einem Strategietag auf der Gutsalm Harlachberg.

Als erstes Thema stand die Gesundheitsversorgung im Arberland auf der Tagesordnung. „Es geht zuerst darum, festzustellen, wie die Lage in den Kommunen ist, etwa im Bereich Hausärzte. Dann müssen wir erörtern, ob der Wunsch besteht, dass der Landkreis mit seinen Einrichtungen und Kompetenzen im Gesundheitswesen tätig wird, oder ob es passende Strukturen in den Gemeinden gibt und der Landkreis nur beraten soll“, erläuterte die Landrätin. Grundlage der Diskussion bildeten Vorträge von Melanie Feldmann, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregion plus, und Christian Schmitz, Vorstand der Arberlandkliniken. Sie gaben einen Überblick über die aktuelle Situation hinsichtlich Fachkräftemangel und bei der ambulanten, stationären und Notfallversorgung. Auch mögliche Folgen der Reformen auf Bundesebene wurden thematisiert. Nach einem angeregten Austausch einigten sich die Anwesenden darauf, dass die Kommunen die Problemstellungen und den Bedarf gemeinde-spezifisch eruieren und bündeln. „Nach der Rückmeldung aus den Gemeinden, um die ich baldmöglichst bitte, werden wir uns mit dieser Thematik dann in einer Bürgermeisterrunde im Oktober weiter befassen und mit Frau Feldmann beraten“, so Joli Haller. In der nächsten Phase sollen dann weitere Akteure wie Apotheken mit eingebunden werden.

Digitalisierung als Standortfaktor

Als nächstes stellte Reinhard Wöfl von der Gruppe Verwaltungsdigitalisierung am Landratsamt Möglichkeiten vor, Bürgeranträge, aber auch Prozesse im Amt zu digitalisieren. In einem anschließenden Vortrag betonte Judith Weinberger-Singh, die Leiterin der Kreisentwicklung Arberland, die Bedeutung der Digitalisierung als Standortfaktor für die Region. „Wir müssen uns bewusst machen, was das Arberland als Wirtschaftsstandort ausmacht und dass die Digitalisierung hier als wichtige Stellschraube fungiert“, so Weinberger-Singh. „Eine bessere digitale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, das würde für uns bedeuten, wir könnten von dem hohen Wertschöpfungspotenzial in diesem Bereich profitieren.“

Abschließend thematisierte der Klimaschutzmanager des Landkreises, Alexander Achatz, die Chancen erneuerbarer Ener-

gieien für den Landkreis und verwies auch auf die rechtlichen Vorgaben, etwa aus dem Bayerischen Klimaschutzgesetz. „Jedem von uns wäre es recht, wenn es bei der Energieversorgung wäre wie früher. Aber ich glaube nicht, dass die energetisch guten Zeiten wiederkommen – und es ist an uns, die Versorgungssicher-

Heimat braucht Kreativität und Kunstsinn

Bezirk Unterfranken würdigt Dr. Brigitte Schad und Bernhard Schlereth mit dem Kulturpreis

Kitzingen. Mit dem Kulturpreis der Unterfränkischen Kulturstiftung hat der Bezirk Unterfranken Bernhard Schlereth und Dr. Brigitte Schad ausgezeichnet. Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel betonte in seiner Ansprache, dass er „mit großem Interesse und Bewunderung“ die Arbeit der beiden Preisträger in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verfolgt habe. Kultur lebe nicht nur von Gebäuden und Denkmälern, sondern vor allem von den Leuten, die sie mit Leben füllen, so Dotzel weiter.

„Der Kunstskandal vor über 60 Jahren, bei dem Farbe von oben über eine Leinwand gegossen wurde, markierte den Anfang einer geistigen Aufbruchstimmung“, begann Dr. Thomas Schauerte seine Laudatio auf Dr. Brigitte Schad. „Sie waren damals live dabei, es war wahrscheinlich auch die Initialzündung für Ihr künstlerisches Engagement“, resümierte Schauerte. In den 70er-Jahren begann sie mit der Arbeit an ihrer Dissertation „Quellenverwandlung beim frühen Brentano“, die 1983 veröffentlicht wurde.

Die Leitung der Jesuitenkirche habe sie als „die Chance ihres Lebens“ begriffen, sagte Schauerte in Richtung der Preisträgerin. In den zwölf Jahren als Leiterin der Aschaffener Kunsthalle gelang es ihr immer wieder hochkarätige Ausstellungen, mit dem Schwerpunkt Gegenwartskunst, an den Untermain zu holen.

Angemessene Erinnerungskultur

Mit Blick auf ihre Pensionierung sagte Schauerte: „Das war die Möglichkeit nochmal richtig durchzustarten“. Als Mitbegründerin und Vorsitzende des Kirchnerhausvereins trug Schad maßgeblich dazu bei, dass dem Aschaffener Ernst-Ludwig-Kirchner, einer der bedeutendsten Expressionisten bundesweit, in seinem Geburtshaus eine angemessene Erinnerungskultur geschaffen wurde.

„Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass Brigitte Schad ihr gesamtes Leben der Erforschung, Pflege und der Vermittlung der

heit sicherzustellen“, fasste die Landrätin die Aufgabenstellung für Landkreis und Kommunen zusammen. Intensiv diskutierten die Anwesenden auch über die Möglichkeiten bei Gründung einer Energiegenossenschaft, ein Thema über das sich der Landkreis in einer kürzlichen Veranstaltung mit Gästen von der Energiegenossenschaft Neue Energien West eG aus Grafenwöhr bereits informiert hatte. Auch mit diesem Thema wollen sich die Gemeinden in weiteren Gesprächen auseinandersetzen. □

„Ein Funktionär, der funktioniert“

Für den zweiten Preisträger hätte der Ort wohl nicht passender sein können. Zur Verleihung des Kulturpreises an Bernhard Schlereth – den meisten bekannt aus dem Quoten-Hit des Bayerischen Rundfunks „Fastnacht in Franken“ – kam die unterfränkische Fastnachtsprominenz nach Kitzingen in die Fastnacht-Akademie. Und wer wäre besser geeignet, als Peter Kuhn, die Laudatio auf den langjährigen Präsidenten des Fränkischen Fastnachtverbands zu halten. Gewohnt gewitzt und perfekt pointiert hielt er die Lobrede auf Bernhard Schlereth: „Bernhard wirkte sehr beflissen – vielmehr hinter den Kulissen. Und fällt auch die

Kultur in und um Aschaffenburg gewidmet hat“, sagte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in seiner Ansprache. „Auf diese Weise haben Sie einen außerordentlichen Beitrag zur Präsentation unseres heimatlichen kulturellen Erbes geleistet“, dankte Dotzel der Preisträgerin.

Weichenstellung vor 60 Jahren

Die so Gewürdigte bedankte sich bei allen Unterstützern, allen voran ihrer Familie und den „Getreuen des Kirchnerhauses“. Die Furore vor über 60 Jahren seien tatsächlich die Weichenstellung für ihr künstlerisches Schaffen gewesen. Schad sagte, sie habe sich immer als Fränkin begriffen und sieht den Kulturpreis auch als Preis für ganz Unterfranken.

„Ein Funktionär, der funktioniert“

Für den zweiten Preisträger hätte der Ort wohl nicht passender sein können. Zur Verleihung des Kulturpreises an Bernhard Schlereth – den meisten bekannt aus dem Quoten-Hit des Bayerischen Rundfunks „Fastnacht in Franken“ – kam die unterfränkische Fastnachtsprominenz nach Kitzingen in die Fastnacht-Akademie. Und wer wäre besser geeignet, als Peter Kuhn, die Laudatio auf den langjährigen Präsidenten des Fränkischen Fastnachtverbands zu halten. Gewohnt gewitzt und perfekt pointiert hielt er die Lobrede auf Bernhard Schlereth: „Bernhard wirkte sehr beflissen – vielmehr hinter den Kulissen. Und fällt auch die

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Gemeinde Gebenbach gehört zur Verwaltungsgemeinschaft Hahnbach und hat 870 Einwohner. Außerdem bin ich Kreisrat für den Landkreis Amberg-Weizsach.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 1. Mai 1996 bin ich ehrenamtlicher Bürgermeister. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach wie vor bin ich Softwareentwickler bei einer großen Optikerkette. Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich komme aus einem politisch interessierten Elternhaus und habe früh ehrenamtlich Tätigkeiten in verschiedenen Vereinen übernommen.

Peter Dotzler

Erster Bürgermeister der Gemeinde Gebenbach

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Vor meiner Amtszeit als Bürgermeister war ich bereits sechs Jahre Gemeinderatsmitglied. Außerdem besuche ich laufend kommunalpolitische Seminare.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die gesamte Gemeinde sollte endlich an die Kanalisation angeschlossen werden. Im Rahmen der Agenda 21 wurde ein Leitbild erstellt. Die Dorferneuerung musste in allen Ortsteilen abgeschlossen werden und wir haben mit neun Nachbargemeinden die kommunale Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE) gestartet.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

In der AOVE arbeiten wir weiterhin zusammen. Die Windenergieplanung kommt voran und aufgrund der neuen Betreuungspflicht müssen wir die Ganztagsbetreuung der Grundschul Kinder regeln. Wegen des Strukturwandels in der Landwirtschaft (leere Hofstellen) gehen wir die Innenentwicklung der Dörfer an. In allen Ortsteilen soll Glasfaser verlegt werden. Gleichzeitig planen wir ein Nahwärmenetz (betrieben mit Biogas-Wärme). Weiterhin wird eine gesplittete Abwassergebühr eingeführt, wir weisen ein Gewerbegebiet für örtliche Firmen aus und schaffen Bauland für die heranwachsende Generation vor Ort.

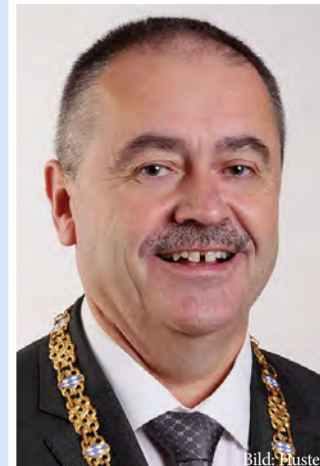


Bild: Kuster

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Aufgrund der neuen Gesetzeslage müssen wir uns mit der kommunalen Wärmeplanung beschäftigen und die Energieversorgung vor Ort mit erneuerbarer Energie optimieren. Dazu ist ein interkommunaler Aufbau von Regionalwerken mit erneuerbarer Energieerzeugung und bürgerfreundlichen Stromtarifen in der Planung. Die Zusammenarbeit in der AOVE wird kontinuierlich ausgebaut. Besonders wichtig ist uns die Unterstützung und Förderung der

Vereine sowie des ehrenamtlichen Wirkens vor Ort für eine lebenswerte Heimat.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ruhe und Gelassenheit ist sehr wichtig, denn das Hamsterrad dreht sich immer schneller. Über manche Konflikte oder Probleme sollte man erstmal eine Nacht darüber schlafen. Gegenseitiger Austausch mit Mitarbeitern und Mitstreitern auf Augenhöhe hilft um sich in den anderen hineinzuversetzen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Für die Bürger ist die Gemeinde ein Dienstleister. Hilfreich ist ein ehrlicher Umgang mit Bürgerwünschen. Voreilige Versprechen sollten nicht abgegeben werden. Für die Suche nach guten Lösungen ist der gegenseitige Meinungsaustausch sehr wichtig; insbesondere auf den verschiedensten Veranstaltungen, Sitzungen und Treffen. Für die Bürger gibt es bei uns verschiedene Kommunikationskanäle und eine regelmäßige Sprechstunde im Rathaus und natürlich die Bürgerversammlung und Info-Versammlungen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung spielt zum einen im Bereich der Kommunikation eine immer größere Rolle. Erleichterung für die Bürger kann es durch entfallende Dienstgänge geben. Es sind jedoch noch viele Schritte für die Verwaltungen notwendig, um auch Erleichterung für die Mitarbeiter zu erreichen.

Der digitale Wahlgang lässt immer noch auf sich warten, damit nach Schluss der Wahllokale auf Knopfdruck das Wahlergebnis bekanntgegeben werden kann. Durch Digitalisierung nimmt auch der direkte Kontakt zum Bürger ab.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Leben und leben lassen

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als normaler Mitbürger von nebenan und als Dienstleister für die Bevölkerung. □

„Bademantel-Challenge“ der Deutschen Demenzhilfe

Steins Bürgermeister Kurt Krömer unterstützt die Aktion

In Deutschland leben aktuell rund 1,8 Mio. Menschen mit Alzheimer oder einer anderen Form der Demenz. Tendenz steigend. Bezogen auf den Landkreis Fürth sind es rund 2000 Menschen ab 65 Jahren.

Das entspricht rund sieben Prozent der Einwohner. Es sind alarmierende Zahlen, weshalb nun mit einem Bademantel als Symbol auf diese Situation aufmerksam gemacht wurde. So startete Anfang September die bundesweite Aktion mit dem Namen „Bademantelchallenge - Für ein Leben ohne Demenz“. Auch Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer schlüpfte dafür in den Bademantel.



Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer schlüpfte für die Aktion in den Bademantel. Bild: Stadt Stein

„Das Thema Demenz wird in unserer Gesellschaft immer präsenter. Mit dieser Aktion wollen wir zum einen darauf aufmerksam machen, dass die Betroffenen, aber auch Angehörigen Hilfe benötigen. Zum anderen haben wir uns überdies auf den Weg gemacht, eine demenzfreundliche Kommune zu werden. So haben wir einen Arbeitskreis gegründet, der sich diesem Thema annimmt. Unsere in Stein ansässige Fachstelle für pflegende Angehörige bietet überdies Beratung und Unterstützung für alle Betroffenen“, so das Stadtoberhaupt.

Hintergrund der Aktion

Bei der Bademantelchallenge geht es darum, sich im Bademantel öffentlich und an dafür ungewöhnlichen Orten zu fotografieren, dieses Bild per Social Media unter dem Hashtag #bademantelchallenge zu teilen und Andere zu nominieren, an der Aktion mitzumachen. Der Stiftungsfonds Deutsche Demenzhilfe möchte mit dieser Initiative dem Thema Demenz eine öffentliche Bühne geben und um Spenden für die Demenzforschung werben. Informationen: www.dzne-stiftung.de □

Bezirk Niederbayern:

Gegen Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich im Austausch mit DEHOGA-Kreisvorsitzender Henrike Winbeck

Ende des Jahres läuft die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie aus. Dann werden Schnitzel, Käseplatte, Pizza und Co. wieder mit 19 Prozent besteuert anstatt mit vorübergehend sieben Prozent. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich sieht dadurch einen gravierenden Nachteil für die Gastronomiebetriebe, für die Gäste und für die gesamte Region, gerade im Bäderdreieck, und kämpft gegen die Mehrwertsteuererhöhung. Auch die für die Kinder so wichtige gesunde Kita- und Schulverpflegung wird sich verteuern und trifft dann Familien besonders hart. In einem offenen Brief hat Dr. Heinrich sich an alle Bundestagsabgeordneten der Ampel in Niederbayern gewendet. Auch mit Henrike Winbeck, DEHOGA-Kreisvorsitzende von Rottal-Inn, hat er sich nun zum Austausch getroffen.

Der Bezirkstagspräsident kann am Zweckverband Thermalbad Bad Birnbach sehen, wie sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auswirken wird. Die eigenbetriebene Gastronomie der Rottal-Terme würde aufgrund der Steuererhöhung für Speisen von sieben auf 19 Prozent für das kommende Jahr von einer Steuererhöhung in Höhe von rund 80.000 Euro betroffen sein, so die Schätzung von Thermen-Geschäftsführer Franz Altmannspurger. „Ich sehe aber auch die Entwicklung für private Betriebe mit großer Sorge. Sie wurden durch die Pandemie schon genug gebeutelt“, sagte Dr. Heinrich im Gespräch mit Henrike Winbeck. „Wir müssen den Verantwortlichen der Ampel-Regierung klarmachen, was auf dem Spiel steht.“

Die DEHOGA-Kreisvorsitzende sieht dies genauso. „Für viele könnte die Erhöhung der Mehrwertsteuer existenzbedrohend sein.“ „Am Stammtisch sagt so mancher, das sei für uns Wirte doch nur ein durchlaufender Posten, aber so ist es nicht: Ich kaufe die Ware mit sieben Prozent Steuer ein, und mit 19 Prozent muss ich es dann versteuern.“ Ein Schnitzel werde dann in Zukunft noch einmal 19 Prozent mehr kosten, und da sei noch gar keine Lohnerhöhung und gestiegener Energiepreis eingerechnet – weitere Herausforderungen der Branche, die ohnehin mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen habe und oft einen Ruhetag pro Woche mehr einlegen müsse, als ihr lieb ist.

Appell an Ampel

Der Bezirkstagspräsident hat auch Angst um die Betriebe in der Region. Nicht nur, dass es bit-

ter sei, wenn Familienbetriebe aufgeben müssen: „In einer Gegend, die durch die Bäder so frequentiert ist, ist das ein großes Problem.“ Auf Nachfrage sagte Winbeck, dass die 19 Prozent nicht nur die künftige Investitionskraft der Gasthäuser und Hotels gefährden, sondern zum Teil auch den laufenden Betrieb. Dies schwäche die Region touristisch und auch die Gemütlichkeit und Gastlichkeit gehe verloren, befürchtet Dr. Heinrich.

In seinem Brief an die Abgeordneten argumentiert er, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent nicht zuletzt zu einer Schwächung der Infrastruktur führe, die in den allerersten Fällen zu einem späteren Zeitpunkt wiederbelebt werden kann. „In Sorge um viele traditionsreiche, kleine Strukturen gerade im ländlichen Niederbayern appelliere ich an Sie: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Mehrwertsteuersatz bei sieben Prozent bleibt. Damit unsere Betriebe auch in Zukunft vor Ort qualitativ hochwertige Speisen anbieten, als Begegnungsorte fungieren und einen wichtigen Beitrag nicht nur zum sozialen, sondern auch zum Tourismusstandort und zum gesellschaftlichen Austausch leisten können“, appelliert der Bezirkstagspräsident an die Abgeordneten der Ampel. **eb**



Blicken kritisch in die Speisekarte: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und DEHOGA-Kreisvorsitzende Henrike Winbeck befürchten einen Nachteil für Gastronomiebetriebe in der Region, sollte die Mehrwertsteuer für Speisen wieder auf 19 Prozent angehoben werden.

Bild: Bezirk Niederbayern

Franken wird Modellregion für digitale Gesundheitsversorgung

Bayerns Gesundheitsminister Holetschek: Wir treiben die Digitalisierung weiter voran

Die zweite Modellregion für digitale Gesundheit in Deutschland wird in Bayern sein. Es handelt sich um die Region „Mittel-, Ober- und Unterfranken“ – sie bekam den Zuschlag durch die gematik GmbH. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hingewiesen. Er begrüßte die Entscheidung und betonte: „Es ist ein toller Erfolg, dass die deutschlandweit zweite Telematikinfrastruktur-Modellregion in Bayern geschaffen wird. Mir ist es wichtig, dass wir bei der Digitalisierung weiter vorankommen, um unter anderem die Versorgung für die Patientinnen und Patienten weiter zu verbessern. Hierfür müssen wir die Chancen der Digitalisierung in Gesundheit und Pflege entschlossen ergreifen.“

Beworben hatte sich ein Konsortium bestehend aus der Bayern Innovativ GmbH mit dem Bereich Gesundheit, dem Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) e. V. und der Monks – Ärzte im Netz GmbH. Ziel ist, digitale Anwendungen und Dienste im Praxisbetrieb zu etablieren und optimal zu vernetzen. Dafür wird unter anderem mit Haus- und Zahnärzten, Apotheken, Kliniken, einem Fachkrankenhaus, stationären und ambulanten Pflegediensten, einem Rettungsdienst sowie Einrichtungen aus den Bereichen Reha, Geburtshilfe, Physio- und Psychotherapie kooperiert.

Dr. Markus Leyck Dieken, gematik-Geschäftsführer, sagte: „Das Netzwerk hat uns auf ganzer Linie überzeugt – mit einem besonders starken Mix aus städtischer und ländlicher Versorgung, klaren konzeptionellen Rahmenbedingungen, einer top ausgestatteten innovativen Infrastruktur und einem hoch motivierten und bestens vernetzten Team.“

Sebastian Hilke, Projektleiter und Leiter des Bereichs Digitale Gesundheit bei Bayern Innovativ, ergänzte: „Wir freuen uns auf die Herausforderung, die für das Gesundheitswesen wichtige Inte-

GZ PINOS WELT



Da kommen sie, in Zweierreihen, schwarz gekleidet und mit düsteren Kapuzen auf dem Kopf. Ein Priester vorneweg murmelt eine Liturgie. Fest die Peitsche oder Geißel umklammert, martern sie sich im Gehen selbst, indem sie sich abwechselnd links und rechts auf den Rücken schlagen. So oder so ähnlich muss man sich einen Zug der Geißler oder Flagellanten im 13. Jahrhundert vorstellen.

Diese Bilder steigen immer in mir auf, wenn ich von Aktionen der Letzten Generation lese. Den gleichen verblendeten Fanatismus, der verwirrte Geister im 13. Jahrhundert und noch viele, viele andere Male in der Geschichte in verschiedenen Ausprägungen erfasste und zu absolut sinnlosen, selbstschädigenden oder gewaltsamen Aktionen trieb, erkennt man in den

Endzeitsekte Letzte Generation

Aktionen dieser wohlstandsverwahrlosten Aktionisten. Statt schwarzen Umhängen haben sie Warnwesten, statt Priestern zu folgen, hängen sie an den Lippen hysterisch artikulierender Frontleute und einen Gott haben sie auch, nämlich die wissenschaftlich verbrämte Theorie von den Kippunkten.

Leute, wer braucht schon die Apokalypse des Johannes, wenn er Studien liest (von braven Steuerzahlern, also denjenigen, die bei den Straßenblockaden im Stau stehen und ihre Geschäftstermine verpassen, finanziert), die von Höllentemperaturen auf der Erde, riesigen Überschwemmungen durch steigende Meeresspiegel und Missernten in einem Ausmaß halluzinieren, wie es nicht einmal die biblischen Heuschreckenschwärme auszulösen vermocht haben!

Die Anhänger dieser neuen Unheilslehre greifen halt in Sachen Selbstverstümmelung nicht zur Peitsche, sondern zum Kleber. Sie warten geduldig darauf, dass ein frustrierter Lkw- oder Pkw-Fahrer, für den jede Viertelstunde in einem Stau echtes Geld ist, ausflüppelt und ihnen eine betonierte, auf dass sie sich als Märtyrer für die Sache des Klimaschutzes selbst stilisieren können.

In der Parallelität zu früheren Endzeitsekten steckt ein gewaltiger Trost: Alle lösten sich über

kurz oder lang in Luft auf. Die Geißler verschwanden aus Europa so plötzlich, wie sie gekommen waren. Andere Gruppen brachen auseinander, wenn der vom als Messias gefeierten Anführer prognostizierte Weltuntergang nicht pünktlich eintraf.

Ob das auch mit der letzten Generation so sein wird?

Man darf zweifeln. Zunächst, weil die ideologischen Vorturner ja jetzt das Spektrum erweitern und statt nur noch auf dem Klimathema zu reiten, dieses mit der Systemfrage verbinden. Kapitalismus heizt das Klima an, das Klima bringt uns um, also müssen wir den Kapitalismus abschaffen (grob verkürzt). Da die meisten der Aktivisten zu jung sind, um sich zu erinnern, wie unansanft der real existierende Sozialismus etwa in der DDR mit der Natur umgegangen ist und sie wegen Flugscham nicht nach China fliegen, um sich dort die Baustellen für die neuen Kohlekraftwerke anzusehen (ja, reisen bildet), verfängt der antikapitalistische Quark auch.

Somit ist bei der letzten Generation nicht nur eine Eskalation in den Aktionen festzustellen, sondern auch eine Eskalation der Forderungen und des ideologischen Überbaus. Ich denke, die Gesellschaft hat sich schon längst abgewandt von Leuten, die Kunstwerke und nationale Symbole besudeln, nur um der Provokation willen. Denen es piepegal ist, ob in einem Stau Rettungskräfte behindert werden oder wie viele Überstunden Polizisten machen müssen, um ihren Klamausk vor wütenden Passanten zu schützen. Deshalb reicht es nicht mehr, auf die Straftaten dieser Leute mit Geldstrafen zu reagieren, weil die meisten sich ja in Anlehnung an Bettelmönche von allem irdischen Besitz entledigt haben. Diejenigen, die über reichlich Vermögen und Mittel verfügen, fungieren ja wohlweislich als Einpeitscher*innen (sic!) in der Etappe, um nicht straffällig zu werden. Erste Haftstrafen geben Hoffnung.

Im Übrigen soll eine luzide Stimme aus dem Mittelalter zu Wort kommen. Thomas von Aquin sagte: „Nichts, was gegen die Wünsche der Mehrheit ist, wird sich auf die Dauer behaupten.“

Ihr Pino

Bibliothekspreis 2023:

Bad Aibling und Rosenheim ausgezeichnet

Der mit 10.000 Euro dotierte Bayerische Bibliothekspreis geht heuer an die Stadtbibliothek Rosenheim. Den Sonderpreis in Höhe von 5.000 Euro erhält die Stadtbücherei in Bad Aibling, wie Kunstminister Markus Blume und die Vorsitzende des Bayerischen Bibliotheksverbandes Dr. Ute Eiling-Hütig in München bekanntgaben.

Die Stadtbibliothek Rosenheim ist laut Fachjury ein Kommunikationszentrum in zentraler Innenstadtlage mit hoher Aufenthaltsqualität auf allen Etagen sowie hochwertiger und innovativer Ausstattung. Sie zeichnete sich weiter mit einem differenzierten alters- und zielgruppenspezifischen Angebot im Bereich der Leseförderung aus. Überzeugend sei zudem das Projekt „StadtLeben“, durch das die Stadtbibliothek Rosenheim viele neue Kooperationspartner gewinnen und sich als Impulsgeber für die Innenstadtentwicklung etablieren konnte. Die Jury hob zudem den Social-Media-Auftritt lobend hervor.

Einsatz gegen Ausgrenzung und für Integration

Die Stadtbücherei Bad Aibling überzeugte mit ihrem jahrelangen Einsatz gegen Ausgrenzung und ihrer Schwerpunktsetzung auf aktuelle gesellschaftliche Themen, was sich in Veranstaltungen, Lesungen und einem entsprechenden Medienbestand widerspiegelt. Zudem sei die Stadtbücherei maßgeblich an der Gründung und Organisation der Max-Mannheimer-Kulturtag beteiligt gewesen, die seit 2018 jährlich stattfinden und sich ihren überregionalen Namen gemacht haben. Auch punkte sie

mit ungewöhnlichen Aktionen wie beispielsweise einer Kooperation mit einer Berufsintegrationsklasse. In diesem Rahmen schnitt ein „Vorlesefriseur“ in der Bücherei Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund die Haare, während sie Texte in ihrer Heimatsprache vorlasen.

Mit der Vergabe des Sonderpreises würdigt die Jury die Arbeit der Stadtbücherei Bad Aibling, die zeigt, dass Bibliotheken einen wichtigen Beitrag gegen Ausgrenzung und für Integration leisten können.

Literarische Schatzkammern und lebendige Zentren

Wie Kunstminister Markus Blume betonte, „sind Bibliotheken literarische Schatzkammern und lebendige Zentren der Gemeinschaft: Sie verbinden Menschen, schaffen Inspiration und bereichern das städtische Leben mit unendlichen Möglichkeiten.“ Die Vorsitzende des Bayerischen Bibliotheksverbandes Dr. Ute Eiling-Hütig ergänzte, die Bibliotheken böten mit ihrem freien Zugang zu Information und Wissen ein hohes Gut und seien Kommunikationszentren mit hoher Aufenthaltsqualität in den Innenstädten. Außerdem hätten sie ein Gespür für Trends und wagten Neues. Darauf könne man mit Recht stolz sein. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Kultur-, Jugend- und Denkmalpreisverleihung in Arnschwang:

Bezirk würdigt Projekte aus der Oberpfalz

Neun Preisträgerinnen und Preisträger wurden in Arnschwang (Landkreis Cham) im Rahmen eines Festakts vom Bezirk Oberpfalz mit Kultur-, Jugend- und Denkmalpreisen ausgezeichnet. „Das Engagement, die manchmal notwendige Hartnäckigkeit und die Weitsicht der Menschen, die hier leben, ist bewundernswert und zeigt den Charakter der Oberpfalz“, hob Bezirkstagspräsident Franz Löffler hervor. Insgesamt wurden 27.000 Euro an Preisgeldern in Verbindung mit den Auszeichnungen ausgelobt. Die Kulturpreisträger erhalten je 3.500 Euro, die Jugend-Kulturförderpreisträger je 1.500 Euro und die Denkmalpreise sind mit je 4.000 Euro dotiert.

Die Gemeinde Arnschwang, die sich für den Erhalt und die Sanierung des dortigen Wasserschlosses eingesetzt hat, erhielt einen von drei Denkmalpreisen. Nach dem Verfall des Gebäudes, das bereits im Kern seit dem Jahr 1400 bestand, stand der endgültige Abriss eigentlich schon auf der Tagesordnung. Nach vielen

Gesprächen kam man dann doch zu dem Schluss, das Kleinod zu retten und es der Gemeinde als Hochzeits- und Veranstaltungsstätte zur Verfügung zu stellen. Seit 2005 wurde saniert und vor kurzem konnte die Beendigung der letzten Sanierung gefeiert werden.

Hüthäusl in Freihung

Das Hüthäusl in Freihung wurde vom Ehepaar Claudia Kummer-Götz und Andreas Götz saniert und hat damit dem fortschreitenden Verfall eines Kleinods Einhalt geboten. 2019 konnte im ehemaligen Hirtenhaus die „Bierwirtschaft Hüthäusl“ eröffnet werden. Das kleine Gebäude ist seitdem zum Dorfmittelpunkt geworden und ein Anziehungspunkt auch darüber hinaus.

Ein weiteres gelungenes Beispiel ist das „Necker- oder Schallhaus“ in Hema. Nach dessen Leerstand erwarb Dr. Frie-

der Roßkopf das Haus und sanierte es in enger Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden. Dadurch konnte eines der fünf besonders schützenswerten Jurahäuser vorbildlich bewahrt werden. Heute wird das Gebäude für Übernachtungsgäste und Feierlichkeiten, aber auch als Wohnhaus genutzt.



Landrat Franz Löffler.

Mit Jugend-Kulturförderpreisen geehrt wurden T1 – das Grenz-überschreitende Jugend-Medienzentrum Oberpfalz Nord, Tannenlohe, mit dem Anti-Cybermobbing-Projekt „Du kannst es stoppen“, das sich mit den Her-

ausforderungen von Jugendlichen im Alltag befasst. Die Studentinnen Lea Wagner und Lina Kolb wurden für ihr gemeinsames Projekt Kunstvermittlung und ihr künstlerisches Schaffen ausgezeichnet. Einen weiteren Preis erhielt das OVIGO Theater in Oberviechtach. Durch das positive gemeinsame Erleben von Heimat und deren Geschichte werden im Kindertheater nicht nur die Darsteller, sondern auch die Zuschauer nachhaltig mit der Region verbunden.

Älteste Weihergemeinschaft in Bayern

In der Kategorie „Kultur- und Landschaftspflege“ siegte die Weihergemeinschaft Kornthan. Seit 400 Jahren wird in traditioneller Weise Teichwirtschaft betrieben. Damit ist die Weihergemeinschaft die älteste in Bayern. Was sich hinter einer Weihergemeinschaft im Alltag verbirgt, zeigt sich in der Auflistung aller nötigen Tätigkeiten. „Die gemeinschaftliche Verwaltung des Weiher, die nötigen Absprachen, die Teichpflege, die Aufzucht junger Fische, die Fütterung der Tiere und schließlich das gemeinsame Abfischen gehört zum Teichjahr. Bei all diesen Tätigkeiten ist die ganze Dorfge-

meinschaft gefragt, ganze Familien, Freunde und Nachbarn helfen bei den einzelnen Arbeitsschritten mit“, würdigte Dr. Tobias Hammerl, Leiter des Oberpfälzer Freilandmuseums Neusath-Perthen, das Siegerteam.

Moderne Architektur und regionale Bautraditionen

Für die Kategorie „Landschaftsgebundenes zeitgemäßes Bauen“ hat Michael Kühnlein jun. aus Berching bewiesen, dass sich moderne Architektur auch gut mit regionalen Bautraditionen verträgt. In Waldkirchen auf dem Petersberg entstand ein Ensemble, bestehend aus einem Ziegenstall, einem Stumpflehnhäuschen, einem Geräteschuppen mit Imker- und Bierbraustube, einem Unterstand für die Weiderinder sowie schlussendlich dem eigenen Einfamilienwohnhaus.

Tanzmusi / Wirtshausmusik

Mit dem Kulturpreis in der Kategorie „Tanzmusi / Wirtshausmusik“ wurden die Lupburger Musikanten bedacht. Seit mehr als 50 Jahren begeistern sie mit ihrer Spielfreude und tragen zum Erhalt dieser wichtigen Musiksparte bei. **DK**

Vorschau auf GZ 19
 In unserer Ausgabe Nr. 19/2023, die am 12. Oktober 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser, Pflegeheime, Rehabilitation
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze
- Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau, Forst, Friedhof

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer **ZUSATZVERSÖRGUNG**

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 087 73 18-0
 F 087 73 18-113
 www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
ETSCHEL
 BrunnenService

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etschel.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
FAHNEN KÖSSINGER

Fahnen
 Maste
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
 Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

HIGHSPEED-INTERNET
NetCom BW

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW

GLASFASER
 Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
 www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG Unsere Grüne Glasfaser
 Adalperstraße 82-86
 85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.
 Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1 410 111**

powered by Allianz

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB
 ext. ISB
 LSI-Siegel
 BSI Kommunal
 CISIS12
 Schulungen
 eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS
 KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
 0385/30 31-251
 info@kubus-mv.de

Standort München
 089/44 235 40-00
 bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
 Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
 steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
 Kommunales Mietkauf
 Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de **KFB**

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
 www.unterholzner-photovoltaik.de

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de
 Sitzungsmanagement / Reklamationsmanagement

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. **kommune-aktiv.de**

M7I SERVICE
 Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
 m7i-service.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
 Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
 • Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
 • Prozesslufttechnische Anlagen
 • Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
 Wolfratshausen Straße 9a
 82049 Pullach im Isartal
 Telefon: (089) 74 44 24 98
 Fax: (089) 74 44 24 99
 eMail: info@l-r-service.de
 Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!